

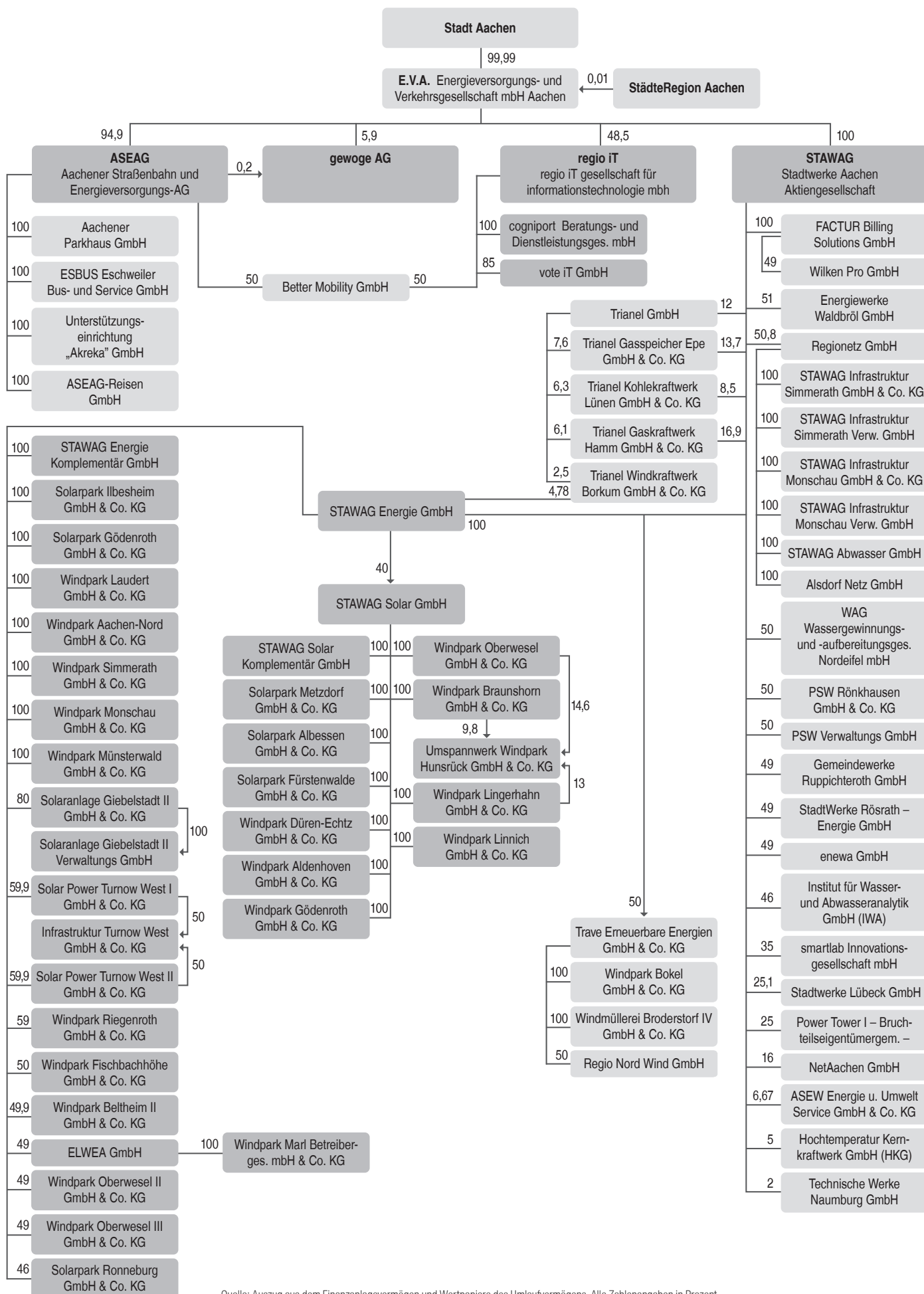
Stark verbunden, eng vernetzt.



Geschäftsbericht 2019

eva...

Beteiligungsstruktur der E.V.A. Stand 31.12.2019



Quelle: Auszug aus dem Finanzanlagevermögen und Wertpapiere des Umlaufvermögens. Alle Zahlenangaben in Prozent.

Stark verbunden, eng vernetzt.

2019
Geschäftsbericht >>

47. Geschäftsjahr

eva...

Inhalt

Inhalt >>

Berichterstattung über die E.V.A.

6	Aufsichtsrat und Geschäftsführung
8	Lagebericht
39	Jahresabschluss
40	Bilanz
42	Gewinn- und Verlustrechnung
43	Anhang
55	Bestätigungsvermerk
58	Bericht des Aufsichtsrats

Berichterstattung über den Konzern

60	Konzernlagebericht
95	Konzernabschluss
96	Konzernbilanz
98	Konzern – Gewinn- und Verlustrechnung
99	Konzernanhang
124	Bestätigungsvermerk
127	Bericht des Aufsichtsrats

Aufsichtsrat

Marcel Philipp
Vorsitzender

Dr. Tim Grüttemeier ab 1.1.2019
1. stellv. Vorsitzender ab 4.4.2019

Manfred Wiemers
2. stellv. Vorsitzender

Gaby Breuer
Leo Buse
Dieter Claßen bis 24.10.2019
Leo Deumens
Guido Finke

Rolf Kitt ab 6.12.2019
Iris Lürken
Michael Rau
Frank Reichmann
Karl Schultheis
Michael Servos
Marc Teuku
Wilfried Warmbrunn

Oberbürgermeister, Stadt Aachen

StädteRegionsrat, StädteRegion Aachen

kfm. Angestellter, E.V.A.

Ratsmitglied, Stadt Aachen
kfm. Angestellter, E.V.A.
geschäftsführender Gesellschafter, selbständig
Arbeiter, Deutsche Post
freigestellter stellv. Betriebsratsvorsitzender
Regionetz GmbH
Dozent für BWL, Handwerkskammer Aachen
Rechtsanwältin, selbständig
Architekt, selbständig
kfm. Angestellter, FACTUR
Ratsmitglied, Stadt Aachen, MdL
Mathematiker, FVP e.V.
Marketingexperte, selbständig
Leiter Stabsstelle Quartiersentwicklung, STAWAG

Geschäftsführung

Dr. Christian Becker

Michael Carmincke

STAWAG-Vorstand
Bonn/Bad Godesberg, Diplom-Ingenieur

ASEAG-Vorstand
Aachen, Diplom-Kaufmann

Bericht

Berichterstattung
über die E.V.A. >>

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen, Aachen, (E.V.A.) ist in ihrer Doppelfunktion als geschäftsführende Holding und als Dienstleistungsgesellschaft für sämtliche Konzern- und Beteiligungsgesellschaften tätig.

Die Geschäftsgrundlage für ihre Stellung als Holding bilden die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit den Gesellschaften Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG, Aachen, (ASEAG) und Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen, (STAWAG), die als zentrale Säulen der öffentlichen Daseinsvorsorge anzusehen sind und für den kommunalen und steuerlichen Querverbund stehen.

Im Laufe der langjährigen Geschichte der ASEAG haben sich die Schwerpunkte innerhalb des satzungsgemäßen Geschäftsmodells verschoben, sodass derzeit

- der Betrieb von Omnibuslinien zur Personenbeförderung in der Region Aachen
- der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen und
- die Erprobung alternativer Antriebsformen und Mobilitätskonzepte

im unmittelbaren Fokus der Geschäftstätigkeit liegen. Dabei werden sämtliche Aktivitäten im Hinblick auf den Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen durch die 100-prozentige Tochtergesellschaft Aachener Parkhaus GmbH, Aachen, (APAG) wahrgenommen. Alternative Mobilitätskonzepte werden im Hause der ASEAG entwickelt. Dabei wird softwareseitig auf eine IT-Lösung der Better Mobility GmbH, Aachen, (Better Mobility) zurückgegriffen. Die Gesellschaft wurde 2019 gemeinsam mit der regio iT gesellschaft für in-

formationstechnologie mbH, Aachen, (regio iT) gegründet und soll die gemeinschaftliche entwickelte Mobilitätsplattform „Mobility Broker“ technologisch fortentwickeln und überregional als IT-Lösung vermarkten.

Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG bis zum Jahr 2027, die durch ihre Aufgabenträger Stadt Aachen und StädteRegion Aachen im April 2017 erfolgt ist, ist eine gute Basis geschaffen worden, um den neuen Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW gerecht zu werden.

Die STAWAG ist der Dienstleister rund um Energie und Wasser in Aachen. Kernaufgabe des Unternehmens ist die zuverlässige, preisgünstige und umweltschonende Versorgung der Aachener Bürgerinnen und Bürger mit Strom, Gas, Wasser und Wärme. Darüber hinaus bietet die STAWAG ihren Kunden in den Segmenten Haushalt, Gewerbe und Industrie umfassende Beratungs- und Serviceleistungen zum umweltschonenden und effizienten Einsatz von Energie. Die Tochtergesellschaften der STAWAG sind verantwortlich für den Betrieb und die Unterhaltung der Versorgungsnetze (Regionetz GmbH, Aachen, (Regionetz)) sowie der städtischen Abwasserkanäle (STAWAG Abwasser GmbH, Aachen, (STAWAG Abwasser)) und für den zukunftsweisenden Ausbau der Eigenerzeugung, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien (STAWAG Energie GmbH, Aachen, (STAWAG Energie)). Darüber hinaus werden für lokal und bundesweit agierende Vertriebe, wie auch für Verteilnetzbetreiber, effiziente Kundenservice-, Markt- und Abrechnungsprozesse modular im Kundenzuschnitt angeboten (FACTUR Billing Solutions GmbH, Aachen, (FACTUR)).

Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2017 hat die E.V.A. Geschäftsanteile der

regio iT im Umfang von 10,77 Prozent an die Stadt Aachen veräußert. Damit ist die E.V.A. nun mit 48,5 Prozent an der regio iT beteiligt. Zum 1. Januar 2020 hat die regio iT den IT-Geschäftsbetrieb des Civitec Zweckverbandes für kommunale Informationstechnik, Siegburg, (Civitec) im Wege eines Asset-Deals erworben. Die regio iT firmiert weiterhin unter dem am Markt etablierten Namen. Civitec war als strategischer Partner und Kunde bereits bisher mit 1 Prozent der Geschäftsanteile an der regio iT beteiligt, stockt im Gegenzug seine Anteile an der regio iT auf 18 Prozent der Geschäftsanteile auf. Drei Prozent der Anteile erfolgen durch den Verkauf von Anteilen der E.V.A. an Civitec. Der Vertrag wurde am Freitag, dem 20. Dezember 2019, in Aachen notariell beurkundet. Die E.V.A. wird demnach zum 1. Januar 2020 durch den Asset-Deal und den Verkauf der Anteile noch 38,64 Prozent Geschäftsanteile der regio iT halten.

Die E.V.A. hält 5,9 Prozent der Geschäftsanteile an der gewoge AG, Aachen, (gewoge).

Gemäß Gesellschaftsvertrag der E.V.A. besteht für die Stadt Aachen eine Ausgleichspflicht, um eine bilanzielle Überschuldung der Gesellschaft zu vermeiden und den wirtschaftlichen Fortbestand der Gesellschaft zu sichern. Die Stadt Aachen verpflichtet sich, einen Verlustausgleich zu leisten, wenn das handelsbilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft gemäß § 266 Abs. 3 A HGB die Hälfte des Stammkapitals unterschreitet. Die Summe der jährlich auszugleichenden Beträge soll 70 Mio. Euro nicht überschreiten. Zur Stärkung des Eigenkapitals hat die Stadt Aachen für 2019 12,1 Mio. Euro den Kapitalrücklagen zugeführt.

Das Dienstleistungsgeschäft basiert auf den mit den Konzerngesellschaften abgeschlossenen Dienstleistungsverträgen für kaufmännisch-administrative Tätigkeiten sowie für Gebäudedienstleistungen.

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2019 im zehnten Jahr in Folge gewachsen. Dabei lag das Wachstum 2019 allerdings deutlich unter dem Durchschnitt der letzten Jahre. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 Prozent gestiegen gegenüber 2,5 Prozent und 1,5 Prozent in den Jahren 2017 und 2018. Das deutsche Wirtschaftswachstum des Jahres 2019 liegt somit unterhalb des Durchschnittswerts der letzten zehn Jahre von 1,3 Prozent (Quelle: statista, Wirtschaftswachstum in Deutschland anhand der Veränderung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) gegenüber dem Vorjahr in den Jahren 1992 bis 2018, Februar 2020).

Positive Wachstumsimpulse resultierten 2019 im Inland sowohl aus privaten und staatlichen Konsumausgaben sowie aus Bau- und aus Unternehmensinvestitionen.

Trotz einer starken Binnennachfrage und einer hohen Nachfrage nach deutschen Gütern aus dem Ausland liegt das Wirtschaftswachstum in Deutschland unter dem europäischen Durchschnitt. Für die Europäische Union geht die Europäische Kommission für 2019 von einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 1,4 Prozent aus (Quelle: European Commission: The European Economic Forecast 2019, November 2019).

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Situation weiter positiv entwickelt. Mit durchschnittlich 45,3 Millionen Erwerbstätigen hat Deutschland im Jahr 2019 einen Rekord seit der Wiedervereinigung im Jahr 1991 zu verzeichnen. Damit setzte sich der nun seit 14 Jahren anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit weiter fort, allerdings mit abgeschwächter Dynamik. 2019 betrug der Anstieg 0,9 Prozent. Zuwanderung

und eine stärkere Erwerbsbeteiligung der Inländer haben die demografischen Effekte einer alternden Gesellschaft mehr als ausgeglichen. (Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung 1. Januar 2020). Die Anzahl der registrierten Erwerbslosen ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken. Danach betrug die Anzahl der Arbeitslosen 2019 im Jahresdurchschnitt rund 2,27 Millionen. Die Arbeitslosenquote für die Bundesrepublik Deutschland betrug 2019 im Jahresdurchschnitt damit 5 Prozent (Vorjahr: 5,2 Prozent). (Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Januar 2020, Presseinfo Nr. 2).

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland lag im Jahr 2019 nach Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen rund 2,3 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres und damit auf dem niedrigsten Niveau seit Anfang der 1970er Jahre. Der geringe Energieverbrauch in Deutschland resultiert gemäß der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen vor allem aus Verbesserungen bei der Energieeffizienz, aus den Substitutionen im Energiemix und aus dem konjunkturell gesunkenen Energieverbrauch in energieintensiven Branchen. Die verbrauchssteigernde Wirkung einer kühleren Witterung und einer Bevölkerungszunahme trat 2019 dagegen in den Hintergrund. Die Durchschnittstemperaturen in Deutschland lagen 2019 mit 10,2°C geringfügig unterhalb des Vorjahreswertes (10,4°C) und deutlich oberhalb des langjährigen Mittels (Pressemitteilung des DWD, Dezember 2019).

Der Erdgasverbrauch erhöhte sich 2019 gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 3,6 Prozent. Zu dem Anstieg trug, neben dem höheren Heizbedarf im kühleren Frühjahr, vor allem der gestiegene Einsatz von Erdgas in den entsprechenden Kraftwerken bei.

Die Erneuerbaren Energien steigerten ihren Beitrag zum gesamten Energieverbrauch 2019 um insgesamt 4 Prozent. Bei der Windkraft gab

es einen Zuwachs von 15 Prozent und bei der Solarenergie betrug dieser lediglich 1 Prozent. Die Biomasse, auf die mehr als 50 Prozent des gesamten Aufkommens im Bereich der Erneuerbaren Energien entfällt, verbuchte ein Plus von 2 Prozent. (Quelle: AG Energiebilanzen e. V., Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2019, Stand: Dezember 2019).

Geschäftsverlauf

Die E.V.A. erzielte für das Geschäftsjahr 2019 ein positives **Betriebsergebnis** (0,2 Mio. Euro). Das operative Dienstleistungsgeschäft der E.V.A. liegt damit deutlich über dem Planwert von -0,3 Mio. Euro. Die Gesamtleistung übertrifft mit 15,5 Mio. Euro den Planansatz von 15 Mio. Euro um 0,4 Mio. Euro. Dies resultiert aus höheren Umsatzerlösen aus Dienstleistungen und aus ungeplanten sonstigen betrieblichen Erträgen. Der Gesamtaufwand fällt in 2019 mit -15,2 Mio. Euro um 0,1 Mio. Euro geringer aus als geplant. Insofern führen geringere Aufwendungen und höhere Umsatzerlöse zu dem leicht positiven Betriebsergebnis.

Das Betriebsergebnis überschreitet das Vorjahresergebnis um 0,2 Mio. Euro.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Umsatzerlöse
- Betriebsergebnis
- Beteiligungsergebnis
- Anzahl Mitarbeiter

E.V.A. Leistungsindikatoren

Wirtschaftsplan

Jahresabschluss

Umsatzerlöse	TEuro	15.023	15.303
EBIT	TEuro	-310	233
Beteiligungsergebnis	TEuro	-7.552	2.953
davon ASEAG	TEuro	-30.546	-30.344
davon STAWAG	TEuro	21.685	31.989
davon regio iT	TEuro	1.143	1.142
davon gewoge	TEuro	166	166
Anzahl Mitarbeiter	MAÄ ¹⁾	115,0	110,8

1) MAÄ = Mitarbeiteräquivalent, entspricht einem Vollzeitmitarbeiter/-in

Die **Umsatzerlöse** aus dem operativen Geschäft der E.V.A. überstiegen mit 15,3 Mio. Euro den Planwert um rund 0,3 Mio. Euro. Sie bestanden aus Erlösen für kaufmännische Dienstleistungen und für Gebäudedienstleistungen in Höhe von 12,4 Mio. Euro (Plan: 12,1 Mio. Euro) und aus Weiterberechnungen an Konzerngesellschaften in Höhe von 2,9 Mio. Euro (Plan: 2,9 Mio. Euro), insbesondere aus weiterberechneten EDV-Kosten in Höhe von 1,9 Mio. Euro sowie aus Beratungsaufwendungen in Höhe von 1 Mio. Euro.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** betrugen 164 TEuro (Plan: 0 Mio. Euro). Diese beinhalten Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (116 TEuro), Erträge aus Erstattungen von Lohnfortzahlungen durch die Krankenkassen (32,9 TEuro) sowie sonstige Erträge.

Die **Gesamtaufwendungen** unterschritten mit 15,2 Mio. Euro den Ansatz aus der Wirtschaftsplanung (15,3 Mio. Euro) um 0,1 Mio. Euro.

- Der Materialaufwand lag um 0,2 Mio. Euro niedriger als geplant (Plan 3,4 Mio. Euro). Begründet war das durch geplante, aber nicht in Anspruch genommene Fremdleistungen im Center Recht und Versicherungen sowie geringere Fremdleistungen der regio iT im Verwaltungsbereich der E.V.A.
- Der Personalaufwand lag mit 9,3 Mio. Euro um 0,2 Mio. Euro unter dem Plan. Ursächlich hierfür war insbesondere ein um 4,2 Mitarbeiteräquivalent (MAÄ) niedrigerer Personalbestand gegenüber dem Plan (115 MAÄ).
- Die Abschreibungen lagen mit 0,2 Mio. Euro auf Planniveau.
- Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen fielen mit 2,5 Mio. Euro um 0,3 Mio. Euro höher aus als angenommen. Höhere Aufwendungen ergeben sich insbesondere bei den Beratungs- und den Rechtskosten (0,2 Mio. Euro für die Projekte „Optimierung kfm. Organisation“ und „Analyse Digitalisierung Prozesse E.V.A.“) und den Gerichtskosten. Bei den Gerichtskosten handelt es sich insbesondere um eine gebildete Rückstellung für ein steuerliches Prozessrisiko mit dem Finanzamt aus einem Vorgang des Jahres 2000.

- Nach wie vor bestanden in den Dienstleistungszentren Konzernfinanz-/Rechnungswesen und Controlling und im Personalwesen durch die Netzkooperation bewertete freie Mitarbeiterkapazitäten, denen keine entsprechenden Dienstleistungsumsätze gegenüberstanden. Gegenüber der Planung reduzierten sich die nicht verrechenbaren Kapazitäten im Geschäftsjahr 2019 um rund 1.800 Stunden, da ein rückläufiger Mitarbeiterbestand im Bereich Personalwesen von 0,7 MAÄ sowie im Bereich Konzernfinanz-/Rechnungswesen und Controlling von 1 MAÄ zu verzeichnen ist. Insgesamt liegt das Betriebsergebnis infolgedessen um rund 0,2 Mio. Euro höher als angenommen.

Insgesamt erzielte die E.V.A. für das Geschäftsjahr 2018 ein leicht positives Betriebsergebnis in Höhe von 0,2 Mio. Euro. Das operative Dienstleistungsgeschäft der E.V.A. lag damit deutlich über dem Planwert von -0,3 Mio. Euro.

Das Gesamtergebnis der E.V.A. wurde wesentlich geprägt durch die Gewinnabführung bzw. durch die Verlustübernahme von der STAWAG und von der ASEAG sowie durch die Beteiligungsergebnisse der regio iT und der gewoge.

Die E.V.A. weist für 2019 ein **Beteiligungsergebnis** von 3 Mio. Euro (Plan: -7,6 Mio. Euro) aus. Ursächlich für die positive Planabweichung war der Ergebnisbeitrag der STAWAG, der mit 32 Mio. Euro den Plan um 10,3 Mio. Euro überschreitet. Der Ergebnisbeitrag der gewoge lag mit 0,2 Mio. Euro auf Planniveau.

Der Verlust der **ASEAG** für das Geschäftsjahr 2019 fällt mit -30,3 Mio. Euro um 0,2 Mio. Euro niedriger als geplant (-30,5 Mio. Euro) aus. Die Abweichungen ergaben sich im Wesentlichen aus folgenden Effekten:

Die Umsatzerlöse fielen insgesamt um 1,5 Mio. Euro höher aus. Neben einer Steigerung der Verkehrserlöse um 0,3 Mio. Euro lag dies vor allem

an höheren Nebenerlösen, wie zum Beispiel Zuschüssen für Schülerbeförderung, Sonderverkehren und Leistungen für andere Verkehrsunternehmen.

Aus sonstigen Erträgen ergaben sich positive Ergebniseffekte in Höhe von 1,7 Mio. Euro. Davon betreffen 0,5 Mio. Euro Zuschüsse für die Umrüstung der Busse mit SCRT-Abgasfiltern, 0,8 Mio. Euro weitergeleitete Zuschüsse der Stadt Aachen aus der ÖPNV-Pauschale sowie 0,9 Mio. Euro die Auflösung von Rückstellungen. Gegenläufig sind mit 0,7 Mio. Euro die Erträge aus Anlagenabgängen.

Die Materialaufwendungen stiegen um 1,4 Mio. Euro gegenüber dem Planansatz. Hiervon stiegen die Aufwendungen für Fahrzeuganmietungen insgesamt um rund 0,4 Mio. Euro, und die Kosten für die Umrüstung von SCRT-Abgasfiltern betrugen rund 1,2 Mio. Euro. Andere Instandsetzungen der Busse reduzierten sich dagegen um 0,2 Mio. Euro.

Die Kosten für den Personaleinsatz lagen bei der ASEAG mit -30,1 Mio. Euro unter Planniveau (-31 Mio. Euro). Bei einer Erreichung der geplanten Mitarbeiteranzahl ist dies im Wesentlichen auf eine geringere Anzahl von Kurzeitausfällen und auf eine steigende Anzahl von Langzeitausfällen zurückzuführen. Die Kosten der Fahreranmietung von ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH, Eschweiler, (ESBUS) lagen mit -6 Mio. Euro lediglich geringfügig über dem Planniveau von -5,9 Mio. Euro.

Die Aufwendungen für Altersversorgung lagen inklusive Zinsanteil um 2,2 Mio. Euro über dem Planansatz. Die Steigerung ist im Wesentlichen auf den veränderten Zinssatz zum Bilanzstichtag zurückzuführen, der zu einem höheren Zinsaufwand von rund 1,6 Mio. Euro geführt hat. Die Rückstellung, mit der im Jahresabschluss 2017 ein Arbeitsgerichtsprozess bzgl. der Gewährung von Freifahrten für „Neurentner“ berücksichtigt worden war, konnte im laufenden Geschäftsjahr

aufgrund einer arbeitsvertraglichen Regelung in Höhe von 2,1 Mio. Euro aufgelöst werden.

Aufgrund von Investitionsverschiebungen lagen die Abschreibungen um 0,6 Mio. Euro unterhalb der Planannahme.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen mit -10,4 Mio. Euro um insgesamt 1,4 Mio. Euro über dem Planansatz. Kostentreiber waren im Wesentlichen höhere Umlagen beim Aachener Verkehrsverbund (AVV) (0,9 Mio. Euro), höhere EDV-Kosten (0,2 Mio. Euro) und höhere Werbekosten (0,2 Mio. Euro) als geplant.

Der Verlust der ASEAG in Höhe von -30,3 Mio. Euro enthält auch die Gewinnabführung der APAG für 2019 in Höhe von 1,7 Mio. Euro. Damit lag die Gewinnabführung der APAG um 0,5 Mio. Euro über Planniveau (1,2 Mio. Euro). Wesentliche Ursache hierfür ist die erneute Verschiebung der Sanierung des Parkhauses Rathaus.

Die niedrigen Strombörsenpreise belasten auch im Geschäftsjahr 2019 die operative Ergebnissituation des konventionellen Erzeugungsbereichs der STAWAG. Am Trianel Kraftwerk Lünen, das im Jahr 2013 mit einer Nennleistung von 750 Megawatt in Betrieb genommen wurde, ist die STAWAG mit 8,45 Prozent beteiligt. Die erzielbaren Erzeugungskostenspreads reichen jedoch nicht aus, um die Betriebs- und Finanzierungskosten des Kraftwerks zu decken. Im Zuge einer jährlich vorzunehmenden Neubewertung der bei der STAWAG bereits bilanzierten Drohverlustrückstellung für den Kraftwerksbetrieb Lünen hat die STAWAG ihre Drohverlustrückstellung zum 31. Dezember 2019 auf Basis einer aktuellen Markteinschätzung gegenüber dem Vorjahr um 2,4 Mio. Euro auf 33,6 Mio. Euro erhöht. Vor dem Hintergrund des geplanten Kohleausstiegs geht die STAWAG überdies davon aus, dass das Steinkohlekraftwerk Lünen deutlich vor 2038, möglicherweise bereits 2030 und damit vor dem regulären Abschreibungs-

zeitraum, zwangsweise entschädigungslos stillgelegt werden könnte und das Eigenkapital insofern nicht mehr in vollem Umfang an die Gesellschafter zurückgeführt werden kann. Auf Basis einer vor diesem Hintergrund vorgenommenen Risikobewertung hat die STAWAG zum 31. Dezember 2019 eine außerordentliche Abschreibung in Höhe von 6,6 Mio. Euro bzw. rund 50 Prozent auf ihren Beteiligungsbuchwert an der Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG, Lünen, (TKL) vorgenommen.

Neben der 16,9-prozentigen Beteiligung an der Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG, (TGH), die aufgrund der zentralen Bewirtschaftung des Gaskraftwerks als reine Finanzbeteiligung fungiert, ist die STAWAG mit einem Gesellschaftsanteil von 13,7 Prozent auch an der TGE beteiligt. Aufgrund von anhaltenden witterungsbedingt geringen Preisvolatilitäten und einer zunehmend hohen Verfügbarkeit von LNG-Importen ist der Speicherbetrieb auch im Geschäftsjahr 2019 defizitär. Durch eine Verschiebung von Vermarktungsgeschäften vom vierten Quartal 2019 auf das erste Quartal 2020 wurde die erstmalig zum 31. Dezember 2018 gebildete Drohverlustrückstellung für den defizitären Speicherbetrieb um 1,2 Mio. Euro auf rund 6,2 Mio. Euro reduziert.

Im Dezember 2018 hat die STAWAG das Blockheizkraftwerk (BHKW) Campus Melaten mit einer elektrischen und thermischen Leistung von jeweils 10 Megawatt in Betrieb genommen. Neben acht weiteren BHKW, die die STAWAG betreibt, trägt die neue Anlage dazu bei, den wachsenden Energiebedarf am Hochschulerweiterungsstandort Aachen möglichst umweltfreundlich zu decken. Darüber hinaus hat die STAWAG im Rahmen einer KWK-Ausschreibung den Zuschlag für den Bau eines weiteren BHKW am Schwarzen Weg in Aachen mit einer Leistung von bis zu 22 Megawatt KWK-Anlage (Kraft-Wärme-Kopplung) erhalten. Mit dem für Ende 2020 vorgesehenen Baubeginn des

BHKW wurden insofern die ersten Weichen gestellt, die Fernwärme schrittweise zu ersetzen, die bislang durch die Wärmeauskopplung aus dem Braunkohlekraftwerk Weisweiler sichergestellt ist.

Im Vertriebsbereich sind die Verkaufsmengen in der Stromsparte 2019 gegenüber dem Vorjahr um rund 83 Gigawattstunden gesunken. Dabei ist der Absatz im Tariffkundensegment um lediglich 4,6 Gigawattstunden zurückgegangen, während der größte Teil der Abweichung aus rückläufigen Absatzmengen an Großkunden resultiert. In der vertrieblichen Gassparte konnte der Absatz an Tariffkunden gegenüber dem Vorjahr konstant gehalten werden, da die Kundenverluste durch die kühlere Witterung kompensiert wurden. Der Absatzrückgang in Höhe von 107 Gigawattstunden resultiert außer aus den Entwicklungen im Sonderkundengeschäft auch aus einem rückläufigen Absatz an die Wärmesparte. Zum ersten Mal seit acht Jahren hat die STAWAG zum 1. Oktober 2019 – wie viele andere Energieversorger auch – ihre Gaspreise aufgrund deutlich gestiegener Bezugskosten und höherer Netzentgelte erhöht.

Im Rahmen der Zusammenführung der beiden ehemaligen Netzbetreiber INFRAWEST und regionetz GmbH, Eschweiler, (regionetz) in die gemeinsame große Netzgesellschaft Regionetz wurde zum Geschäftsjahr 2018 die Erlösobergrenze der ehemaligen regionetz auf die Regionetz übertragen, das heißt, dass die Netzbetreibertätigkeit der ehemaligen INFRAWEST, formell ergänzt um die neuen Netzgebiete, fortgeführt wird.

Im Strombereich bildete das Jahr 2019 das erste Jahr der dritten Regulierungsperiode. Der jeweilige Bescheid zur Festlegung der jährlichen Erlösobergrenzen der ehemaligen INFRAWEST und der ehemaligen regionetz liegt zeitlich vor, wobei die Regionetz gegen beide Festlegungen Beschwerde beim zuständigen

Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf eingereicht hat. Die im jeweiligen Bescheid enthaltenen Effizienzwerte für die dritte Regulierungsperiode Strom liegen für die ehemalige INFRAWEST bei 92,22 Prozent und für die ehemalige regionetz bei 94,94 Prozent. Die Regionetz hat im Strombereich auch erstmals einen Antrag auf Kapitalkostenaufschlag bei der zuständigen Regulierungsbehörde eingereicht. Der hierzu erteilte Genehmigungsbescheid der BNetzA vom 19. Dezember 2018 sieht – entgegen der Auffassung der Regionetz und der Branche – keinen Ausgleich für entgangene Kapitalkosten der Jahre 2017 und 2018 vor, sodass dieser Sachverhalt nun ebenfalls Gegenstand eines laufenden Beschwerdeverfahrens vor dem OLG Düsseldorf ist.

Ausgehend von den Erlösobergrenzenfestlegungen der Behörden haben die Netzbetreiber zum 1. Januar eines jeden Jahres die Erlösobergrenze anzupassen und die hieraus resultierenden Netzentgelte inklusive der schriftlichen Dokumentation der Entgeltermittlung bei den Regulierungsbehörden vorzulegen. Das jeweilige Ergebnis aus der von der Regulierungsbehörde zuletzt durchgeführten Kostenprüfung stellt hierbei das Ausgangsniveau für die dritte Regulierungsperiode dar.

Im Strombereich liegt die zulässige Erlösobergrenze der Regionetz für das Jahr 2019 mit 118,4 Mio. Euro etwa 13,8 Mio. Euro über dem Niveau aus dem Vorjahr. Die Steigerung der Erlösobergrenze vom Jahr 2018 zum Jahr 2019 ist hauptsächlich auf den Übergang in die dritte Regulierungsperiode zurückzuführen, die für beide Vorgänger-Unternehmen der Regionetz ein höheres Ausgangsniveau als in der zweiten Regulierungsperiode enthält. Dieser Effekt wird hierbei durch eine weitere Steigerung aus dem neu eingeführten Kapitalkostenaufschlag ergänzt und von einer preisbedingten Senkung der vorgelagerten Netzkosten teilweise kompensiert.

Gegen die Festlegung zur Erlösobergrenze für die zweite Regulierungsperiode, die Genehmigung einer Investitionsmaßnahme und den Bescheid zur Festlegung des Qualitätselements hatte die ehemalige INFRAWEST Beschwerde beim OLG Düsseldorf eingereicht. Zwischenzeitlich hatte die Regionetz nach erfolgreichem Verlauf der Beschwerdeverfahren öffentlich-rechtliche Verträge zur Beendigung der Beschwerdeverfahren zum Qualitätselement und zur Erlösobergrenzenfestlegung für die zweite Regulierungsperiode geschlossen, woraus entsprechende Anpassungsbeträge für die Erlösobergrenzen in den Jahren 2017 bis 2019 resultieren. Das Beschwerdeverfahren zur vorgenannten Investitionsmaßnahme wurde durch die zwischenzeitlich erfolgte Anpassung des entsprechenden Genehmigungsbescheids mittlerweile ebenfalls zugunsten der ehemaligen INFRAWEST erledigt. Ebenso konnte das Beschwerdeverfahren der ehemaligen regionetz gegen den Erlösobergrenzenbescheid zur zweiten Regulierungsperiode im Jahr 2019 durch den Abschluss eines Vertrags im Vergleichswege beendet werden. Hieraus resultieren für die Regionetz Erlösobergrenzenaufschläge in den Jahren 2020 bis 2024.

Bereits im Jahr 2016 hat die BNetzA die Festlegung von Eigenkapitalzinssätzen für die dritte Regulierungsperiode der Anreizregulierung im Strom- und im Gasbereich abgeschlossen. Hiernach sinken die festgelegten Eigenkapitalzinssätze gegenüber den Zinssätzen für die zweite Regulierungsperiode erheblich ab. Mit Beschluss vom 21. Februar 2018 für Gas bzw. vom 28. November 2018 für Strom hat die BNetzA schließlich auch die Festlegung des allgemeinen sektoralen Produktivitätsfaktors für die dritte Regulierungsperiode mit einer Höhe von 0,49 Prozent im Gasbereich bzw. mit einer Höhe von 0,9 Prozent p. a. im Strombereich abgeschlossen.

Die Regionetz hat – wie zahlreiche weitere Netzbetreiber auch – Beschwerde gegen die oben genannten Festlegungsverfahren beim OLG Düsseldorf eingereicht. Nach einem gerichtlichen Verfahren liegt nunmehr eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH) (Urteil aus Juli 2019) zum Thema Eigenkapitalzinssätzen vor, die die Vorgehensweise der BNetzA bei der Ermittlung der Eigenkapitalzinssätze für die dritte Regulierungsperiode bestätigt und somit das vorherige Urteil des OLG Düsseldorf zu diesem Sachverhalt gegenstandslos macht. Formell bestehen die Beschwerdeverfahren der Regionetz zu diesem Sachverhalt aktuell weiterhin fort, da zu einzelnen Verfahren noch Befassungsbeschwerden anhängig sind. Die Gerichtsverfahren zum generellen sektoralen Produktivitätsfortschritt Strom und Gas sind nach aktuellem Stand ebenfalls noch nicht rechtskräftig abgeschlossen, sodass hierzu die weitere Entwicklung der entsprechenden Beschwerdeverfahren abzuwarten bleibt.

Das Jahr 2019 bildet im Gasbereich das zweite Jahr der dritten Regulierungsperiode der Anreizregulierung. Ein verbindlicher Bescheid zur Erlösobergrenzenfestlegung für die Jahre 2018 bis 2022 liegt bis zum heutigen Zeitpunkt nur für die ehemalige INFRAWEST vor. Für die Erlösobergrenzenfestlegung der ehemaligen regionetz stehen die Anhörung sowie die Erteilung eines verbindlichen Bescheids aktuell noch aus. Zwischenzeitlich sind allerdings auch für die ehemalige regionetz das sogenannte Ausgangsniveau als Ergebnis der durchgeführten Kostenprüfungen sowie der zuletzt im Dezember 2018 von der Landesregulierungskammer NRW mitgeteilte finale Effizienzwert bekannt. Die im Bescheid der INFRAWEST bzw. in der letzten Mitteilung der Regulierungsbehörde enthaltenen Effizienzwerte für die dritte Regulierungsperiode Gas liegen für die ehemalige INFRAWEST bei 98,98 Prozent und für die ehemalige regionetz bei 77,58 Prozent.

Im Gasbereich haben die ehemalige INFRA-WEST und die ehemalige regionetz zum 30. Juni 2017, erstmals entsprechend den Vorgaben aus § 10a ARegV, einen Antrag auf Kapitalkostenaufschlag bei der zuständigen Regulierungsbehörde eingereicht. Der hierzu durch die Regulierungsbehörde ausgestellte Genehmigungsbescheid vom 18. Juli 2018 bzw. vom 24. Juli 2018 sieht – konträr zur Auffassung der Regionetz und der Branche – analog zum Strombereich keinen Ausgleich für die entgangenen Kapitalkosten aus den Jahren 2016 und 2017 vor. Aus diesem Grund hat die Regionetz auch gegen diese Bescheide jeweils Rechtsbeschwerde beim zuständigen OLG Düsseldorf eingereicht. Ein Antrag zum Kapitalkostenaufschlag auf die Erlösobergrenze des Jahres 2019 wurde zum 30. Juni 2018 durch die Regionetz gestellt, worüber aktuell noch kein Genehmigungsbescheid vorliegt.

Im Gasbereich liegt die zulässige Erlösobergrenze der Regionetz unter Berücksichtigung der mitgeteilten Effizienzwerte und des Kapitalkostenausgleichs für das Jahr 2019 mit rund 65,6 Mio. Euro etwa 0,2 Mio. Euro über dem Niveau der für das Jahr 2018 genehmigten Erlösobergrenze.

Am 16. Dezember 2019 hat die Regionetz ihre Tochtergesellschaft Alsdorf Netz GmbH, Alsdorf, (Alsdorf Netz) gegründet. Geschäftszweck der Gesellschaft ist das Halten des Eigentums, die Instandhaltung, die Erhaltung und der Ausbau von Versorgungsnetzen für Elektrizität und Gas auf dem Gebiet der Stadt Alsdorf. Mit Wirkung zum 31. Dezember 2019 hat die Regionetz sodann ihre Strom- und Gasnetze im Stadtgebiet Alsdorf in die Alsdorf Netz eingebracht und zum gleichen Zeitpunkt Pachtverträge mit der Alsdorf Netz über die Strom- und die Gasnetze geschlossen, sodass die Regionetz diese Netze insofern unverändert weiterbetreibt. Die Einbringung erfolgte handelsrechtlich unter Aufdeckung der stillen Reserven in den Strom-

und Gasnetzen in Alsdorf in Höhe von 14,7 Mio. Euro. Daneben wurden auch die im Zusammenhang mit den Netzen erhobenen und teilweise bereits aufgelösten Baukostenzuschüsse und Anschlusskostenbeiträge in Höhe von 2,8 Mio. Euro übertragen.

Infolge einer Beschädigung eines 110-kV-Kabels durch die Flocke & Rey Elektroanlagen GmbH, Leverkusen, (Flocke & Rey) im Jahr 2013 ist der heutigen Regionetz ein Schaden von 4,5 Mio. Euro zzgl. Zinsen entstanden. Ein entsprechender Schadenersatz wurde gerichtlich in zwei Instanzen bestätigt. Mit einem Vergleichsvertrag vom 15. November 2019 hat man sich auf eine Beendigung des Rechtsstreits vor dem BGH und auf eine Entschädigung in Höhe von insgesamt 3,6 Mio. Euro geeinigt.

Die Regionetz hat im Geschäftsjahr 2019 insgesamt 50,4 Mio. Euro investiert, wobei auf das Stromnetz 16,7 Mio. Euro und auf das Gasnetz 19,2 Mio. Euro entfielen. Ins Wassernetz hat die Regionetz 6,1 Mio. Euro, in die Straßenbeleuchtung 0,2 Mio. Euro und in das Netzleitsystem 2,2 Mio. Euro investiert. Auf das Telekommunikationsnetz entfallen weitere 2,3 Mio. Euro und die übergreifenden sonstigen Investitionen belaufen sich auf rund 3,5 Mio. Euro.

Das Ergebnis vor Steuern (EBT) der Regionetz beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr 2019 etwa 59,5 Mio. Euro und liegt damit rund 15,5 Mio. Euro oberhalb des in der Wirtschaftsplanung prognostizierten Niveaus. Das Ergebnis wird über den bestehenden EAV nach Abzug der Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin EWW in Höhe von 14,9 Mio. Euro und der darauf entfallenden Steuern in Höhe von 2,8 Mio. Euro mit einem verbleibenden Betrag von 41,8 Mio. Euro an die STAWAG abgeführt.

Die STAWAG Energie hat ihr Anlagenportfolio im Windbereich auch im Geschäftsjahr 2019 weiter ausgebaut. So wurde beim Windpark Münsterwald GmbH & Co. KG, Aachen, (WP

Münsterwald) Ende des Jahres 2019 damit begonnen, die bereits im Jahr 2018 in Betrieb genommenen fünf Windkraftanlagen um zwei weitere Anlagen mit einer Leistung von je 3,3 Megawatt zu erweitern. Zu den bereits bestehenden 40 Millionen Kilowattstunden werden damit weitere 16 Millionen Kilowattstunden grüner Strom produziert. Mit der Erweiterung hat die STAWAG ihren Kunden gleichzeitig eine Bürgerbeteiligung angeboten, um engagierten Bürgerinnen und Bürgern eine unmittelbare Investition in den Klimaschutz zu ermöglichen. Des Weiteren haben die Stadtwerke Bergheim GmbH, Bergheim, (SW Bergheim) von der STAWAG Energie eine 50-Prozent-Beteiligung an der Windparkgesellschaft Bergheim-Fischbachhöhe im Geschäftsjahr 2019 erworben. Der bereits 2018 in Betrieb genommene Windpark besteht aus insgesamt drei Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von neun Megawatt. Die installierte Leistung reicht aus, um jährlich etwa 28 Millionen Kilowattstunden Strom zu erzeugen.

Im Geschäftsjahr 2019 hat die STAWAG Energie ein EBT von 10,1 Mio. Euro erzielt und das Vorjahresergebnis um 1,6 Mio. Euro bzw. rund 20 Prozent übertroffen. Neben den erzielten Erträgen aus der Projektentwicklung haben die nachhaltigen Beteiligungsergebnisse aus den bestehenden Solar- und Windparks wesentlich zum positiven Ergebnis der STAWAG Energie, das über den bestehenden EAV an die STAWAG abgeführt wird, beigetragen.

Das Geschäft der FACTUR wird im Geschäftsjahr 2019 weiterhin von der Entwicklung sinkender Margen bei Energieprodukten, von steigenden Großhandelspreisen sowie von einer erhöhten Wechselbereitschaft der Endkunden beeinflusst. Der vertraglich vereinbarte Zählerpunktpreis ist maßgeblich für den Umsatz der FACTUR, wobei sowohl Kundenverlust- als auch Kundenzuwachsraten einen direkten Einfluss auf das Ergebnisiniveau der FACTUR haben. Mit

dem Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) werden die Messstellenbetreiber nunmehr verpflichtet, beim Einbau von modernen Messeinrichtungen (mME) und von intelligenten Messsystemen (iMS) eine Trennung zwischen Netznutzungs- und Messstellenbetriebsabrechnung vorzunehmen. Die FACTUR hat als Prozess- und Abrechnungsdienstleister die neue Abrechnungsform der Messentgelte (MOS Billing) in den Netz- und Lieferantensystemen entsprechend implementiert. Zum Ende des Jahres 2019 ist zudem die Anpassung der elektronischen Marktkommunikation im Stromsektor an die Erfordernisse des Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende („Marktkommunikation 2020“) erfolgt.

Das MsbG sieht dabei vor, dass künftig alle beim Kunden mithilfe eines sogenannten iMS erhobenen Messwerte im Idealfall ausschließlich dort dezentral gespeichert, aufbereitet und im Anschluss sternförmig an alle berechtigten Empfänger verteilt werden. Die hieraus entstandenen Beratungsprojekte mit den sich daraus ergebenden prozessualen Änderungen in den Dienstleistungsprozessen konnte die FACTUR sowohl auf der Netz- als auch auf der Vertriebsseite 2019 erfolgreich umsetzen.

Seit 2017 erbringt die FACTUR auch die Kundenservice- und Abrechnungsdienstleistung für die MONTANA Energie GmbH & Co. KG, Grunwald, (MONTANA). Mit zunächst rund 206.000 Strom- und Gaszählpunkten sind aufgrund der signifikanten Neukundengewinnung zum 31. Dezember 2019 etwa 324.000 Zählpunkte in der Belieferung, was sich bei der FACTUR in einer entsprechenden Umsatzsteigerung für die Full-Service-Dienstleistung niederschlägt. Der Gesamtumsatz der FACTUR liegt zum 31. Dezember 2019 bei insgesamt rund 25 Mio. Euro, wobei ein EBT in Höhe von 3,6 Mio. Euro erwirtschaftet wurde, das über den bestehenden EAV vollständig an die STAWAG abgeführt wird.

Bei der Neuordnung des Wassergewinnungsbereichs im Geschäftsjahr 2018 hat die STAWAG im Wege der Ausgliederung ihre Grundwassergewinnungs- und -aufbereitungsanlagen sowie die dazugehörigen Grundstücke und Gebäude auf die WAG übertragen. Die WAG, an der die STAWAG, neben der enwor, zu 50 Prozent beteiligt ist, wird für 2019 ein Ergebnis nach Steuern (EAT) von voraussichtlich rund 0,7 Mio. Euro erzielen. Im Geschäftsjahr 2019 hat die WAG ein Beteiligungsergebnis von jeweils rund 0,7 Mio. Euro an ihre beiden Gesellschafter ausgeschüttet. Von dem im Geschäftsjahr 2018 erzielten Jahresergebnis der WAG in Höhe von insgesamt 1,8 Mio. Euro wurden rund 0,4 Mio. Euro auf neuen Gewinn vorgetragen.

Die STAWAG ist mit einem Anteil von 25,1 Prozent an den Stadtwerken Lübeck GmbH, Lübeck, (SW Lübeck) beteiligt. Für das Geschäftsjahr 2019 erwarten die SW Lübeck ein EBT vor Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin STAWAG in Höhe von 21,2 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2019 hat die STAWAG die Ausgleichszahlung aus dem Geschäftsjahr 2018 in Höhe von rund 3,3 Mio. Euro phasenverschoben vereinnahmt. Insgesamt hat die STAWAG aus der Beteiligung an den SW Lübeck bislang etwa 23,2 Mio. Euro an Ausgleichszahlungen erhalten.

Die STAWAG hält seit 2013 als strategischer Partner der StadtWerke Rösrath – Energie GmbH, Rösrath, (SW Rösrath) einen Gesellschafteranteil von 49 Prozent. Geprägt ist das Jahresergebnis der Gesellschaft durch die Geschäftsfelder Energieversorgung und Bäderbetrieb. Zum 1. Januar 2017 haben die SW Rösrath das Stromnetz in Rösrath übernommen und gleichzeitig einen Pacht- und Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. In der für die STAWAG im Rahmen eines bestehenden Tracking-Stock-Modells relevanten Versorgungssparte wird für das Geschäftsjahr 2019 ein positives Ergebnis von rund 0,7 Mio. Euro

erwartet. Insgesamt wird der erwirtschaftete Gewinn der SW Rösrath voraussichtlich rund 0,2 Mio. Euro betragen.

Darüber hinaus ist die STAWAG seit 2013 an der enewa mit einem Gesellschafteranteil von 49 Prozent beteiligt. Die Gesellschaft ist in den Geschäftsfeldern Wasserversorgung, Energieversorgung und im Bäderbetrieb aktiv. Darüber hinaus hat die enewa zum 1. Januar 2018 das Eigentum des Stromnetzes in Wachtberg erworben und gleichzeitig einen Pacht- und einen Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2019 ein Ergebnis von insgesamt rund 0,2 Mio. Euro. Das für die STAWAG im Rahmen des Tracking-Stock-Modells relevante Ergebnis des Versorgungsbereichs beläuft sich dabei auf rund 0,5 Mio. Euro.

Ebenso hat sich die STAWAG bereits im Geschäftsjahr 2015 mit 49 Prozent an den Gemeindewerken Ruppichterath GmbH, Ruppichterath, (GWR) beteiligt. Die GWR ist in den Geschäftsfeldern Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und im Energievertrieb Strom und Gas tätig. Zum 1. Januar 2017 hat die GWR das Stromnetz eigentumsrechtlich übernommen, das aktuell an die Westnetz GmbH, Dortmund, (Westnetz) verpachtet ist. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2019 ein Ergebnis in Höhe von 0,1 Mio. Euro.

Eine weitere strategische Partnerschaft ist die STAWAG im Geschäftsjahr 2014 mit den Energiewerken Waldbrohl GmbH, Waldbrohl, (Eww) eingegangen. Im Geschäftsjahr 2017 hat die STAWAG ihren Gesellschaftsanteil im Zuge einer Neuordnung der Eww in eine Vertriebsgesellschaft Strom und Gas von ursprünglich 49 Prozent auf 51 Prozent erhöht. Zwischen der Eww und der STAWAG wurde daher ein EAV abgeschlossen. Im Geschäftsjahr 2019 hat die Eww ein negatives Ergebnis in Höhe von rund 145 TEuro erzielt, das von der STAWAG ausgeglichen wird.

Der Anteil der STAWAG am Telekommunikationsanbieter NetAachen GmbH, Aachen (NetAachen) liegt bei 16 Prozent. Für das Geschäftsjahr 2019 wird die NetAachen nach vorläufigen Angaben ein EAT von 2,4 Mio. Euro erwirtschaften. Die STAWAG vereinnahmt im Geschäftsjahr 2019 ein anteiliges Beteiligungsergebnis aus dem Jahr 2018 in Höhe von rund 0,4 Mio. Euro. Die Technischen Werke Naumburg, Naumburg; (TWN), an der die STAWAG einen Anteil von 2 Prozent hält, wird im Geschäftsjahr 2019 ein voraussichtliches Jahresergebnis von rund 2,6 Mio. Euro erzielen. Die STAWAG vereinnahmt im Geschäftsjahr 2019 ein anteiliges Beteiligungsergebnis aus dem Jahr 2018 in Höhe von rund 35 TEuro. Die smartlab Innovationsgesellschaft mbH, Aachen, (smartlab), an der die STAWAG Anteile von 35 Prozent hält, wird im abgelaufenen Geschäftsjahr 2019 einen voraussichtlichen Verlust von rund 221 TEuro erzielen. Der Verlust wird durch eine anteilige Einzahlung aller Gesellschafter in die Kapitalrücklage der smartlab entsprechend ausgeglichen.

Anfang 2018 hat sich die STAWAG zusammen mit der Mark-E Aktiengesellschaft, Hagen, (Mark-E) mit jeweils 50 Prozent an der neu gegründeten PSW Rönkhausen GmbH & Co. KG, Hagen, (PSW Rönkhausen) beteiligt. Die Gesellschaft ist Eigentümerin des Pumpspeicherkraftwerks (PSW) mit einer installierten Leistung von 140 Megawatt, das für rund 25 Mio. Euro umfangreich saniert wurde. Das PSW ist an die Mark-E verpachtet, die auch den kommerziellen Betrieb der Anlage verantwortet. Aus der Pachtgesellschaft vereinnahmte die STAWAG 2019 eine vertraglich fixierte Garantiedividende von jährlich 375 TEuro.

Unter Berücksichtigung der vereinnahmten Beteiligungserträge erzielte die STAWAG im Geschäftsjahr 2019 einen Gewinn (EBT) von rund 32 Mio. Euro, was neben einer hohen Ertragskraft im operativen Geschäftsverlauf der

STAWAG hauptsächlich durch ein außerordentlich hohes Beteiligungsergebnis der Regionetz aufgrund der handelsrechtlichen Aufdeckung der stillen Reserve im Zuge der Ausgliederung des Strom- und Gasnetzes im Alsdorfer Stadtgebiet auf die Alsdorf Netz begründet ist. Gegenläufig wirken sich vor allem die außerordentliche Abschreibung auf den Beteiligungsbuchwert der TKL von rund 6,6 Mio. Euro sowie zinsbedingt hohe Aufwendungen für die Altersversorgung (Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen) in Höhe von rund 16,2 Mio. Euro auf das Jahresergebnis 2019 der STAWAG aus. Die hohen Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen sind dabei maßgeblich durch den signifikant rückläufigen Rechnungszinssatz begründet. Die STAWAG plant, den Jahresüberschuss in Höhe von 32 Mio. Euro in voller Höhe an die E.V.A. abzuführen.

Die **regio iT** hat aus dem Jahresüberschuss 2018 ein Beteiligungsergebnis in Höhe von 1,1 Mio. Euro an die E.V.A. ausgeschüttet und lag somit auf Planniveau.

Die regio iT erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr ein überplanmäßiges Ergebnis vor Steuern in Höhe von 3,2 Mio. Euro (Plan 2,9 Mio. Euro). Nach Abzug der Ertragsteuern in Höhe von -1,1 Mio. Euro ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 2,2 Mio. Euro, der den Plan (2 Mio. Euro) um 0,2 Mio. Euro übertrifft. Die regio iT beabsichtigt eine Thesaurierung in Höhe von 0,2 Mio. Euro vorzunehmen, und den verbleibenden Jahresüberschuss in Höhe von 2 Mio. Euro auszuschütten. Bei einer Anteilsquote von 48,5 Prozent stünden der E.V.A. somit 0,9 Mio. Euro zu, die in das Beteiligungsergebnis der E.V.A. in 2020 einfließen.

Die regio iT hat im Jahr 2019 Umsatzerlöse in Höhe von 76,3 Mio. Euro erzielt (Planansatz 68,4 Mio. Euro). Besonders hervorzuheben sind die Umsatzerlöse aus der Beratung sowie aus der laufenden Produktnutzung.

Die Umsatzerlöse aus der Beratung haben einen Rekordwert von 9,6 Mio. Euro (Plan 8,5 Mio. Euro) erreicht. Die Kundennachfrage nach Digitalisierungsprojekten ist weiterhin steigend und aufgrund der verfügbaren Personalressourcen herausfordernd. Sowohl bei den Kommunen als auch bei den kommunalen Unternehmen wurden entsprechende Projekte beauftragt. Die Umsätze aus Produktnutzung (51,2 Mio. Euro) übertreffen den Planansatz (50,2 Mio. Euro) um 1 Mio. Euro. Abrechenbare Mengenzuwächse bei bestehenden Produkten sowie neue Produkte, die nach den entsprechenden Projekten in den Betrieb überführt wurden, führen zu dieser positiven Entwicklung.

Im Umsatzsegment Handels-/Leasinggeschäft wird mit 9,9 Mio. Euro ein Umsatzzuwachs erwirtschaftet, der den Planansatz von 6 Mio. Euro um 3,9 Mio. Euro deutlich überschreitet. Die größten Umsatztreiber sind der Schulbereich sowie Hardwarebeschaffungen der Kommunen im Kontext der Umstellungen auf Windows 10.

Der Materialaufwand hat sich entsprechend den höheren Umsatzerlösen auf 29,1 Mio. Euro erhöht und liegt somit um 7,7 Mio. Euro über dem Planansatz (21,4 Mio. Euro). Korrespondierend zu den Umsatzerlösen aus dem Handels- und Leasinggeschäft haben sich entsprechend die Fremdlieferung und die Leasingraten auch überplanmäßig entwickelt (-3,9 Mio. Euro). Zusätzlich sind die Weiterberechnungen aus der Wartung und den sonstigen Fremdleistungen entsprechend der Umsatzerlöse gestiegen (-2,1 Mio. Euro). Darüber hinaus liegen die Wartungskosten mit -0,8 Mio. Euro und die sonstigen Fremdleistungen mit -0,7 Mio. Euro über dem Planniveau.

Im Ergebnis liegt der Rohertrag mit 47,7 Mio. Euro um 0,1 Mio. Euro leicht über Planniveau.

Die Personalkosten bleiben mit -31,4 Mio. Euro um 0,5 Mio. Euro unter dem Planansatz. Ursächlich hierfür ist der derzeit immer noch im Vergleich zum Plan (405 MAÄ) niedrigere Mitarbeiterbestand (394 MAÄ).

Die Abschreibungen liegen aufgrund eines geringeren Investitionsvolumens in 2019 bei -4,4 Mio. Euro und somit um 0,3 Mio. Euro geringer als der Planansatz (-4,7 Mio. Euro).

Die sonstigen Aufwendungen liegen mit -8,6 Mio. Euro um 0,5 Mio. Euro über dem geplanten Ansatz von -8,1 Mio. Euro. Dem Grunde nach handelt es sich hierbei um die überplanmäßigen externen Beratungskosten im Rahmen der Fusionsüberlegungen mit Civitec.

Die im September ausgeschüttete Dividende 2019 der **gewoge** in Höhe von 0,2 Mio. Euro bewegt sich auf Planniveau.

Die E.V.A. beschäftigte zum Stichtag 31. Dezember 2019 121 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 93 Vollzeit- und 28 Teilzeitkräfte. Umgerechnet auf Vollzeitmitarbeiter beträgt die Personalstärke 110,8 MAÄ gegenüber einem Planwert von 115 MAÄ.

Unter zusätzlicher Berücksichtigung von Geschäftsführern, Aushilfskräften, Praktikanten und Auszubildenden beträgt die Mitarbeiterzahl zum 31. Dezember 2019 135, davon 104 Vollzeit- und 31 Teilzeitmitarbeiter. Umgerechnet auf Vollzeitmitarbeiter entspricht dies einer Personalstärke von 123,4 MAÄ gegenüber einem Planwert von 127 MAÄ. Ruhende Arbeitsverhältnisse sind nicht berücksichtigt.

**Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289 f HGB zum Gesetz
für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungs-
positionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst**

**Für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis
30. Juni 2022 gilt:**

Die Gesellschafterversammlung der Gesellschaft hat am 30. Juni 2017 beschlossen, für den Frauenanteil im Aufsichtsrat den Status Quo von 13,33 Prozent als Zielgröße für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 beizubehalten und für die Geschäftsführung am Status Quo (0 Prozent) für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 festzuhalten.

Die Geschäftsführung hat beschlossen, für die 1. Führungsebene eine Zielgröße für den Frauenanteil von mindestens 50 Prozent (Status Quo: 66,6 Prozent) für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 nicht zu unterschreiten und für die 2. Führungsebene am Status Quo von 30 Prozent festzuhalten.

Anmerkung: Per 31. Dezember 2019 entsprach die aktuelle Frauenquote (50 Prozent) für die 1. Führungsebene der Zielgröße von mindestens 50 Prozent.

Der Status Quo von 30 Prozent für die 2. Führungsebene konnte nicht gehalten werden und betrug 25 Prozent. Gegenüber dem Stichtag 31. Dezember 2018 (20 Prozent) erhöhte sich die Frauenquote per 31. Dezember 2019 (25 Prozent) jedoch um 5 Prozent.

Grund hierfür war ein Todesfall im August 2019 auf der 2. Führungsebene (männlich besetzt) im Center Konzernfinanz-/Rechnungswesen und Controlling. Die Führungsposition (bislang männlich besetzt) wurde noch nicht wieder besetzt. Weiterhin ist im August 2019 eine Führungskraft (männlich besetzt) aus der 2. Führungsebene im Center Gebäude-/Facility-Management ausgeschieden. Die Führungsposition (männlich besetzt) wurde durch Reorganisation eingespart.

Für den Zeitraum 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2019 hat sich im Aufsichtsrat der Status Quo von 13,33 Prozent (gleich Zielgröße) nicht geändert.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 0,4 Mio. Euro ab und verbesserte sich damit gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 0,1 Mio. Euro. Das Ergebnis enthält eine weitere freiwillige Einlage der Stadt Aachen in Höhe von 12,1 Mio. Euro (Vorjahr: 7,8 Mio. Euro) gem. § 15 (3) des Gesellschaftsvertrages.

Die wirtschaftliche Lage der E.V.A. wird im Wesentlichen durch die Geschäftsentwicklung der Beteiligungsgesellschaften bestimmt. Das Zins- und Beteiligungsergebnis beträgt 1,8 Mio. Euro und liegt damit um 8,7 Mio. Euro über dem Vorjahresergebnis.

Dabei lag die Gewinnabführung der STAWAG mit 32 Mio. Euro um 8,2 Mio. Euro über dem Vorjahresergebnis von 23,8 Mio. Euro. Das Geschäftsjahr 2019 war bei der STAWAG von Sondereinflüssen der verbundenen Unternehmen, insbesondere bei der Regionetz und von außerplanmäßigen Abschreibungen bei Finanzanlagen im Kraftwerksbereich geprägt.

Die ASEAG hat das Geschäftsjahr 2019 mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme in Höhe von 30,3 Mio. Euro abgeschlossen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverbesserung von 0,9 Mio. Euro. Davon resultieren insgesamt 2,2 Mio. Euro aus einem besseren Betriebsergebnis und -1,3 Mio. Euro aus einem gegenläufigen Finanz- und Beteiligungsergebnis, wovon 1 Mio. Euro auf einen höheren Zinsaufwand aus den Pensionsverpflichtungen zurückzuführen ist.

Die Beteiligungserträge lagen mit 1,1 Mio. Euro bei der regio iT und mit 0,2 Mio. Euro bei der gewoge auf dem Niveau des Vorjahres.

Das Betriebsergebnis verbesserte sich insgesamt um 0,21 Mio. Euro auf 0,23 Mio. Euro.

Für das Geschäftsjahr belaufen sich die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** auf 6,2 Mio. Euro Körperschaftsteuer (Vorjahr: 0,7 Mio. Euro) und auf 7,7 Mio. Euro Gewerbesteuer (Vorjahr: 1,2 Mio. Euro). Der Anstieg ist im Wesentlichen aufgrund des besseren Beteiligungsergebnisses gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen. Ertragsteuererstattungsansprüche für Vorjahre in Höhe von 0,1 Mio. Euro (Vorjahr: 1,3 Mio. Euro) resultieren teilweise aus der letzten steuerlichen Betriebsprüfung und aus Folgejahren.

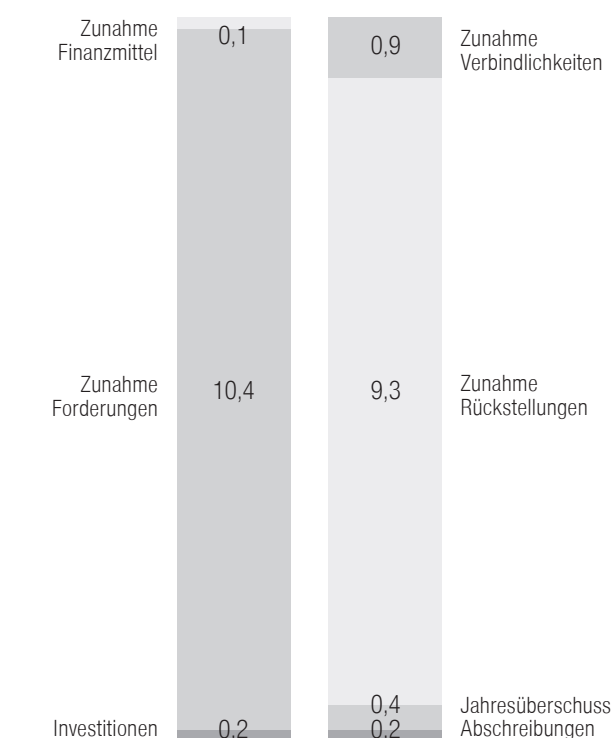
Finanzlage

Vermögenslage

Mittelverwendung

Mittelherkunft

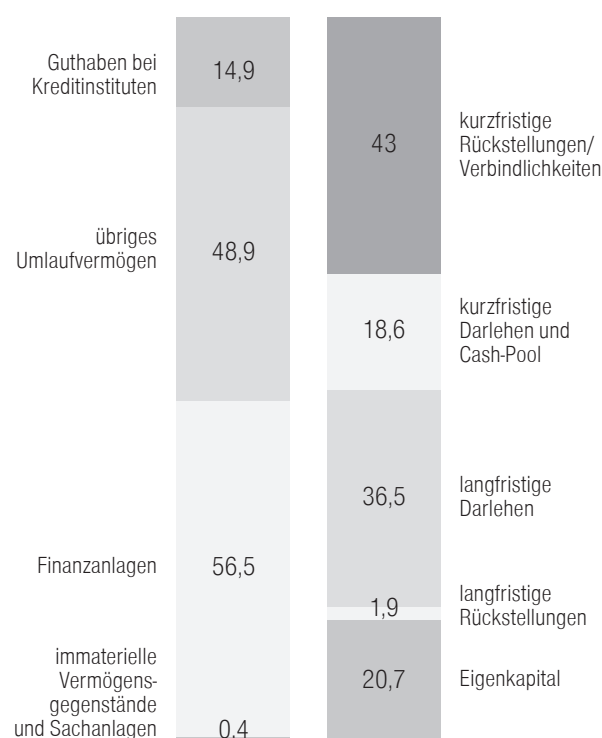
10,7 Mio. Euro



Vermögen

Kapital

120,7 Mio. Euro



Im Jahr 2019 belief sich das Finanzierungsvolumen der E.V.A. auf 10,7 Mio. Euro.

Die Mittelverwendung ergibt sich im Wesentlichen mit 2,9 Mio. Euro aus Forderungen gegen die STAWAG, mit 3,5 Mio. Euro aus einer Ausgleichsverpflichtung gegen die Gesellschafterin Stadt Aachen sowie aus Steuererstattungsansprüchen in Höhe von 3,5 Mio. Euro.

Die Mittel resultieren hauptsächlich aus höheren Pensions- und Steuerrückstellungen in Höhe von 9,3 Mio. Euro und aus Verbindlichkeiten gegenüber der ASEAG in Höhe von 0,8 Mio. Euro.

Die Bilanzsumme beträgt im Berichtsjahr 120,7 Mio. Euro und liegt damit um 10,5 Mio. Euro über dem Vorjahreswert.

Das Finanzanlagevermögen beinhaltet im Wesentlichen die Anteile an verbundenen Unternehmen und bildet zusammen mit den immateriellen Vermögensgegenständen und den Sachanlagen 47,2 Prozent des Gesamtvermögens. Die restlichen Mittel resultieren mit 12,3 Prozent aus Guthaben bei Kreditinstituten und mit 40,5 Prozent aus dem übrigen Umlaufvermögen.

Die Kapitalseite weist neben dem Eigenkapital weitere 38,4 Mio. Euro mittel- und langfristige Mittel aus, die 31,8 Prozent der Bilanzsumme betragen. Darin enthalten sind Darlehen in Höhe von 24 Mio. Euro aus Stiftungsmitteln, die durch die Stadt Aachen verwaltet werden, ein Gesellschafterdarlehen der Stadt Aachen in Höhe von 10 Mio. Euro sowie ein Gesellschafterdarlehen der StädteRegion Aachen in Höhe von 2,5 Mio. Euro. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus kurzfristigen Darlehen und aus dem Cash-Pool liegen bei 15,4 Prozent. Die übrigen kurzfristigen Rückstellungen und die Verbindlichkeiten betragen 35,6 Prozent und bestehen im Wesentlichen aus dem Verlustausgleichsanspruch der ASEAG in Höhe von 30,4 Mio. Euro. Die Eigenkapitalquote beträgt 17,2 Prozent.

Die E.V.A. stellt einen Konzernabschluss gemäß § 290 ff. HGB auf. Es werden die Jahresabschlüsse der ASEAG, der STAWAG, der APAG, der STAWAG Abwasser, der STAWAG Energie, der Regionetz, der STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG, Simmerath, (Simmerath Infrastruktur), der STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG, Monschau, (Monschau Infrastruktur), der FACTUR, der Eww, der Solar Power Turnow West I GmbH & Co. KG, Aachen, (Turnow West I), der Solar Power Turnow West II GmbH & Co. KG, Aachen, (Turnow West II), der Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG, Aachen, (SA Giebelstadt), der Solarpark Gödenroth GmbH & Co. KG, Aachen, (SP Gödenroth), der Solarpark Ilbesheim GmbH & Co. KG, Aachen (SP Ilbesheim), der Windpark Laudert GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Laudert), der Windpark Riegenroth GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Riegenroth) und erstmalig der Alsdorf Netz einbezogen.

III. Prognosebericht

Im Frühjahr 2020 ist die Weltwirtschaft von der bestehenden Corona-Pandemie geprägt. Die zuvor erkennbaren Anzeichen für eine Belebung der Konjunktur haben sich im Februar mit der Umsetzung von weitreichenden Maßnahmen zur Eindämmung der Viruserkrankungen in China abrupt umgekehrt. Zwischenzeitlich werden nahezu überall Maßnahmen ergriffen, um die Ausbreitung zu verlangsamen. In Deutschland ist die Atemwegserkrankung COVID-19 seit dem 28. Januar 2020 präsent, nachdem ein Infektionsfall bei einem Mitarbeiter des Automobilzulieferers Webasto bekannt wurde. Nachdem das Robert-Koch-Institut das Gesundheitsrisiko in Deutschland zunächst als gering bis mäßig bewertete, wird das Risiko für die Bevölkerung in Deutschland seit dem 17. März 2020 als hoch und für Risikogruppen als sehr hoch bezeichnet. Mit Beginn der Fallhäufung und zum Abbremsen der Infektionswelle hat der Staat die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten in Deutschland stark eingeschränkt. Das Wirtschaftsinstitut ifo rechnet in seinem Frühjahrsgutachten mit einem Rückgang des deutschen Bruttoinlandsprodukts von 4,2 Prozent. Die Rezession hinterlässt dabei ebenso deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt und im Staatshaushalt. Es wird derzeit davon ausgegangen, dass die Arbeitslosenquote auf 5,9 Prozent und die Zahl der Kurzarbeiter auf 2,4 Millionen ansteigen wird. Die finanzpolitischen Stabilisierungsmaßnahmen führen in diesem Jahr zu einem Rekorddefizit im gesamtstaatlichen Haushalt von 159 Milliarden Euro.

Der **Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** analysiert in seinem Sondergutachten vom 22. März 2020 die aktuellen gesundheitspolitischen Maßnahmen aufgrund der Corona-Pandemie und deren ökonomische Auswirkungen. Geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen werden diskutiert. Vor dem Hintergrund der schwierigen Datenlage und der damit einhergehenden Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung stellt der Sachverständigenrat drei Szenarien für die wirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 2020 und 2021 in Deutschland vor, die auf unterschiedlichen Annahmen über Ausmaß und Dauer der Beeinträchtigung durch das Corona-Virus sowie über die darauffolgende Erholung basieren.

Das *Basisszenario* ist, ausgehend von der aktuellen Informationslage, das wahrscheinlichste Szenario. Im Basisszenario wird davon ausgegangen, dass sich die wirtschaftliche Lage im Laufe des Sommers normalisiert, sodass es für das Jahr 2020 zu einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Höhe von -2,8 Prozent kommt. Für das Folgejahr wäre aufgrund von Aufholeffekten und eines hohen statistischen Überhangs das Erreichen eines BIP von 3,7 Prozent möglich.

Im *Risikoszenario „ausgeprägtes V“* wird ein stärkerer Einbruch des Wirtschaftswachstums im ersten Halbjahr unterstellt. In diesem Szenario wird davon ausgegangen, dass es zu großflächigen Produktionsstillegungen kommt oder die einschränkenden Maßnahmen länger als derzeit geplant aufrechterhalten werden. Die Folge wäre eine Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal, die bis zu 10 Prozent unterhalb des derzeitigen Niveaus liegt. Unter Berücksichtigung von Aufholeffekten würde sich ein jahresdurchschnittlicher Rückgang des BIP um -5,4 Prozent ergeben. Im Jahr 2021 würden weitere Aufholeffekte und ein statistischer Überhang von 1,1 Prozentpunkten das BIP dann um 4,9 Prozent wachsen lassen.

Im *Risikoszenario „langes U“* wird angenommen, dass die Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus über den Sommer hinaus andauern. Bei diesem Szenario sieht der Sachverständigenrat die Gefahr, dass es trotz der bisherigen politischen Maßnahmen zu tiefgreifenden Beeinträchtigungen der Wirtschaftsstruktur durch Insolvenzen und Entlassungen kommt. Darüber hinaus könnten aufgrund verschlechterter Finanzierungsbedingungen Investitionen erschwert werden und zur Kaufzurückhaltung bei Haushalten führen. Reaktionen der Finanzmärkte und des Bankensystems könnten diese Effekte noch verstärken. Das BIP würde bei diesem Szenario in 2020 -4,5 Prozent betragen. Eine wirtschaftliche Erholung würde erst in 2021 folgen, wobei das BIP nur ein Wachstum von 1 Prozent aufweisen würde.

(Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Sondergutachten 2020: Die gesamtwirtschaftliche Lage angesichts der Corona-Pandemie, vom 22. März 2020)

In der Presseinformation vom 1. April 2020 stellte die **IHK Aachen** das Ergebnis der jüngsten regionalen Blitzumfrage zur wirtschaftlichen Lage aufgrund der Corona-Pandemie vor:

„Die Corona-Pandemie hinterlässt zunehmend Spuren in der regionalen Wirtschaft – wenn auch nicht ganz so deutlich wie im Bundesdurchschnitt.“ Das ist das Ergebnis einer Blitzumfrage der IHK Aachen.

87 Prozent der befragten Unternehmer aus der Region geben an, dass die aktuelle Situation Auswirkungen auf ihren Betrieb hat. Vor drei Wochen sagten das erst zwei Drittel der Befragten. 76 Prozent der Unternehmer gehen jetzt von konkreten Umsatzrückgängen in diesem Jahr aus. Die Mehrzahl prognostiziert einen Umsatzrückgang von bis zu 25 Prozent. Jeder siebte Unternehmer erwartet sogar einen Einbruch um mehr als 50 Prozent. Mittlerweile

ist jedes achte Unternehmen in Sorge vor einer drohenden Insolvenz.

Deutschlandweit fallen die Einschätzungen der Befragten jedoch noch negativer aus: 92 Prozent spüren die Folgen der Pandemie. 81 Prozent erwarten Umsatzrückgänge in diesem Jahr, hier rechnet jeder vierte Betrieb in Deutschland mit einem Rückgang um mehr als 50 Prozent. Jeder sechste Befragte sieht die Gefahr einer drohenden Insolvenz.

Im deutschlandweiten Vergleich beurteilen die Unternehmer aus unserer Region ihre wirtschaftliche Situation und die möglichen Folgen der Corona-Pandemie noch etwas positiver.

Das kann aber kein Trost sein, denn der Einschnitt ist tief – für Soloselbstständige und Kleinstunternehmer bis hin zu international tätigen Firmen.

Michael F. Bayer, Hauptgeschäftsführer der IHK Aachen

Erste Hilfe bieten die Maßnahmen des Bundes und der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Allein die seit vergangenem Freitag bereitgestellte NRW-Soforthilfe ist bereits von 342.852 Unternehmen beantragt worden. Davon wurden bislang rund 282.000 Anträge genehmigt. Im Regierungsbezirk Aachen, Bonn und Köln sind es aktuell 97.286 Anträge, von denen mehr als die Hälfte schon genehmigt worden sind.

Rund 3.300 Anfragen zur Soforthilfe und 500 E-Mails zum Kurzarbeitergeld alleine bei der IHK in den vergangenen Tagen plus die vielen Beratungen anderer Einrichtungen im Kammerbezirk Aachen zeigen, dass die Unternehmen massive Unterstützung benötigen. Bayer bilanziert:

Die bisherigen Maßnahmen helfen, reichen aber noch lange nicht.

Aktuell mangelt es nach wie vor an umfangreicher Unterstützung für Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten. Für sie gilt die Soforthilfe nicht. Zudem kann für sie die Liquidität – bei Umsätzen nahe Null und unsicherer Perspektive – derzeit nicht mit Kreditprogrammen im banküblichen Verfahren sichergestellt werden. „Auch diesen Unternehmen muss nun schnell und unbürokratisch geholfen werden“, fordert Bayer. „Dafür machen wir uns als IHK Aachen gemeinsam mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) in Berlin stark.“

Weitere Ergebnisse der Umfrage der IHK Aachen: Nahezu 60 Prozent der hiesigen Unternehmer befürchten einen Nachfragerückgang, knapp die Hälfte erwartet Ausfälle durch fehlende Mitarbeiter, Stornierungen von Aufträgen und ein Aufschieben notwendiger Investitionen. Rund ein Drittel der Befragten rechnet mit Liquiditätsengpässen und logistischen Herausforderungen, sei es bei Lieferungen oder aufgrund fehlender Waren und Dienstleistungen.

Von den angekündigten Hilfsmaßnahmen haben vor allem das Kurzarbeitergeld (77 Prozent), die Stundung beziehungsweise Herabsetzung von Vorauszahlungen (60 Prozent) sowie Soforthilfen in Form von Zuschüssen (49 Prozent) die höchste Relevanz für die Betroffenen in der Region.

Eine weitergehende Prognose über die derzeitige Lage der Unternehmen in der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen zu treffen, ist aufgrund der Corona-Pandemie nicht möglich. Ein Ende der einschränkenden Maßnahmen ist im Moment nicht absehbar.

In der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2020 wird für die **E.V.A.** von einem positiven Betriebsergebnis in Höhe von 0,8 Mio. Euro ausgegangen. Ursache hierfür sind im Wesentlichen höhere sonstige betriebliche Erträge, die sich mit rund 1 Mio. Euro aus dem Verkauf von

3 Prozent der regio iT-Anteile am Zweckverband Civitec ergeben. Des Weiteren bestehen nach wie vor durch die Netzkooperation nicht verrechenbare Kapazitäten im kaufmännischen Bereich an andere Konzerngesellschaften, die einen Minderumsatz von -0,1 Mio. Euro ergeben.

Ferner wurden ein negatives Beteiligungsergebnis in Höhe von -12,1 Mio. Euro und ein negatives Zinsergebnis von -1,3 Mio. Euro in der Planung berücksichtigt. Für das laufende Geschäftsjahr 2020 ergibt sich gemäß Wirtschaftsplanung somit ein Jahresfehlbetrag vor Steuern in Höhe von -12,6 Mio. Euro und unter Berücksichtigung der geplanten Steueraufwendungen in Höhe von -5,9 Mio. Euro ein Jahresfehlbetrag nach Steuern von -18,5 Mio. Euro. Um die Hälfte des Stammkapitals zu sichern, wurde eine Ausgleichszahlung durch die Stadt Aachen in Höhe von 18,1 Mio. Euro angenommen, sodass der geplante Jahresfehlbetrag nach Ausgleichszahlung 0,3 Mio. Euro beträgt.

Ohne Berücksichtigung von Geschäftsführern, Auszubildenden und Aushilfskräften wird die geplante Personalstärke zum Ende des Geschäftsjahres 2020 118,7 Mitarbeiteräquivalente betragen.

Die **ASEAG** weist im Wirtschaftsplan für den Zeitraum von 2020 bis 2024 jährliche negative Ergebnisse zwischen 33 Mio. Euro und 35,4 Mio. Euro aus. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen geht die ASEAG jedoch nicht davon aus, dass sie den geplanten Verlust in Höhe von -33 Mio. Euro im Geschäftsjahr 2020 halten kann. Abweichend von der bisherigen Planung für das Geschäftsjahr 2020 ist es im ersten Quartal 2020 zum Ausbruch der Corona-Krise in Europa und auch in Deutschland gekommen. Weiterhin hat es einen Preiseinbruch an den Ölmärkten gegeben. Hierdurch wird die Beschaffung von Diesel vermutlich deutlich günstiger ausfallen, als in der Planung berücksichtigt. Dieser positive Effekt wird aber durch

die zu erwartenden negativen Effekte auf der Umsatzseite voraussichtlich deutlich überkompensiert. Mit den Schulschließungen Mitte März 2020 und den darüber hinaus beschlossenen Maßnahmen der Regierungen zur Eindämmung der Pandemie ist davon auszugehen, dass das öffentliche Leben weitestgehend zum Erliegen kommt. In Abhängigkeit von der Zeitdauer bis zur Aufhebung dieser Maßnahmen könnte sich ein Schaden von vermutlich mehreren Millionen Euro einstellen. Die monatlichen kassentechnischen Einnahmen im Barsegment liegen bei 1,2 Mio. Euro. Im Barsegment werden die typischen Gelegenheitskunden betreut. Hinzu kommen Wochen- und Monatskarten, die nicht über ein Abonnement (ABO) bezogen werden und insofern von einer zügigen Reaktion der Kunden auf die Pandemie-Situation auszugehen ist. Die kassentechnischen Einnahmen liegen hier bei 0,9 Mio. Euro pro Monat, sodass insgesamt ein monatlicher Umsatz von 2,1 Mio. Euro im Risiko steht. Das Segment der Dauerkunden (Schüler, Studenten, Job-Ticket, ABO) mit einem monatlichen Umsatz von ca. 3,3 Mio. Euro wird dagegen vorerst als einigermaßen konstant angesehen. Mit zunehmender Dauer der Einschränkungen sind aber auch hier Umsatzrückgänge zu erwarten. Durch den Sachverhalt der Einnahmenaufteilung im AVV kann es überdies zu weiteren Verwerfungen in Abhängigkeit von Verkaufszahlen Dritter kommen.

Auch das Beteiligungsergebnis der APAG wird durch die Pandemie-Maßnahmen wahrscheinlich nachhaltig belastet werden. Eine konkrete Aussage kann hier jedoch noch nicht gemacht werden. Fehlender Umsatz schlägt sich aufgrund der hohen Fixkosten des Parkhausbetriebs jedoch nahezu vollständig auf das Ergebnis nieder. Ob und inwieweit zum Beispiel Kosten von Subunternehmern reduziert werden können oder durch Kurzarbeitergeld die Möglichkeit besteht, öffentliche Unterstützung zu erhalten, ist derzeit vollkommen ungeklärt.

Die Energieversorgung im Aachener Stadtgebiet und im städteregionalen Umfeld ist durch die Corona-Krise weder gefährdet noch beeinträchtigt. Die **STAWAG** hat hierfür, wie viele andere Stadtwerke und Verteilnetzbetreiber auch, entsprechende Maßnahmen ergriffen, um eine möglichst geringe Gefährdung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicherzustellen.

Mögliche mit der Corona-Krise verbundenen Ertrageinbußen der STAWAG können derzeit noch nicht quantifiziert werden. Neben erwarteten rückläufigen Absatz- und Durchleitungsmengen, insbesondere im Gewerbe- und Industriekundenbereich, bestehen auch höhere Risiken durch Forderungsausfälle. Gegenläufig können sich dagegen erhöhte Absatzmengen im Privatkundensegment, maßgeblich im Strombereich, auswirken. Da eine belastbare Einschätzung über den Geschäftsverlauf aktuell

nicht möglich ist, beschränken sich nachfolgend aufgezeigte Mengenentwicklungen und finanziellen Kennzahlen auf die in der Wirtschaftsplanung 2020 zugrunde gelegten Planwerte.

Aus vertrieblicher Sicht ist aufgrund von erwarteten Kundenverlusten im Privat- und Gewerbekundenbereich und einer Fokussierung auf kleine bis mittelgroße Abnehmer mit entsprechenden Renditeanforderungen im Strombereich ein Mengenrückgang gegenüber dem Vorjahr zu erwarten. Auch in der Gassparte ist von einem leichten Kundenrückgang auszugehen. Im Wasserbereich wird gegenüber dem Vorjahr mit einem nahezu eingeschwungenen Verbrauch bei gleichbleibendem Kundenbestand gerechnet. Lediglich im Bereich Wärmecontracting ist aufgrund von Akquiseerfolgen im Geschäftsjahr 2019 ein Mengenzuwachs zu erwarten.

Mengenentwicklung Vertriebsgeschäft

Sparte	Ist 2019	Plan 2020	Abw.	Abw. (%)
Strom (Mio. kWh)	826	690	-136	-17
Gas (Mio. kWh)	1.204	1.148	-56	-5
Wasser (Mio. cbm)	16	15	-1	-6
Wärmecontracting (Mio. kWh)	8	11	3	+38

* Wasser ohne Verlustmengen

Bei den Netzausspeisungen wird, bereinigt um entsprechende Witterungseffekte, im Strombereich eine weitgehend konstante Entwicklung erwartet. Für den Gasbereich ergibt sich infolge erwarteter zusätzlicher Erschließungsgebiete und einer zunehmenden Verdichtung des bestehenden Gasnetzes eine leicht ansteigende Netzausspeisung.

Netzausspeisung Regionetz

Sparte	Ist 2019	Plan 2020	Abw.	Abw. (%)
Strom (Mio. kWh)	2.233	2.265	32	+1
Gas (Mio. kWh)	5.472	5.514	42	+1

Insgesamt wird die operative Ertragskraft der STAWAG auch im Geschäftsjahr 2020 durch hohe Aufwendungen für die Altersversorgung infolge der anhaltenden Niedrigzinsphase, sowie durch Verluste im konventionellen Erzeugungsbereich belastet. Die STAWAG wird sich im Bereich der erneuerbaren Energien weiterhin engagieren, ihr hohes Know-how in der Projektentwicklung wirtschaftlich attraktiver Projekte im Bereich der Onshore-Windkraft und der Photovoltaik zu nutzen. Aufgrund der erwarteten wirtschaftlich negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie ist für das Geschäftsjahr 2020 davon auszugehen, dass der geplante Ergebnisbeitrag von rund 24,3 Mio. Euro voraussichtlich nicht in voller Höhe erreicht werden kann.

Finanzielle Kennzahlen

Kennzahl	Ist 2019	Plan 2020	Abw.	Abw. (%)
Umsatzerlöse (TEuro)	319.889	296.629	-23.260	-7
EBITDA (TEuro)	-56	-3.263	-3.207	-5.727
EBIT (TEuro)	-5.543	-9.187	-3.644	-65
EBT (TEuro)	31.989	24.333	-7.656	-24

Die STAWAG wird im Geschäftsjahr 2020 weiterhin das stetige Ziel verfolgen, die einzelnen Geschäftsfelder vor dem Hintergrund der sich zunehmend ändernden Marktbedingungen weiter zu entwickeln und zu optimieren. Neben der Fortsetzung des Ausbaus der erneuerbaren Energien und der Projektentwicklung sowie der Stabilisierung des vertrieblichen Stammgeschäftes liegt ein Schwerpunkt der STAWAG auf der Steuerung und Weiterentwicklung der Regionetz und auf der Nutzung weiterer Synergiepotenziale. Eine weiterhin positive Ergebnisentwicklung erwartet die STAWAG auch aus ihren wachsenden Geschäftsaktivitäten im Bereich der Rekommunalisierung und im energiewirtschaftlichen Kundenservice sowie im Prozess- und Dienstleistungsbereich.

Die **regio iT** setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden sowie den Ausbau der Wertschöpfungstiefe bei Bestandskunden auch weiterhin organisch zu wachsen. Auch Fusionen, Kooperationen und Partnerschaften mit Partnern in kommunaler Trägerschaft steht die regio iT weiterhin offen gegenüber. Zum 1. Januar 2020 hat die regio iT den IT-Geschäftsbetrieb des Civitec Zweckverbandes für kommunale Informationstechnik im Wege eines Asset-Deals erworben. Civitec war als strategischer Partner und Kunde bereits bisher mit 1 Prozent der Geschäftsanteile an der regio iT beteiligt, stockt im Gegenzug seine Anteile an der regio iT auf 18 Prozent der Geschäftsanteile auf. Die regio iT firmiert weiterhin unter dem im Markt etablierten Namen. Der Vertrag wurde am Freitag, dem 20. Dezember 2019 in Aachen notariell beurkundet. Als nun größter kommunaler IT-Dienstleister in Nordrhein-Westfalen betreut die regio iT künftig mehr als 14 Mio. Einwohner in NRW direkt und indirekt mit Services. Die neue regio iT beschäftigt rund 630 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Unternehmenssitz in Aachen, in den Niederlassungen in Siegburg und Gütersloh sowie in vier weiteren Geschäftsstellen.

Auch für den Markt der Informationstechnik wird von einem weiteren Wachstum ausgegangen. Mit einem voraussichtlichen Umsatz von 95,4 Milliarden Euro und einem Wachstum von 2,7 Prozent im Jahr 2020 ist dieser nach wie vor Wachstumstreiber der ITK- Branche. Mit einem Volumen von 27,6 Milliarden Euro legt das Software-Segment voraussichtlich auch in 2020 kräftig zu und wird mit Abstand am meisten nachgefragt (+6,4 Prozent). Auch die IT-Services verzeichnen mit einem voraussichtlichen Plus von 2,4 Prozent ein ordentliches Wachstum auf ein Marktvolumen von 41,9 Milliarden Euro. Die positive Prognose des Marktes für Informations- und Kommunikationstechnologie bietet weiterhin Chancen für die regio iT. Durch das breite Dienstleistungsportfolio, vor allem auch durch die ausgewiesene Expertise bei Private-Cloud-Plattformen und -Technologien, ist die regio iT auf diese Herausforderungen ihrer Kunden sehr gut vorbereitet. Stärkstes Wachstumsthema wird hierbei die digitale Transformation sein. In diesem Themenfeld investieren insbesondere auch die deutschen Behörden, denn es besteht immer noch Nachholbedarf. Experten gehen davon aus, dass sich mittels Digitalisierung die Aufwände für öffentliche Dienstleistungen bei Behörden und Bürgern um die Hälfte reduzieren ließen.

Ein Engpassfaktor für das Wachstum ist jedoch nach wie vor der Fachkräftemangel. Grundlage der Markteinschätzung für 2019/2020 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM. Darüber hinaus ist die regio iT auch in 2020 bei innovativen und geförderten Forschungsprojekten in Konsortien vertreten. So beschäftigt sich die regio iT bereits seit rund drei Jahren mit den Entwicklungen rund um die Blockchain-Technologie (Distributed Ledger Technology), um Erfahrungen hinsichtlich möglicher Einsatzszenarien für Kommunen und kommunale Unternehmen zu sammeln und ihrem Kundenkreis entsprechende Lösungen anbieten zu können.

Die folgenden finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und für die Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für das Jahr 2020 prognostiziert (monetäre Werte in Mio. Euro).

Finanzielle Leistungsindikatoren (Mio. Euro)	Ist 2019	Plan 2020*	Abw. I/P abs.	Abw. I/P %
Gesamtumsatz	76,3	100,1	23,8	31,2
davon				
Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb	51,2	79,5	28,3	55,3
Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	9,6	9,5	-0,1	-1,0
Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft	9,9	7,5	-2,4	-24,3
Anteil Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	12,5 %	9,5 %	-	-
Rohergebnis/-ertrag ¹⁾	47,7	67,3	19,6	41,1
Personalkostenquote ²⁾	41,2 %	46,0 %	-	-
Ergebnis vor Steuern	3,2	1,7	-1,5	-46,9
Gesamtleistungsrendite (vor Steuern)	4,2 %	1,7 %	-	-

1) Rohergebnis = (Umsatz + sonstige Erträge + aktivierte Eigenleistungen/BV) ./ Materialaufwand

2) Personalkostenquote = Personalkosten (inkl. fremdl. Beamte) / Umsatz

* Inkl. Geschäftsbetrieb civitec

Für das Geschäftsjahr 2020 plant die regio iT bei den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb mit 79,5 Mio. Euro eine Steigerung von 28,3 Mio. Euro. Neue Produkte, bei denen Wachstumschancen gesehen werden, sind das Produkt Virtual Desktop Infrastructure (VDI), die Produkte im Bereich Intelligentes Messwesen für die Energieversorgungswirtschaft, die Full-Service-Dienstleistungen im Schulbereich, (Bürger-)Portallösungen/Digitalisierung im kommunalen Umfeld (Modellregionen). Zudem sind die Umsätze aus der Übernahme des operativen Geschäftsbetriebes bzw. der Kundenverträge des Civitec Zweckverbandes enthalten.

Bei den Umsatzerlösen aus Projektleistung/Beratung geht die regio iT bei einem geplanten Wert von 9,5 Mio. Euro Erlösen in etwa auf Vorjahresniveau aus. Auch weiterhin ist es das Ziel der regio iT, Umsätze aus Projektleistung und aus Beratung von mindestens ca. 10 Prozent des Gesamtumsatzes zu erwirtschaften. Aufgrund der bereits vorliegenden Projektbeauftragungen (2019) sowie umfangreichen Projekt-/Beratungsanfragen über alle Unternehmensbereiche und über alle Kundengruppen hinweg, ist die regio iT optimistisch, dieses Umsatzniveau realisieren zu können. Treiber sind insbesondere Projekt-/Beratungsanfragen im Kontext der Digitalisierung von Kommunen (Modellregionen) und Schulen sowie Energie & Mobilität. Aufgrund des Zukunftspotenzials dieses Geschäftsfeldes und zur Unterstützung von Kommunen und Energieversorgern bei Smart-City-Projekten hat die regio iT Energie- & Mobilitätslösungen in einem eigenen Center gebündelt. Erkennbar ist, dass die Kunden entsprechende Budgets für den Weg der Digitalisierung eingeplant haben bzw. derzeit auch vielfältige Fördermittel bereitstehen. Zusammen mit Consultants wurden auch schon entsprechende Förderanträge mit konkreten Projektskizzen für Landes-/Bundesmittel gestellt. Den vielfältigen Chancen im Kontext dieser Zukunftsthemen stehen aber auch

Budgetrisiken entgegen, insbesondere bei der Fragestellung der Bewilligung der Fördermittel für die Kunden und damit auch mittelbar für die regio iT.

Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft werden entsprechend den Marktprognosen mit 7,5 Mio. Euro etwas rückläufige Umsätze erwartet. IT-Hardware wird mehrjährig genutzt. Daher geht die regio iT, nach einem von hohen Einzelaufträgen geprägten Geschäftsjahr 2019, in etwa von Umsatzerlösen auf Basis kontinuierlicher Ersatzbeschaffungen auf Niveau der Vorjahre aus.

Wesentlichste gegenläufige Kostenposition sind die Personalkosten. Hier wird eine Steigerung von 31,4 Mio. Euro auf 46 Mio. Euro erwartet. Diese Steigerung basiert im Wesentlichen aus der Übernahme der Beamten und der Angestellten des Civitec Zweckverbandes (Personalübergang).

In der Folge erwartet die regio iT für 2020 eine Steigerung des Rohergebnisses von 47,7 Mio. Euro auf 67,3 Mio. Euro.

Da die Leistungen des Civitec Zweckverbandes bisher überwiegend umsatzsteuerfrei waren, wurde mit dem Übergang der Kundenverträge auf die regio iT mit den Kunden eine schrittweise Überwälzung des Umsatzsteuersaldos in den kommenden Jahren vereinbart. In der Folge plant die regio iT für 2020 zunächst ein rückläufiges Ergebnis vor Steuern in Höhe von 1,7 Mio. Euro, welches somit um 1,5 Mio. Euro unter dem sehr guten Niveau des Berichtsjahres (3,2 Mio. Euro) liegt.

Zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Lageberichtes wurden einschneidende Maßnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus von der Bundesregierung aufgesetzt, die wahrscheinlich auch Einfluss auf das wirtschaftliche Ergebnis 2020 der regio iT haben werden. Derzeit konzentrieren sich die Aktivitäten der regio iT sehr stark auf die Stabilisierung des Betriebes. Weiterhin unterstützt regio iT die Kunden mit hoher Priorität dabei, ihren Mitarbeitern Homeoffice-Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Das für die regio iT wichtige Beratungs- und Projektgeschäft kann in dem geplanten Umfang derzeit und wahrscheinlich auch mittelfristig nicht durchgeführt werden. Sowohl eigene Ressourcen als auch kundenseitig stehen die Ressourcen wegen der veränderten Priorisierung nicht zur Verfügung. Auch von Dienstreisen und Projektsitzungen mit mehreren Personen wird Abstand genommen. Die wirtschaftlichen Folgen, die hiermit einhergehen, können derzeit nur schwerlich abgeschätzt werden, da das Ausmaß und die Dauer der Corona-Krise nicht absehbar sind. Im Gegenzug werden auch interne Projekte im Zusammenhang mit der erfolgten Fusion zeitlich geschoben, wodurch externe Dienstleistungskosten eingespart werden.

Zusammenfassend stehen erkannten Risiken entsprechende Chancen gegenüber. Aktuelle Teilnahmen an Ausschreibungen sowie konkrete Anfragen von Bestandskunden und nicht zuletzt die neu gewonnenen Kunden des Civitec Zweckverbandes mit wesentlichen wirtschaftlichen Potenzialen belegen diese Einschätzung. Demzufolge wird davon ausgegangen, dass die geplanten wirtschaftlichen Ziele 2020 erreicht werden.

Als Ergebnis der jährlichen Risikoinventur liegen keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken vor.

Das Beteiligungsergebnis der regio iT ist phasenverschoben. Für das Wirtschaftsjahr 2020 wird das anteilige Ergebnis in Höhe von 0,9 Mio. Euro des Jahresüberschusses des Geschäftsjahres 2019 erwartet.

Für das Beteiligungsergebnis **gewoge** wurden in der Wirtschaftsplanung rund 0,2 Mio. Euro angenommen. Für die Vorscheurechnung wird davon ausgegangen, dass die Ausschüttung der Dividende 2019 auf Planniveau im Sommer 2020 erfolgt.

IV. Chancen- und Risikobericht

Entsprechend § 91 Abs. 2 Aktiengesetz hat die Geschäftsführung ein Überwachungssystem eingerichtet, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Analog zu unserem Controlling- und Planungsprozess führen regelmäßige Risiko-Inventuren nach einem konzerneinheitlichen Verfahren zu einer vollständigen Dokumentation aller Einzelrisiken. Für die verschiedenen Unternehmensbereiche und Gesellschaften sind Risikoverantwortliche benannt, die erkannte Gefahren und Chancen in ihren Bereichen durch Abschätzung der Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewerten und sie nach einer wiederkehrenden Systematik dokumentieren. Die Risiken werden nach den Kategorien allgemeine externe, allgemeine interne, leistungswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Risiken unterschieden. Der Risikomanager führt die Ergebnisse in einem halbjährlichen standardisierten Bericht an die Leitungsorgane der Gesellschaft sowie deren Aufsichtsgremien zusammen. Aus den Ergebnissen der Risiko-Inventuren werden Maßnahmen zur Steuerung, zur Begrenzung und zur Minderung der Risiken abgeleitet. Die Risiken der E.V.A. sind aufgrund ihres Geschäftsmodells wenig operativ induziert. Diese liegen eher bei den großen Beteiligungsgesellschaften ASEAG und STAWAG.

Im Risikoportfolio der STAWAG zum 31. Dezember 2019 stellen die jährlichen Aufwendungen für den konventionellen Kraftwerksbereich unverändert eine große Belastung dar. So wurde die seit nunmehr vielen Jahren bestehende Drohverlustrückstellung aufgrund der zum Bilanzstichtag festgestellten Strompreisprognosen wieder um rund 2,4 Mio. Euro erhöht. Auch mittelfristig sind noch keine Preisindikatoren zu erkennen, die eine signifikante wirtschaftliche Verbesserung erwarten ließen. Beim Ausbau

regenerativer Erzeugungsanlagen leistet die STAWAG mit ihrer 100-prozentigen Tochter STAWAG Energie seit Jahren einen positiven Beitrag und genießt für alle bereits erbauten Anlagen einen Bestandsschutz hinsichtlich Einspeisevergütung. Auch unter den neuen Ausschreibungsbedingungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) möchte die STAWAG Energie neue Windparks entwickeln. Damit verbunden sind weiterhin die allgemeinen Risiken einer Projektentwicklung, wie beispielsweise die Verzögerung eines Genehmigungsprozesses, und bauherren-typische Risiken, wodurch die Projekte nicht in dem geplanten Zeitrahmen umgesetzt werden können. Die Vielzahl unterschiedlichster Projekte, in denen die STAWAG Energie erfolgreich tätig war, unterstreicht jedoch ihre Kompetenz, sodass die künftig hieraus zu erwartenden wirtschaftlichen Erfolge die Risiken übersteigen werden.

Die anhaltend niedrigen Kapitalmarktzinsen begünstigen zwar weiterhin eine kurz- und langfristige Fremdkapitalaufnahme der STAWAG, führen im Gegenzug aber im Jahr 2019 und voraussichtlich auch in den nächsten Jahren noch immer zu erhöhten Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen bei der STAWAG, der FACTUR und der Regionetz. Diese wirtschaftliche Zusatzbelastung durch das prognostizierte Absinken des Rechnungszinssatzes ist in der aktuellen mittelfristigen Wirtschaftsplanung bis 2024 berücksichtigt.

Ansonsten gehören die unbeeinflussbaren Wetterrisiken mit ihren positiven und negativen Effekten auf die Absatz- und die Einspeisemengen unverändert zum Geschäftsmodell der STAWAG-Gesellschaften. Auf der Kunden- und der Energieabsatzseite ist die STAWAG weiterhin der Gefahr von Kundenfluktuation und der Schwierigkeit der Neukundengewinnung ausgesetzt. Für die STAWAG bleibt strategisch bedeutend, unverändert an Konzessionsaus-

schreibungen teilzunehmen, bisherige und neue Konzessionen zu übernehmen und ihr damit verbundenes Dienstleistungsgeschäft auszuweiten. Sie sieht hierin die Chance, ihr über die Regionetz existierendes hohes Know-how im Kerngeschäft Netze bei anderen Kommunen einzubringen und nachhaltige Ergebnisbeiträge sicherzustellen. Dagegen rechnet die STAWAG aus dem Betrieb des Gasspeichers Epe aufgrund der hohen Verfügbarkeit von LNG-Importen in den nächsten Jahren nicht mit positiven Deckungsbeiträgen.

Im Risikoportfolio der ASEAG zum 31. Dezember 2019 bewirken die aktuellen externen Zinsprognosen, die auch in den Planungsprämissen der Mittelfristplanung gewürdigt wurden, eine weiterhin erhebliche Ergebnisbelastung durch Anpassung der Pensionsrückstellungen. Dagegen konnten die Zusatzbelastungen aus dem im Jahr 2010 geänderten BilMoG bereits im Jahr 2017 abgeschlossen werden. Um insgesamt die Abhängigkeit von der Zinsentwicklung der Pensionsrückstellungen zu reduzieren, hat die ASEAG den Durchführungsweg für neu zu schaffende Altersvorsorge im Jahr 2016 geändert. Dies ermöglicht eine andere bilanzielle Darstellungsweise, ohne dass jedoch dadurch die letztendlich zu zahlende Altersvorsorge in der Höhe beeinflusst wird. Der für die ASEAG durch die Direktvergabe bestehende Bestandschutz bis 2027 trägt auch darüber hinaus kein Risiko, sofern der politische Wille hierzu gegeben ist. Daran hindert auch nichts die aktuelle Rechtsprechung zur Inhouse-Vergabe nach § 108 GWB. Das Risiko der künftigen Werthaltigkeit der APAG-Beteiligung wird aufgrund der positiven Ergebnisentwicklung der letzten Jahre als eher gering angesehen. Das Kostenrisiko bei der Beauftragung der Subunternehmer, das aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz in 2012 entstanden war, ist entfallen, jedoch verbleibt das Risiko eines schleichenden, überproportionalen Kostenanstiegs, da die ASEAG in Zukunft mit

einem deutlich stärkeren Tarifpartner zu verhandeln hat. Weitere wesentliche Risiken ergeben sich aus Umweltbelangen. Sie machen es erforderlich, dass die ASEAG schneller als geplant kostenintensive, schadstoffreduzierende oder umweltpolitische Maßnahmen einzuleiten hat. Neben der Einführung von Umweltzonen resultieren weitere Verschärfungen aus den Anforderungen des Luftreinhalteplans der Stadt Aachen, der im Jahr 2018 zu einem veränderten Nahverkehrsplan mit höheren abgasseitigen Anforderungen an die Fahrzeugflotte führte. Ob die inzwischen bereits überwiegend gemeinsam mit der Gesellschafterin Stadt Aachen umgesetzten Maßnahmen ausreichen (SCRT-Filter, vorgezogene Neubeschaffung u.ä.), um Dieselfahrverbote zu vermeiden, die aus einem laufenden Gerichtsverfahren der Stadt Aachen resultieren könnten, ist derzeit nicht final zu beantworten. Maßnahmen zur Reduzierung von Stickoxiden werden aktuell stark gefördert und die ASEAG nutzt diese Förderprogramme, um Kostenbelastungen für die Stadt und die ASEAG zu minimieren. Auch wenn sich die Zuschuss-situation gemäß der aktuellen Rechtslage im Bereich Schülerförderung verbessert hat, bleibt ein wesentliches Risiko der ASEAG weiterhin die Abhängigkeit von Zuschüssen und Fördermitteln, die in der Regel keiner Dynamisierung unterliegen und die die Notwendigkeit mit sich bringen, wegfallende oder stagnierende Zuschüsse durch andere geeignete Maßnahmen zu kompensieren. Weiterhin besteht ein wesentliches Risiko bei der ASEAG in der zunehmenden Anzahl leistungsgeminderter Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die insbesondere nicht mehr im Fahrdienst eingesetzt werden können. Darüber hinaus bestehen für die ASEAG unverändert deutlich geringer bewertete Risiken, wie beispielsweise das Risiko des geänderten Kundenverhaltens bei der ÖPNV-Nutzung und der hieraus resultierenden Einnahmeverteilung durch den AVV.

Die E.V.A. nimmt im Konzern Querschnittsfunktionen in Form von Dienstleistungen wahr und ist darüber hinaus eine geschäftsführende Holding sowie eine steuerliche Organträgerin. Damit trägt sie sämtliche steuerliche Risiken aus den angeschlossenen Organgesellschaften, die sich aus den Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz ergeben.

Für erkennbare Risiken aus Betriebsprüfungen wird durch Rückstellungsbildung rechtzeitig vorgesorgt. Dennoch zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, dass steuerliche Vorgänge zunehmend komplexer geworden sind, schwieriger zu deklarieren sind und sich zuweilen stark von der wirtschaftlichen Beurteilung in der Handelsbilanz entfernen können. Steuerliche Risiken im Zusammenhang mit Steuergesetzänderungen sind allerdings aktuell nicht erkennbar.

Das Geschäftsergebnis der E.V.A. wird in hohem Maße von der Entwicklung der Ergebnisse im Energiebereich der STAWAG und von den Verlusten im ÖPNV-Bereich der ASEAG bestimmt. Tendenziell besteht hieraus aufgrund der steigenden Verluste im ÖPNV-Bereich sowie der schwer zu haltenden Gewinne im Energiebereich die Gefahr einer Ergebnis- und Liquiditätsunterdeckung. Die Gesellschafterin der E.V.A. – die Stadt Aachen – hat daher schon vor mehreren Jahren finanzielle Unterstützungsmaßnahmen ergriffen und diese im Zuge eines langfristigen Finanzierungskonzeptes für die E.V.A. nochmals erweitert. Im Jahr 2016 flossen der E.V.A. aufgrund dessen zusätzliche finanzielle Mittel zur Eigenkapitalstärkung in Höhe von 14 Mio. Euro sowie Darlehensmittel aus einem Upstream-Darlehen der ASEAG in Höhe von

4,3 Mio. Euro zu. Außerdem leistet die Stadt Aachen seitdem regelmäßig die im Gesellschaftsvertrag verankerten Ausgleichszahlungen und dies nun schon im dritten Jahr sogar durch vorgezogene Zahlungen. Da die E.V.A. neben den Ausgleichszahlungen der Gesellschafterin auch noch neue Darlehen der ASEAG in Anspruch nehmen kann, sieht die E.V.A.-Geschäftsführung aktuell keine finanzwirtschaftlichen Risiken oder Risiken einer eigenkapitalmäßigen Unterdeckung. Kurzfristig kann sich die E.V.A. weiterhin aus der vorhandenen Liquidität sowie über den konzerninternen E.V.A.-Cash-Pool finanzieren.

Die aktuelle Überprüfung der Risikosituation zeigt, dass die Gesellschafterin – die Stadt Aachen – mit dem verabschiedeten Finanzierungskonzept den langfristigen Fortbestand der E.V.A. gesichert hat und am Konzept des steuerlichen Querverbundes festhalten möchte. Sie stellt der E.V.A. hierzu eine angemessene und erforderliche Kapital- und Liquiditätsausstattung bereit. Insofern ist die Risikolage der E.V.A. entschärft, wird jedoch weiterhin einer regelmäßigen Prüfung unterzogen. In Zukunft kommt es verstärkt darauf an, dass das im Finanzierungskonzept begründete Gleichgewicht zwischen ÖPNV-Verlusten und Energiegewinnen erhalten bleibt oder die gemeinsame Gesellschafterin zusätzliche Mittel in angemessener Höhe bereitstellt. Konkretisierte Risiken wurden in den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften, soweit zulässig, durch adäquate Rückstellungsbildung berücksichtigt. Darüber hinaus sind wesentliche Risiken außerdem in den Wirtschaftsplänen der Gesellschaften eingearbeitet.

Berichterstattung

nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NW

Gesellschaftsvertragsmäßiger Gegenstand der E.V.A. ist die Versorgung mit Elektrizität, mit Gas, mit Wasser und mit Wärme, die Erfüllung anderer Versorgungsaufgaben, die Durchführung von Entsorgungsaufgaben, die Durchführung des öffentlichen Nahverkehrs, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr, die Schaffung und Vorhaltung von allgemein zugänglichen Parkflächen, die Verwaltung von Vermögen in der StädteRegion Aachen und deren Umgebung sowie die Erbringung unterstützender Verwaltungsdienstleistungen zur Deckung des Eigenbedarfs ihrer kommunalen Gesellschafter. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern.

Die E.V.A. kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an diesen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Die Gesellschaft ist eine geschäftsleitende Holding-Gesellschaft. Sie hat die Aufgabe, nach Maßgabe abzuschließender Unternehmensverträge (§ 291 AktG), die Leitung der STAWAG und der ASEAG zu übernehmen sowie den Gewinn- und Verlustausgleich vorzunehmen. Sie kann weitere Beteiligungen halten und auch gegenüber weiteren Unternehmen als geschäftsführende Holding tätig werden.

Die im Lagebericht und im Anhang für die E.V.A. und für den E.V.A.-Konzern gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass die Gesellschaft den aus ihrer satzungsmäßigen Aufgabenstellung folgenden öffentlichen Zwecken auch im Jahr 2019 voll gerecht wurde.

Aachen, den 20. Mai 2020

Energieversorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mbH Aachen

Die Geschäftsführung



Dr. Christian Becker



Michael Carmincke

Jahres

Jahresabschluss >>

Bilanz zum 31. Dezember 2019

Aktiva	Anhang	31.12.2019 Euro	31.12.2018 TEuro
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Software		115.149,00	260
2. Geleistete Anzahlungen		3.727,50	0
		<u>118.876,50</u>	<u>260</u>
II. Sachanlagen			
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung		130.361,00	163
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		155.329,60	0
		<u>285.690,60</u>	<u>163</u>
III. Finanzanlagen	– 1		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		53.722.346,11	53.722
2. Beteiligungen		2.807.481,45	2.807
3. Sonstige Ausleihungen		7.069,06	7
		<u>56.536.896,62</u>	<u>56.536</u>
		56.941.463,72	56.959
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	– 2		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		73.418,70	9
2. Forderungen gegen Gesellschafter		12.819.837,37	9.298
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		23.651.931,09	20.857
4. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		4.200.198,75	3.854
5. Sonstige Vermögensgegenstände		8.066.541,13	4.443
		<u>48.811.927,04</u>	<u>38.461</u>
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	– 3	14.938.110,31	14.805
		<u>63.750.037,35</u>	<u>53.266</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten		2.048,12	5
		120.693.549,19	110.230

Passiva

Anhang

31.12.2019

Euro

31.12.2018

TEuro

A. Eigenkapital

_ 4

I. Gezeichnetes Kapital

14.049.880,00

14.050

II. Kapitalrücklage

43.753.000,00

43.753

III. Verlustvortrag

-37.486.972,04

-37.783

IV. Jahresüberschuss

350.631,69

296

20.666.539,65**20.316****B. Rückstellungen**

1. Pensionsrückstellungen

_ 5

1.718.728,00

1.180

2. Steuerrückstellungen

_ 6

9.361.674,20

587

3. Sonstige Rückstellungen

_ 7

1.210.490,02

1.263

12.290.892,22**3.030****C. Verbindlichkeiten**

1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

129.710,08

162

2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

_ 8

50.543.149,22

49.782

3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern

_ 9

12.583.847,47

12.584

4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen,
mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

286.990,60

0

5. Sonstige Verbindlichkeiten

24.192.419,95

24.356

87.736.117,32**86.884****120.693.549,19****110.230**

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019

	Anhang	2019 Euro	2018 TEuro
1. Umsatzerlöse	_ 10	15.303.305,12	14.838
2. Sonstige betriebliche Erträge	_ 11	163.862,56	138
3. Materialaufwand	_ 12		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		9.467,47	18
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		3.206.978,54	3.231
		<u>3.216.446,01</u>	<u>3.249</u>
4. Personalaufwand	_ 13		
a) Gehälter		7.826.972,86	7.555
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		1.501.654,05	1.430
		<u>9.328.626,91</u>	<u>8.985</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		193.495,53	423
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	_ 14	2.495.945,56	2.299
Betriebsergebnis		232.653,67	20
7. Erträge aus Beteiligungen	_ 15	1.308.194,74	1.308
8. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	_ 16	31.989.034,81	23.806
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	_ 17	206.391,52	366
10. Aufwendungen aus Verlustübernahme	_ 18	30.344.152,93	31.176
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	_ 19	1.342.811,86	1.194
Ergebnis vor Steuern		2.049.309,95	-6.870
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	_ 20	13.791.621,40	623
Ergebnis nach Steuern		-11.742.311,45	-7.493
13. Sonstige Steuern		2.056,86	4
14. Ertrag aus der Ausgleichsverpflichtung	_ 21	12.095.000,00	7.793
Jahresüberschuss		350.631,69	296

Anhang

Form und Darstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften und den ergänzenden Vorschriften des GmbHG und des Gesellschaftsvertrags aufgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert. Der Einzelabschluss der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen, Aachen, (E.V.A.), die eingetragen ist im Handelsregister des Amtsgerichts Aachen unter der Nummer HRB 956, wird in den Konzernabschluss der E.V.A. einbezogen. Die E.V.A. stellt den Konzernabschluss für den größten und kleinsten Kreis von Unternehmen auf, der zusammen mit dem Konzernlagebericht im Bundesanzeiger offengelegt wird.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten erfasst und planmäßig linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von drei bis fünf Jahren abgeschrieben.

Das Sachanlagevermögen ist zu Anschaffungs- bzw. zu Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Zu den Herstellungskosten gehören die Materialkosten, die Fertigungskosten und die Sonderkosten der Fertigung sowie angemessene Teile der Materialgemeinkosten, der Fertigungsgemeinkosten und des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit diese durch die Fertigung veranlasst sind. Zinsen für Fremdkapital gehören nicht zu den Herstellungskosten.

Die Abschreibungen werden planmäßig linear und für Zugänge vor 2008 – soweit möglich – degressiv entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von einem Jahr bis 17 Jahren vorgenommen. Für Zugänge ab 2008 wird ausschließlich nach der linearen Methode abgeschrieben.

Geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten bis 250 Euro werden sofort als Aufwendungen behandelt. Vermögensgegenstände zwischen 250 Euro und 800 Euro werden aktiviert und im laufenden Geschäftsjahr voll abgeschrieben.

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Das Wahlrecht für außerplanmäßige Abschreibungen – bei voraussichtlich nicht dauernder Wertminderung – wird nicht ausgeübt. Die Anteile an der Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-Aktiengesellschaft, Aachen, (ASEAG) bilanziert die E.V.A. mit einem Buchwert in Höhe von 11.034 TEuro, der den Anschaffungskosten entspricht.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bilanziert.

Für die Pensionsrückstellungen wurde die versicherungsmathematische Berechnung unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens vorgenommen. Dabei wurde unter Anwendung der Erleichterungsvorschrift des § 253 (2) Satz 2 HGB ein durchschnittlicher Marktzins aus den vergangenen zehn Jahren von 2,71 Prozent angesetzt. Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB bei der Anwendung eines durchschnittlichen Marktzinses aus den vergangenen sieben Jahren (1,97 Prozent) beträgt 428 TEuro. Darüber hinaus wurde eine Bezugsdynamik von 2,5 Prozent p.a. und eine altersabhängige Fluktuation nach einer konzernweit spezifischen Fluktuationstabelle zugrunde gelegt. Die angenommene Rentensteigerung beträgt 1,8 Prozent p.a. Zudem wurden die Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Der in den Rückstellungszuführungen enthaltene Zinsanteil inklusive des Effekts aus der Zinsänderung wird unter der Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen ausgewiesen. Der Zinseffekt beträgt im Geschäftsjahr 272 TEuro.

Für die Jubiläumsrückstellungen wurde die versicherungsmathematische Berechnung unter

Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens vorgenommen. Dabei wurden ein Zinssatz von 1,97 Prozent sowie eine erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung von 2,5 Prozent p. a. zugrunde gelegt.

Für erkennbare Risiken und ungewisse Verpflichtungen sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung Rückstellungen gebildet worden, die mit ihren (notwendigen) Erfüllungsbeträgen passiviert wurden.

Die Verbindlichkeiten werden ebenfalls mit ihren Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Latente Steuern werden für zeitliche, sich in der Zukunft voraussichtlich umkehrende Differenzen zwischen den handels- und steuerrechtlichen Bilanzansätzen gebildet, soweit dies nach § 274 HGB zulässig ist. Eine sich insgesamt ergebende Steuerbelastung würde in der Bilanz als passive latente Steuer angesetzt werden. Im Falle einer Steuerentlastung würde vom entsprechenden Aktivierungswahlrecht kein Gebrauch gemacht werden. Im Geschäftsjahr ergab sich insgesamt eine – nicht bilanzierte – aktive latente Steuer.

Erläuterungen zur Bilanz

Die Entwicklung des Anlagevermögens und der Abschreibungen im Geschäftsjahr ergibt sich aus dem Anlagenspiegel.

Entwicklung des Anlagevermögens

	Stand am 1.1.2019 Euro	Zugänge Euro	Abgänge Euro	Stand am 31.12.2019 Euro
Anschaffungs-/Herstellungskosten				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Software	5.383.683,12	0,00	0,00	5.383.683,12
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	3.727,50	0,00	3.727,50
	5.383.683,12	3.727,50	0,00	5.387.410,62
II. Sachanlagen				
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	753.174,93	16.646,53	20.074,30	749.747,16
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	155.329,60	0,00	155.329,60
	753.174,93	171.976,13	20.074,30	905.076,76
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	53.722.346,11	0,00	0,00	53.722.346,11
2. Beteiligungen	2.807.481,45	0,00	0,00	2.807.481,45
3. Sonstige Ausleihungen	7.334,72	0,00	265,66	7.069,06
	56.537.162,28	0,00	265,66	56.536.896,62
	62.674.020,33	175.703,63	20.339,96	62.829.384,00
Abschreibungen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Software	5.123.967,12	144.567,00	0,00	5.268.534,12
2. Geleistete Anzahlungen	0,00			0,00
	5.123.967,12	144.567,00	0,00	5.268.534,12
II. Sachanlagen				
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	590.531,93	48.928,53	20.074,30	619.386,16
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00			0,00
	590.531,93	48.928,53	20.074,30	619.386,16
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00			0,00
2. Beteiligungen	0,00			0,00
3. Sonstige Ausleihungen	0,00			0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00
	5.714.499,05	193.495,53	20.074,30	5.887.920,28
Buchwerte				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Software	259.716,00			115.149,00
2. Geleistete Anzahlungen	0,00			3.727,50
	259.716,00			118.876,50
II. Sachanlagen				
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	162.643,00			130.361,00
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00			155.329,60
	162.643,00			285.690,60
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	53.722.346,11			53.722.346,11
2. Beteiligungen	2.807.481,45			2.807.481,45
3. Sonstige Ausleihungen	7.334,72			7.069,06
	56.537.162,28			56.536.896,62
	56.959.521,28			56.941.463,72

_1 Der vollständige unmittelbare und mittelbare Anteilsbesitz der E.V.A. im Sinne des § 285 Nr. 11 HGB ist in einer gesonderten Übersicht im Anhang angegeben.

_2 Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 10.351 TEuro auf 48.812 TEuro. Bei den **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** betreffen 62 TEuro (Vorjahr: 9 TEuro) Unternehmen, mit denen ein mittelbares Beteiligungsverhältnis besteht.

Die **Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, setzen sich ausschließlich aus der unmittelbaren Beteiligung an der regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh, Aachen, (regio iT) zusammen. Darin ist im Wesentlichen ein Darlehen in Höhe von 4.000 TEuro enthalten, das mit Gegenforderungen aus IT-Dienstleistungen verrechnet wurde.

Die **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** gliedern sich wie folgt:

	2019 TEuro	2018 TEuro
Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft (STAWAG)	23.591	20.714
STAWAG Energie GmbH (STAWAG Energie)	40	26
Regionetz GmbH (Regionetz)	12	15
FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR)	6	83
Aachener Parkhaus GmbH (APAG)	2	16
ASEAG-Reisen GmbH (ASEAG-Reisen)	1	2
STAWAG Abwasser GmbH (STAWAG Abwasser)	0	1

Sie ergeben sich mit 31.989 TEuro hauptsächlich aus der Gewinnabführung der Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen, (STAWAG). Mit den Forderungen wurden Verbindlichkeiten in Höhe von 8.595 TEuro aufgerechnet, die im Wesentlichen aus anrechenbaren Steuern sowie aus der Umsatzsteuer-Organschaftsabrechnung der STAWAG resultieren.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten Steuererstattungsansprüche in Höhe von 8.065 TEuro. In den Forderungen gegen Gesellschafter ist, neben Steuererstattungsansprüchen in Höhe von 723 TEuro, eine Ausgleichszahlung in Höhe von 12.095 TEuro (Vorjahr: 7.793 TEuro) enthalten.

Im Berichtsjahr gibt es, wie im Vorjahr, keine Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

_3 Die Position **Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten** enthält im Wesentlichen Guthaben bei Kreditinstituten aus dem Cash-Pool-Masterkonto.

_4 An dem **Stammkapital** sind die Stadt Aachen mit einer Stammeinlage von insgesamt 14.049 TEuro und die StädteRegion Aachen mit einer Stammeinlage von 1 TEuro beteiligt.

Die **Kapitalrücklage** nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB beträgt unverändert, wie im Vorjahr, 43.753 TEuro.

_5 Am 1. Januar 2012 wurde eine Betriebsvereinbarung zur betrieblichen Altersversorgung geschlossen, die den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ab dem 1. Januar 2012 einen Rechtsanspruch auf Ruhegeld gewährt.

_6 Die **Steuerrückstellungen** in Höhe von insgesamt 9.362 TEuro bestehen aus Körperschaftsteuerverpflichtungen in Höhe von 4.770 TEuro und aus Gewerbesteuerpflichtungen in Höhe von 4.592 TEuro.

_7 Die **sonstigen Rückstellungen** betreffen hauptsächlich Verpflichtungen aus dem Personalbereich, aus Aufwendungen für Beiträge, für Prüfungskosten, für Archivierung und für Prozesskosten.

_8 Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** betreffen ausschließlich die ASEAG in Höhe von 50.543 TEuro (Vorjahr:

49.782 TEuro) und resultieren im Wesentlichen mit 14.305 TEuro (Vorjahr: 13.387 TEuro) aus dem Cash-Pooling, mit 4.300 TEuro aus einem Darlehen, mit 1.549 TEuro (Vorjahr: 694 TEuro) aus der Umsatzsteuer-Organschaftsabrechnung und mit 30.344 TEuro (Vorjahr: 31.176 TEuro) aus der vertraglichen Verlustübernahme.

_9 Die **Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern** resultieren, wie im Vorjahr, mit 10.000 TEuro aus einem Darlehen der Stadt Aachen und mit 2.584 TEuro aus einem Darlehen der StädteRegion Aachen. Die Darlehen haben, wie im Vorjahr, eine Laufzeit von mehr als fünf Jahren.

Die Restlaufzeiten sämtlicher Verbindlichkeiten zeigt die nachfolgende Übersicht:

Verbindlichkeitspiegel	31.12.2019	Restlaufzeiten			31.12.2018
	gesamt TEuro	bis 1 Jahr TEuro	größer 1 Jahr TEuro	davon größer 5 Jahre TEuro	gesamt TEuro
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	130	130	0	0	162
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	50.543	50.543	0	0	49.782
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaften, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	287	287	0	0	0
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	12.584	38	12.546	12.546	12.584
5. Sonstige Verbindlichkeiten	24.192	192	24.000	24.000	24.356
davon aus Steuern	129	129	0	0	119
davon aus sozialen Abgaben	0	0	0	0	0
	87.736	51.190	36.546	36.546	86.884

Die Restlaufzeiten der Vorjahresverbindlichkeiten zeigt die nachfolgende Übersicht:

Verbindlichkeitspiegel	31.12.2018	Restlaufzeiten		
	gesamt TEuro	bis 1 Jahr TEuro	größer 1 Jahr TEuro	davon größer 5 Jahre TEuro
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	162	162	0	0
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	49.782	49.782	0	0
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaften, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0	0	0
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	12.584	38	12.546	12.546
5. Sonstige Verbindlichkeiten	24.356	356	24.000	24.000
davon aus Steuern	119	119	0	0
davon aus sozialen Abgaben	0	0	0	0
	86.884	50.338	36.546	36.546

Haftungsverhältnisse

Die bei der STAWAG zur Finanzierung von Investitionen bestehenden Darlehen in Höhe von 143.728 TEuro (Vorjahr: 131.217 TEuro) enthalten die Bedingung, dass das Beteiligungsverhältnis zur E.V.A. und der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der STAWAG und der E.V.A. in vollem Umfang aufrechterhalten bleiben.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Verträgen über IT-Dienstleistungen mit einer Laufzeit von bis zu fünf Jahren in Höhe von 2.810 TEuro.

Finanzielle Verpflichtungen bestehen auch im Zusammenhang mit dem Ergebnisabführungsvertrag mit der ASEAG. Gemäß den Planungen der ASEAG werden sich in den nächsten Jahren weiterhin Verluste ergeben, die durch den Ergebnisabführungsvertrag von der E.V.A. ausgeglichen werden. Für das Geschäftsjahr 2020 erwartet die ASEAG einen Verlustausgleich in Höhe von 33.000 TEuro. Die Verlustausgleichsverpflichtungen sind in der Planung der E.V.A. für die kommenden Jahre bereits berücksichtigt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

_10 Die Umsatzerlöse aus Verwaltungsdienstleistungen gliedern sich wie folgt:

	2019 TEuro	2018 TEuro
für verbundene Unternehmen	13.772	13.494
für sonstige Kunden	1.531	1.344
	15.303	14.838

_11 Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 164 TEuro (Vorjahr: 138 TEuro) beinhalten im Wesentlichen die Auflösungen von Rückstellungen in Höhe von 120 TEuro (Vorjahr: 106 TEuro).

_12 Die Aufwendungen für bezogene Leistungen resultieren hauptsächlich aus EDV-Leistungen in Höhe von 2.917 TEuro (Vorjahr: 2.936 TEuro). Vom gesamten Materialaufwand wurden insgesamt 20 TEuro (Vorjahr: 16 TEuro) von verbundenen Unternehmen berechnet.

_13 Die Personalaufwendungen beinhalten die Vergütungen für durchschnittlich 121 Mitarbeiter (Vorjahr: 122), davon 94 Vollzeit- (Vorjahr: 97) und 27 Teilzeitkräfte (Vorjahr: 25). Die Aufwendungen für die Altersversorgung belaufen sich auf 180 TEuro (Vorjahr: 176 TEuro).

_14 Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen im Wesentlichen die Mieten für Geschäftsräume in Höhe von 767 TEuro (Vorjahr: 750 TEuro), die Prüfungs- und Beratungskosten in Höhe von 670 TEuro (Vorjahr: 621 TEuro), den freiwilligen Sozialaufwand und die Gesundheitsvorsorge in Höhe von 344 TEuro (Vorjahr: 305 TEuro), die Versicherungsbeiträge in Höhe von 169 TEuro (Vorjahr: 163 TEuro) sowie die Fortbildungsaufwendungen in Höhe von 119 TEuro (Vorjahr:

112 TEuro). Insgesamt wurden 797 TEuro (Vorjahr: 777 TEuro) von verbundenen Unternehmen berechnet.

_15 Die Erträge aus Beteiligungen resultieren mit 1.142 TEuro (Vorjahr: 1.142 TEuro) aus der Ausschüttung der regio iT und mit 166 TEuro (Vorjahr: 166 TEuro) aus der Dividende der gewoge.

_16 Bei den Erträgen aus Gewinnabführungsverträgen handelt es sich um die Gewinnabführung der STAWAG in Höhe von 31.989 TEuro (Vorjahr: 23.806 TEuro).

_17 Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge resultieren mit 187 TEuro (Vorjahr: 349 TEuro) aus Steuererstattungsansprüchen.

_18 Bei den Aufwendungen aus Verlustübernahme handelt es sich um den Verlust der ASEAG in Höhe von 30.344 TEuro (Vorjahr: 31.176 TEuro).

_19 Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen betreffen mit 30 TEuro (Vorjahr: 30 TEuro) die verbundenen Unternehmen und mit 38 TEuro (Vorjahr: 38 TEuro) die Gesellschafterdarlehen. In den Zinsaufwendungen sind die Zinsanteile aus Rückstellungszuführungen für Pensionen in Höhe von 272 TEuro (Vorjahr: 182 TEuro) und für Jubiläumsverpflichtungen in Höhe von 4 TEuro (Vorjahr: 5 TEuro) ausgewiesen.

_20 Für das Geschäftsjahr belaufen sich die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag auf 6.161 TEuro Körperschaftsteuer (Vorjahr: 718 TEuro) und auf 7.693 TEuro Gewerbesteuer (Vorjahr: 1.194 TEuro).

Ertragsteuererstattungsansprüche für Vorjahre in Höhe von 63 TEuro (Vorjahr: 1.289 TEuro) resultieren teilweise aus der letzten steuerlichen Betriebsprüfung und aus Folgejahren.

Aufgrund der unterschiedlichen Bewertungsansätze in der Handels- und Steuerbilanz ergeben sich beim Organträger und bei den Organgesellschaften im Berichtsjahr temporäre Differenzen, die gemäß § 285 Nr. 29 HGB zu erläutern sind. Hieraus ergeben sich aktive latente Steuern in Höhe von 89.455 TEuro sowie passive latente Steuern in Höhe von 4.548 TEuro. Insgesamt verbleibt ein Überhang von aktiven latenten Steuern in Höhe von 84.907 TEuro. Die sich rechnerisch ergebende Steuerentlastung wurde nach dem Wahlrecht des § 274 HGB im Berichtsjahr nicht aktiviert. Die Bewertungsunterschiede und die latenten Steuern stellen sich wie folgt dar:

„21 Aufgrund der Anpassung des Gesellschaftervertrags vom 10. Dezember 2013 ist die Stadt Aachen verpflichtet, denjenigen Betrag auszugleichen, der erforderlich ist, damit das handelsbilanzielle Eigenkapital gemäß § 266 Abs. 3 A. HGB der Hälfte des Stammkapitals entspricht. Dies war im Vorjahr nicht erforderlich. Im Berichtsjahr 2019 leistete die Stadt Aachen eine weitere freiwillige Einlage in Höhe von 12.095 TEuro (Vorjahr: 7.793 TEuro).

Bilanz-Posten	Buchwerte				Latente Steuern	
	laut Handelsbilanz TEuro	laut Steuerbilanz TEuro	Differenz TEuro	Steuersatz	aktiv TEuro	passiv TEuro
Aktiva						
Immaterielle Vermögensgegenstände	290	290	0	32,64 %	0	0
Sachanlagen	498.577	499.488	911	32,64 %	823	-526
Finanzanlagen (Beteiligungen Kapitalgesellschaften, sonst.)	120.063	118.385	-1.678	32,64 %	725	-1.273
Finanzanlagen (Beteiligungen Personengesellschaften)	85.555	82.370	-3.185	15,83 %	2.238	-2.742
Forderungen	75.161	75.191	30	32,64 %	10	0
Vorräte	1.353	1.853	500	32,64 %	163	0
Wertpapiere UV (Beteiligungen Personengesellschaften)	18.116	22.804	4.688	15,83 %	749	-7
Rechnungsabgrenzungsposten	1.756	1.822	66	32,64 %	22	0
Summe Aktiva	800.871	802.203	1.332		4.730	-4.548
Passiva						
Rückstellungen	478.128	218.559	259.569	32,64 %	84.723	0
Verbindlichkeiten	230.785	230.778	7	32,64 %	2	0
Summe Passiva	708.913	449.337	259.576		84.725	0
Aktivüberhang aus Differenz			260.908		84.907	

Anteils

Anteilsbesitz >>

Anteilsbesitz der E.V.A.

zum 31. Dezember 2019

	Eigenkapital TEuro	Beteiligung %	Ergebnis 2019 TEuro
Anteile an verbundenen Unternehmen (konsolidiert)			
Stadtwerke Aachen AG (STAWAG), Aachen	173.108	100,0	0 3)
STAWAG Energie GmbH (STAWAG Energie), Aachen	79.385	100,0 2)	0 3)
Regionetz GmbH (vormals INFRAWEST GmbH) (Regionetz), Aachen	269.214	50,8 2)	0 3) 15)
Alsdorf Netz GmbH, (Alsdorf Netz), Alsdorf	19.597	100,0 17)	0
FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR), Aachen	467	100,0 2)	0 3)
Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG (ASEAG), Aachen	9.332	94,9	0 3)
Aachener Parkhaus GmbH (APAG), Aachen	1.911	100,0 1)	0 3)
STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG, Simmerath	3.398	100,0 17)	-8
STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG, Monschau	3.531	100,0 17)	-14
Energiewerke Waldbröl GmbH (Eww), Waldbröl	1.160	51,0 2)	0 3)
STAWAG Abwasser GmbH, Aachen	25	100,0 17)	0 3)
Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG (Giebelstadt), Aachen	7.290	80,0 4)	993
Solar Power Turnow West I GmbH & Co. KG (Turnow West I), Aachen	2.153	59,9 4)	451
Solar Power Turnow West II GmbH & Co. KG (Turnow West II), Aachen	1.909	59,9 4)	575
Solarpark Gödenroth GmbH & Co. KG (SP Gödenroth), Aachen	671	100,0 4)	63
Solarpark Ilbesheim GmbH & Co. KG (SP Ilbesheim), Aachen	1.514	100,0 4)	163
Windpark Laudert GmbH & Co. KG (WP Laudert), Aachen	2.763	100,0 4)	330
Windpark Riegenroth GmbH & Co. KG (Riegenroth), Aachen	6.460	59,0 4)	760
Anteile an verbundenen Unternehmen (nicht konsolidiert)			
Windpark Simmerath GmbH & Co. KG (WP Simmerath), Aachen	11.386	100,0 4)	1.568
Windpark Aachen-Nord GmbH & Co. KG (WP Aachen-Nord), Aachen	5.788 5)	100,0 4)	505 5)
Windpark Monschau GmbH & Co. KG (WP Monschau), Aachen	5.078 5)	100,0 4)	692 5)
Windpark Münsterwald GmbH & Co. KG (WP Münsterwald), Aachen	6.140 5)	100,0 4)	-62 5)
Infrastruktur Turnow West GmbH & Co. KG (Infrastruktur Turnow), Aachen	0 10)	100,0 6)	-28
STAWAG Infrastruktur Simmerath Verwaltungs GmbH, Simmerath	30 5)	100,0 17)	1 5)
STAWAG Infrastruktur Monschau Verwaltungs GmbH, Monschau	30 5)	100,0 17)	1 5)
Unterstützungseinrichtung „Akreka“ GmbH (Akreka), Aachen	1.108 7)	100,0 1)	0
ASEAG-Reisen GmbH (ARG), Aachen	223	100,0 1)	0 3)
ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH (ESBUS), Eschweiler	26	100,0 1)	0 3)
STAWAG Energie Komplementär GmbH (STAWAG Energie Komplementär), Aachen	138	100,0 4)	24
Solaranlage Giebelstadt II Verwaltungs GmbH (SA Giebelstadt Verwaltung), Aachen	40 5)	80,0 4)	2 5)

	Eigenkapital TEuro	Beteiligung %	Ergebnis 2019 TEuro
Wesentliche Beteiligungen			
regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh (regio iT), Aachen	4.523	48,5	2.151
vote iT GmbH (vote iT), Aachen	661	85,0 ⁸⁾	465
cogniport Beratungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (cogniport), Monschau	40	100,0 ⁸⁾	0
Better Mobility GmbH (Better Mobility), Aachen	25	50,0 ¹⁾	0 ⁹⁾
Trianel GmbH (Trianel), Aachen	87.579 ⁵⁾	12,0 ²⁾	2.137 ⁵⁾
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG (TGH), Aachen	0 ⁵⁾¹⁶⁾	16,9 ²⁾	-307 ⁵⁾
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG (TGE), Aachen	25.399 ⁵⁾	13,7 ²⁾	3.691 ⁵⁾
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG (TKL), Lünen	0 ⁵⁾¹⁴⁾	8,5 ²⁾	-46.243 ⁵⁾
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG (TWB), Aachen	289.957 ⁵⁾	4,8 ⁴⁾	9.993 ⁵⁾
Stadtwerke Lübeck GmbH (Lübeck), Lübeck	127.764 ⁵⁾	25,1 ²⁾	0 ⁵⁾¹²⁾
STAWAG Solar GmbH (STAWAG Solar), Aachen	33.298 ⁵⁾	40,0 ⁴⁾	2.128 ⁵⁾
WAG Wassergewinnungs- und aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (WAG), Roetgen	24.417 ⁵⁾	50,0 ²⁾	1.760 ⁵⁾
StadtWerke Rösrath – Energie GmbH (Rösrath), Rösrath	4.391 ⁵⁾	49,0 ²⁾	37 ⁵⁾
enewa GmbH (enewa), Wachtberg	3.847 ⁵⁾	49,0 ²⁾	162 ⁵⁾
Gemeindewerke Ruppichteröth GmbH, Ruppichteröth	3.077 ⁵⁾	49,0 ²⁾	0 ⁵⁾
Wilken Pro GmbH, (Wilken Pro), Ulm	58 ⁵⁾	49,0 ¹¹⁾	-56 ⁵⁾
Solarpark Ronneburg GmbH & Co. KG (Ronneburg), Aachen	4.815	46,0 ⁴⁾	1.070
Windpark Beltheim II GmbH & Co. KG (Beltheim II), Aachen	4.960	49,9 ⁴⁾	775
Windpark Oberwesel II GmbH & Co. KG (Oberwesel II), Aachen	3.230	49,0 ⁴⁾	475
Windpark Oberwesel III GmbH & Co. KG (Oberwesel III), Aachen	3.203	49,0 ⁴⁾	516
Windpark Fischbachhöhe GmbH & Co. KG (WP Fischbachhöhe), Aachen	3.813	50,0 ⁴⁾	70
ELWEA GmbH (ELWEA), Bottrop	790 ⁹⁾	49,0 ⁴⁾	2 ⁹⁾
WEA Marl Betreibergesellschaft mbH & Co. KG, Marl	701 ⁹⁾	100,0 ¹⁸⁾	40 ⁹⁾
Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (Trave EE), Lübeck	3.482 ⁹⁾	50,0 ⁴⁾	-686 ⁹⁾
Windmüllerei Broderstorf IV GmbH & Co. KG, Lübeck	408 ⁹⁾	100,0 ¹³⁾	282 ⁹⁾
Trave Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (Trave EE Verwaltung), Lübeck	38 ⁹⁾	100,0 ¹³⁾	2 ⁹⁾
Trave Erneuerbare Energien Beteiligungs-Komplementär GmbH (Trave EE Beteiligung), Lübeck	36 ⁹⁾	100,0 ¹³⁾	2 ⁹⁾
NetAachen GmbH (NetAachen), Aachen	10.715 ⁵⁾	16,0 ²⁾	2.257 ⁵⁾
smartlab Innovationsgesellschaft mbH, Aachen	1.602 ⁵⁾	35,0 ²⁾	322 ⁵⁾
Institut für Wasser- und Abwasseranalytik GmbH (IWA), Aachen	69 ⁵⁾	46,0 ²⁾	5 ⁵⁾
Power Tower I Bruchteileigentümergeinschaft (Power Tower I BEG), Aachen	77 ⁵⁾	25,0 ²⁾	49 ⁵⁾
PSW Rönkhausen GmbH & Co. KG (PSW Rönkhausen), Hagen	10.163 ⁵⁾	50,0 ²⁾	213 ⁵⁾
Windpark Bokel GmbH & Co. KG (WP Bokel), Lübeck	0 ⁹⁾	100,0 ¹³⁾	0 ⁹⁾
Regio Nord Wind GmbH (Regio Nord), Hamburg	21 ⁵⁾	50,0 ¹³⁾	-5 ⁵⁾

- 1) Anteile werden gehalten über ASEAG
2) Anteile werden gehalten über STAWAG
3) nach Ergebnisabführung: ohne Bilanzgewinn
4) Anteile werden gehalten über STAWAG Energie GmbH
5) Wertansätze zum 31. Dezember 2018
6) Anteile werden durch Turnow West I GmbH & Co. KG und Turnow West II GmbH & Co. KG gehalten
7) Eigenkapital inklusive Deckungsrücklage
8) Anteile werden gehalten über regio iT
9) vorläufige Jahresabschlusszahlen

- 10) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 303 TEuro ausgewiesen
11) Anteile werden gehalten über FACTUR Billing Solutions GmbH
12) Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter 22.989 TEuro
13) Anteile werden gehalten über Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG
14) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 102.693 TEuro ausgewiesen.
15) Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter 56.728 TEuro

- 16) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 4.469 TEuro ausgewiesen.
17) Anteile werden über Regionetz GmbH gehalten
18) Anteile werden über ELWEA GmbH gehalten

Sonstige Angaben

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung bestehen aus einer Festvergütung und betragen im Berichtsjahr 14.488,56 Euro.

Name	Festvergütung in Euro
Dr. Christian Becker	7.244,28
Michael Carmincke	7.244,28

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit eine pauschale Aufwandsentschädigung gemäß § 11 des Gesellschaftsvertrags, dabei erhalten der Vorsitzende den 2-fachen und die stellvertretenden Vorsitzenden den 1,5-fachen Betrag. Darüber hinaus wird pro Sitzung und Teilnehmer ein Betrag von 50 Euro vergütet.

Mitglieder des Aufsichtsrats	Gesamtbezüge in Euro
Marcel Philipp, 1. Vorsitzender	5.350
Dr. Tim Grüttemeier, 1. stellv. Vorsitzender ab 4.4.2019	3.777
Manfred Wiemers, 2. stellv. Vorsitzender	4.100
Gaby Breuer	2.850
Leo Buse	2.850
Dieter Claßen, bis 24.10.2019	2.292
Leo Deumens	2.800
Guido Finke	2.850
Iris Lürken	2.850
Rolf Kitt, ab 6.12.2019	174
Michael Rau	2.850
Frank Reichmann	2.850
Karl Schultheis	2.600
Michael Servos	2.850
Marc Teuku	2.750
Wilfried Warmbrunn	2.800

46.593

Die Angabe der im Geschäftsjahr erfassten Abschlussprüfer-Honorare im Sinne des § 285 Nr. 17 HGB erfolgt im Konzernanhang.

Nachtragsbericht

Die Geschäftsführung der E.V.A. geht davon aus, dass die aktuelle Verbreitung des Corona-Virus einen negativen wirtschaftlichen Einfluss auf das Ergebnis der Gesellschaft für 2020 haben wird. Da das Ausmaß der Corona-Krise nicht absehbar ist, hält die Geschäftsführung der E.V.A. eine Quantifizierung zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts als weitestgehend unmöglich.

Gewinnverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt dem Aufsichtsrat vor, den Jahresüberschuss in Höhe von 350.631,69 Euro mit dem Verlustvortrag zu verrechnen.

Aachen, den 20. Mai 2020

Energieversorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mbH Aachen

Die Geschäftsführung



Dr. Christian Becker



Michael Carmincke

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht

erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der

deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind

wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Bericht des Aufsichtsrats

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Duisburg, den 20. Mai 2020

PKF FASSELT SCHLAGE
Partnerschaft mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Rechtsanwälte



Jahn
Wirtschaftsprüfer



Pentschev
Wirtschaftsprüfer

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 sowie der Lagebericht sind von der in der Gesellschafterversammlung am 28. Juni 2019 zum Abschlussprüfer bestellten PKF Fasselt Schlage Partnerschaft mbB, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Berlin, geprüft worden. Der Bestätigungsvermerk gemäß § 322 HGB zum Jahresabschluss und Lagebericht wurde ohne Einschränkung erteilt.

Der Aufsichtsrat hat aufgrund regelmäßiger Berichte der Geschäftsführung sowie in seinen Sitzungen während des Geschäftsjahres durch Erörterungen über Lage und Entwicklung der Gesellschaft unter Einbeziehung der Konzernunternehmen seiner gesetzlichen Prüfungs- und Überwachungspflicht entsprochen. Er hat von dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses sowie des Lageberichts durch den Abschlussprüfer zustimmend Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat billigt den aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 und den Lagebericht und empfiehlt die Feststellung des Jahresabschlusses durch die Gesellschafterversammlung.

Aachen, den 26. Juni 2020

Der Aufsichtsrat



Philipp
Vorsitzender

(Der vorstehende Bestätigungsvermerk bezieht sich auf den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 (Bilanzsumme EUR 120.693.549,19; Jahresüberschuss EUR 350.631,69) und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019 der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen.)

Bericht

Berichterstattung
über den Konzern >>

Konzernlagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen, (E.V.A.) ist in ihrer Doppelfunktion als geschäftsführende Holding und als Dienstleistungsgesellschaft für sämtliche Konzern- und Beteiligungsgesellschaften tätig.

Die Geschäftsgrundlage für ihre Stellung als Holding bilden die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit den Gesellschaften Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG, Aachen, (ASEAG) und Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen, (STAWAG) die als zentrale Säulen der öffentlichen Daseinsvorsorge anzusehen sind und für den kommunalen und steuerlichen Querverbund stehen.

Das Dienstleistungsgeschäft basiert auf den mit den Konzerngesellschaften abgeschlossenen Dienstleistungsverträgen für kaufmännisch-administrative Tätigkeiten sowie für Gebäudedienstleistungen.

Gemäß Gesellschaftsvertrag der E.V.A. besteht für die Stadt Aachen eine Ausgleichspflicht, um eine bilanzielle Überschuldung der Gesellschaft zu vermeiden und den wirtschaftlichen Fortbestand der Gesellschaft zu sichern. Die Stadt Aachen verpflichtet sich, einen Verlustausgleich zu leisten, wenn das handelsbilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft gemäß § 266 Abs. 3 A. HGB die Hälfte des Stammkapitals unterschreitet. Die Summe der jährlich auszugleichenden Beträge soll 70 Mio. Euro nicht überschreiten. Zur Stärkung des Eigenkapitals hat die Stadt Aachen 12,1 Mio. Euro für 2019 als Ausgleichsverpflichtung geleistet.

Im Laufe der langjährigen Geschichte der **ASEAG** haben sich die Schwerpunkte innerhalb des satzungsgemäßen Geschäftsmodells verschoben, sodass derzeit

- der Betrieb von Omnibuslinien zur Person beförderung in der Region Aachen
- der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen und
- die Erprobung alternativer Antriebsformen und Mobilitätskonzepte

im unmittelbaren Fokus der Geschäftstätigkeit liegen. Dabei werden sämtliche Aktivitäten im Hinblick auf den Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen durch die 100-prozentige Tochtergesellschaft Aachener Parkhaus GmbH, Aachen, (APAG) wahrgenommen. Alternative Mobilitätskonzepte werden im Hause der ASEAG entwickelt. Dabei wird auf eine IT-Lösung der Better Mobility GmbH, Aachen, (Better Mobility) zurückgegriffen. Die Gesellschaft wurde 2019 gemeinsam mit der regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh, Aachen, (regio iT) gegründet und soll die gemeinschaftliche entwickelte Mobilitätsplattform „Mobility Broker“ technologisch fortentwickeln und überregional als IT-Lösung vermarkten.

Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG durch ihre Aufgabenträger Stadt Aachen und Städte-Region Aachen bis zum Jahr 2027 ist die Basis geschaffen worden, den neuen Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW gerecht zu werden.

Die **STAWAG** ist der Dienstleister rund um Energie und Wasser in Aachen. Kernaufgabe des Unternehmens ist die zuverlässige, preisgünstige und umweltschonende Versorgung der Aachener Bürgerinnen und Bürger mit Strom, Gas, Wasser und Wärme. Darüber hinaus bietet die STAWAG ihren Kunden in den Segmenten Haushalt, Gewerbe und Industrie umfassende Beratungs- und Serviceleistungen zum umweltschonenden und effizienten Einsatz von Energie. Die Tochtergesellschaften der STAWAG sind verantwortlich für den Betrieb und die Unterhaltung der Versorgungsnetze (Regionetz GmbH, Aachen, (Regionetz)) sowie der städtischen Abwasserkanäle (STAWAG Abwasser GmbH, Aachen, (STAWAG Abwasser)) und für den zukunftsweisenden Ausbau der Eigenerzeugung, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien (STAWAG Energie GmbH, Aachen, (STAWAG Energie)). Darüber hinaus werden für lokal und bundesweit agierende Vertriebe, wie auch für Verteilnetzbetreiber, effiziente Kundenservice-, Markt- und Abrechnungsprozesse modular im Kundenzuschnitt angeboten (FACTUR Billing Solutions GmbH, Aachen, (FACTUR)).

Die **regio iT** mit Unternehmenssitz in Aachen und einer Niederlassung in Gütersloh ist ein etablierter und zertifizierter mittelständischer IT-Dienstleister für Kommunen, für kommunale Unternehmen, für Energie- und Entsorgungsunternehmen, für Schulen sowie für Non-Profit-Organisationen.

Die Gesellschaft verfolgt das Ziel, innovative und wettbewerbsfähige Lösungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ihrer Kunden anzubieten, damit diese ihrerseits mit ihren Leistungen am Markt wirtschaftlich erfolgreich sind. Die regio iT verfügt über eine umfassende Kenntnis der Prozesse ihrer Kunden und kann so ihre Lösungen optimal auf deren Bedürfnisse ausrichten. Mit einem Angebot über alle Wertschöpfungsstufen der IT und ihrer Integrationskompetenz verfügt die regio iT über ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal. Sie orientiert sich als kommunales Unternehmen mit ihrem Produktangebot und der Preisgestaltung am Markt und versteht sich als Teil des Wettbewerbs.

Die Beteiligung der regio iT an der vote iT GmbH, Aachen, (vote iT) beträgt 85 Prozent zum Jahresende 2019. Die vote iT versteht sich als Dienstleister und Berater rund um Softwarelösungen für Wahlen. Inzwischen konnten auch weitere strategische Partner als Gesellschafter der vote iT gewonnen werden, die ihrerseits Geschäfte in die Gesellschaft eingebracht haben.

Mit Kaufvertrag vom 14. Dezember 2017 hat die E.V.A. Geschäftsanteile der regio iT im Umfang von 10,77 Prozent an die Stadt Aachen übertragen. Die E.V.A. ist an der regio iT mit 48,5 Prozent beteiligt. Somit werden die regio iT und mittelbar die vote iT im Konzernabschluss als assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode bilanziert.

Die E.V.A. hält unverändert 5,9 Prozent der Geschäftsanteile an der gewoge AG, Aachen, (gewoge).

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2019 im zehnten Jahr in Folge gewachsen. Dabei lag das Wachstum 2019 allerdings deutlich unter dem Durchschnitt der letzten Jahre. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 Prozent gestiegen gegenüber 2,5 Prozent und 1,5 Prozent in den Jahren 2017 und 2018. Das deutsche Wirtschaftswachstum des Jahres 2019 liegt somit unterhalb des Durchschnittswerts der letzten zehn Jahre von 1,3 Prozent (Quelle: statista, Wirtschaftswachstum in Deutschland anhand der Veränderung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) gegenüber dem Vorjahr in den Jahren 1992 bis 2018, Februar 2020). Positive Wachstumsimpulse resultierten 2019 im Inland sowohl aus privaten und staatlichen Konsumausgaben sowie aus Bau- und aus Unternehmensinvestitionen.

Trotz einer starken Binnennachfrage und einer hohen Nachfrage nach deutschen Gütern aus dem Ausland liegt das Wirtschaftswachstum in Deutschland unter dem europäischen Durchschnitt. Für die Europäische Union geht die Europäische Kommission für 2019 von einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 1,4 Prozent aus (Quelle: European Commission: The European Economic Forecast 2019, November 2019).

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Situation weiter positiv entwickelt. Mit durchschnittlich 45,3 Millionen Erwerbstätigen hat Deutschland im Jahr 2019 einen Rekord seit der Wiedervereinigung im Jahr 1991 zu verzeichnen. Damit setzte sich der nun seit 14 Jahren anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit weiter fort, allerdings mit abgeschwächter Dynamik. 2019 betrug der Anstieg 0,9 Prozent. Zuwanderung

und eine stärkere Erwerbsbeteiligung der Inländer haben die demografischen Effekte einer alternden Gesellschaft mehr als ausgeglichen. (Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung 001, Januar 2020). Die Anzahl der registrierten Erwerbslosen ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken. Danach betrug die Anzahl der Arbeitslosen 2019 im Jahresdurchschnitt rund 2,27 Millionen. Die Arbeitslosenquote für die Bundesrepublik Deutschland betrug 2019 im Jahresdurchschnitt damit 5 Prozent (Vorjahr: 5,2 Prozent). (Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Januar 2020, Presseinfo Nr. 2).

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland lag im Jahr 2019 nach Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen rund 2,3 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres und damit auf dem niedrigsten Niveau seit Anfang der 1970er Jahre. Der geringe Energieverbrauch in Deutschland resultiert gemäß der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen vor allem aus Verbesserungen bei der Energieeffizienz, aus den Substitutionen im Energiemix und aus dem konjunkturell gesunkenen Energieverbrauch in energieintensiven Branchen. Die verbrauchssteigernde Wirkung einer kühleren Witterung und einer Bevölkerungszunahme trat 2019 dagegen in den Hintergrund. Die Durchschnittstemperaturen in Deutschland lagen 2019 mit 10,2°C geringfügig unterhalb des Vorjahreswertes (10,4°C) und deutlich oberhalb des langjährigen Mittels (Pressemitteilung des DWD, Dezember 2019).

Der Erdgasverbrauch erhöhte sich 2019 gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 3,6 Prozent. Zu dem Anstieg trug, neben dem höheren Heizbedarf im kühleren Frühjahr, vor allem der gestiegene Einsatz von Erdgas in den entsprechenden Kraftwerken bei.

Die Erneuerbaren Energien steigerten ihren Beitrag zum gesamten Energieverbrauch 2019 um insgesamt 4 Prozent. Bei der Windkraft gab es einen Zuwachs von 15 Prozent und bei der

Solarenergie betrug dieser lediglich 1 Prozent. Die Biomasse, auf die mehr als 50 Prozent des gesamten Aufkommens im Bereich der Erneuerbaren Energien entfällt, verbuchte ein Plus von 2 Prozent. (Quelle: AG Energiebilanzen e. V., Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2019, Stand: Dezember 2019).

Geschäftsverlauf

Im Folgenden werden die Geschäftsverläufe der einzelnen gesteuerten Konzerntochtergesellschaften beschrieben:

ASEAG:

Der Verlust der ASEAG für das Geschäftsjahr 2019 fiel mit -30,3 Mio. Euro um 0,2 Mio. Euro niedriger als geplant (-30,5 Mio. Euro) aus. Die Abweichungen ergaben sich im Wesentlichen aus folgenden Effekten:

Die Umsatzerlöse fielen insgesamt um 1,5 Mio. Euro höher aus. Neben einer Steigerung der Verkehrserlöse um 0,3 Mio. Euro lag dies vor allem an höheren Nebenerlösen, wie zum Beispiel Zuschüssen für Schülerbeförderung, Sonderverkehren und Leistungen für andere Verkehrsunternehmen.

Aus sonstigen Erträgen ergaben sich positive Ergebniseffekte in Höhe von 1,7 Mio. Euro. Davon betreffen 0,5 Mio. Euro Zuschüsse für die Umrüstung der Busse mit SCRT-Abgasfiltern, 0,8 Mio. Euro weitergeleitete Zuschüsse der Stadt Aachen aus der ÖPNV-Pauschale sowie 0,9 Mio. Euro die Auflösung von Rückstellungen. Gegenläufig sind mit 0,7 Mio. Euro die Erträge aus Anlagenabgängen.

Die Materialaufwendungen stiegen um 1,4 Mio. Euro gegenüber dem Planansatz. Hiervon stiegen die Aufwendungen für Fahrzeuganmietungen insgesamt um rund 0,4 Mio. Euro, und die Kosten für die Umrüstung von SCRT-

Abgasfiltern betrugen rund 1,2 Mio. Euro. Andere Instandsetzungen der Busse reduzierten sich dagegen um 0,2 Mio. Euro.

Die Kosten für den Personaleinsatz lagen bei der ASEAG mit -30,1 Mio. Euro unter Planniveau (-31 Mio. Euro). Bei einer Erreichung der geplanten Mitarbeiteranzahl ist dies im Wesentlichen auf eine geringere Anzahl von Kurzausfällen und auf eine steigende Anzahl von Langzeitausfällen zurückzuführen. Die Kosten der Fahreranmietung von ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH, Eschweiler, (ESBUS) lagen mit -6 Mio. Euro lediglich geringfügig über dem Planniveau von -5,9 Mio. Euro.

Die Aufwendungen für Altersversorgung lagen inklusive Zinsanteil um 2,2 Mio. Euro über dem Planansatz. Die Steigerung ist im Wesentlichen auf den veränderten Zinssatz zum Bilanzstichtag zurückzuführen, der zu einem höheren Zinsaufwand von rund 1,6 Mio. Euro geführt hat. Die Rückstellung, mit der im Jahresabschluss 2017 ein Arbeitsgerichtsprozess bzgl. der Gewährung von Freifahrten für „Neurentner“ berücksichtigt worden war, konnte im laufenden Geschäftsjahr aufgrund einer arbeitsvertraglichen Regelung in Höhe von 2,1 Mio. Euro aufgelöst werden.

Aufgrund von Investitionsverschiebungen lagen die Abschreibungen um 0,6 Mio. Euro unterhalb der Planannahme.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen mit -10,4 Mio. Euro um insgesamt 1,4 Mio. Euro über dem Planansatz. Kostentreiber waren im Wesentlichen höhere Umlagen beim Aachener Verkehrsverbund (AVV) (0,9 Mio. Euro), höhere EDV-Kosten (0,2 Mio. Euro) und höhere Werbekosten (0,2 Mio. Euro) als geplant.

Der Verlust der ASEAG in Höhe von -30,3 Mio. Euro enthält auch die Gewinnabführung der APAG für 2019 in Höhe von 1,7 Mio. Euro. Damit lag die Gewinnabführung der APAG um 0,5 Mio. Euro über Planniveau (1,2 Mio. Euro).

Wesentliche Ursache hierfür ist die erneute Verschiebung der Sanierung des Parkhauses Rathaus.

STAWAG:

Die niedrigen Strombörsenpreise belasten auch im Geschäftsjahr 2019 die operative Ergebnissituation des konventionellen Erzeugungsbereichs der STAWAG. Am Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG, Lünen, (TKL), das im Jahr 2013 mit einer Nennleistung von 750 Megawatt in Betrieb genommen wurde, ist die STAWAG mit 8,45 Prozent beteiligt. Die erzielbaren Erzeugungskostenspreads reichen jedoch nicht aus, um die Betriebs- und Finanzierungskosten des Kraftwerks zu decken. Im Zuge einer jährlich vorzunehmenden Neubewertung der bei der STAWAG bereits bilanzierten Drohverlustrückstellung für den Kraftwerksbetrieb Lünen hat die STAWAG ihre Drohverlustrückstellung zum 31. Dezember 2019 auf Basis einer aktuellen Markteinschätzung gegenüber dem Vorjahr um 2,4 Mio. Euro auf 33,6 Mio. Euro erhöht.

Vor dem Hintergrund des geplanten Kohleausstiegs geht die STAWAG überdies davon aus, dass das Steinkohlekraftwerk Lünen deutlich vor 2038, möglicherweise bereits 2030 und damit vor dem regulären Abschreibungszeitraum, zwangsweise entschädigungslos stillgelegt werden könnte und das Eigenkapital insofern nicht mehr in vollem Umfang an die Gesellschafter zurückgeführt werden kann. Auf Basis einer vor diesem Hintergrund vorgenommenen Risikobewertung hat die STAWAG zum 31. Dezember 2019 eine außerordentliche Abschreibung in Höhe von 6,6 Mio. Euro bzw. rund 50 Prozent auf ihren Beteiligungsbuchwert an der TKL vorgenommen.

Neben der 16,9-prozentigen Beteiligung an der Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG,

Aachen, (TGH), die aufgrund der zentralen Bewirtschaftung des Gaskraftwerks als reine Finanzbeteiligung fungiert, ist die STAWAG mit einem Gesellschaftsanteil von 13,7 Prozent auch an der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG, Aachen, (TGE) beteiligt. Aufgrund von anhaltenden witterungsbedingt geringen Preisvolatilitäten und einer zunehmend hohen Verfügbarkeit von LNG-Importen ist der Speicherbetrieb auch im Geschäftsjahr 2019 defizitär. Durch eine Verschiebung von Vermarktungsgeschäften vom vierten Quartal 2019 auf das erste Quartal 2020 wurde die erstmalig zum 31. Dezember 2018 gebildete Drohverlustrückstellung für den defizitären Speicherbetrieb um 1,2 Mio. Euro auf rund 6,2 Mio. Euro reduziert.

Im Dezember 2018 hat die STAWAG das Blockheizkraftwerk (BHKW) Campus Melaten mit einer elektrischen und thermischen Leistung von jeweils 10 Megawatt in Betrieb genommen. Neben acht weiteren BHKW, die die STAWAG betreibt, trägt die neue Anlage dazu bei, den wachsenden Energiebedarf am Hochschulerweiterungsstandort Aachen möglichst umweltfreundlich zu decken. Darüber hinaus hat die STAWAG im Rahmen einer KWK-Ausschreibung den Zuschlag für den Bau eines weiteren BHKW am Schwarzen Weg in Aachen mit einer Leistung von bis zu 22 Megawatt KWK (Kraft-Wärme-Kopplung) erhalten. Mit dem für Ende 2020 vorgesehenen Baubeginn des BHKW wurden insofern die ersten Weichen gestellt, die Fernwärme schrittweise zu ersetzen, die bislang durch die Wärmeauskopplung aus dem Braunkohlekraftwerk Weisweiler sichergestellt ist.

Im Vertriebsbereich sind die Verkaufsmengen in der Stromsparte 2019 gegenüber dem Vorjahr um rund 83 Gigawattstunden gesunken. Dabei ist der Absatz im Tarifkundensegment um lediglich 4,6 Gigawattstunden zurückgegangen, während der größte Teil der Abweichung aus rückläufigen Absatzmengen an Großkunden resultiert. In der vertrieblichen Gassparte konn-

te der Absatz an Tarifikunden gegenüber dem Vorjahr konstant gehalten werden, da die Kundenverluste durch die kühlere Witterung kompensiert wurden. Der Absatzrückgang in Höhe von 107 Gigawattstunden resultiert außer aus den Entwicklungen im Sonderkundengeschäft auch aus einem rückläufigen Absatz an die Wärmesparte. Zum ersten Mal seit acht Jahren hat die STAWAG zum 1. Oktober 2019 – wie viele andere Energieversorger auch – ihre Gaspreise aufgrund deutlich gestiegener Bezugskosten und höherer Netzentgelte erhöht.

Im Rahmen der Zusammenführung der beiden ehemaligen Netzbetreiber INFRAWEST GmbH, Aachen, (INFRAWEST) und regionetz GmbH, Eschweiler, (regionetz) in die gemeinsame große Netzgesellschaft Regionetz GmbH, Aachen, (Regionetz) wurde zum Geschäftsjahr 2018 die Erlösobergrenze der ehemaligen regionetz auf die Regionetz übertragen, das heißt, dass die Netzbetreibertätigkeit der ehemaligen INFRAWEST, formell ergänzt um die neuen Netzgebiete, fortgeführt wird.

Im Strombereich bildete das Jahr 2019 das erste Jahr der dritten Regulierungsperiode. Der jeweilige Bescheid zur Festlegung der jährlichen Erlösobergrenzen der ehemaligen INFRAWEST und der ehemaligen regionetz liegt zwischenzeitlich vor, wobei die Regionetz gegen beide Festlegungen Beschwerde beim zuständigen Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf eingereicht hat. Die im jeweiligen Bescheid enthaltenen Effizienzwerte für die dritte Regulierungsperiode Strom liegen für die ehemalige INFRAWEST bei 92,22 Prozent und für die ehemalige regionetz bei 94,94 Prozent. Die Regionetz hat im Strombereich auch erstmals einen Antrag auf Kapitalkostenaufschlag bei der zuständigen Regulierungsbehörde eingereicht. Der hierzu erteilte Genehmigungsbescheid der Bundesnetzagentur (BNetzA) vom 19. Dezember 2018 sieht – entgegen der Auffassung der Regionetz und der Branche – keinen Ausgleich für entgangene

Kapitalkosten der Jahre 2017 und 2018 vor, sodass dieser Sachverhalt nun ebenfalls Gegenstand eines laufenden Beschwerdeverfahrens vor dem OLG Düsseldorf ist.

Ausgehend von den Erlösobergrenzenfestlegungen der Behörden haben die Netzbetreiber zum 1. Januar eines jeden Jahres die Erlösobergrenze anzupassen und die hieraus resultierenden Netzentgelte inklusive der schriftlichen Dokumentation der Entgeltermittlung bei den Regulierungsbehörden vorzulegen. Das jeweilige Ergebnis aus der von der Regulierungsbehörde zuletzt durchgeführten Kostenprüfung stellt hierbei das Ausgangsniveau für die dritte Regulierungsperiode dar.

Im Strombereich liegt die zulässige Erlösobergrenze der Regionetz für das Jahr 2019 mit 118,4 Mio. Euro etwa 13,8 Mio. Euro über dem Niveau aus dem Vorjahr. Die Steigerung der Erlösobergrenze vom Jahr 2018 zum Jahr 2019 ist hauptsächlich auf den Übergang in die dritte Regulierungsperiode zurückzuführen, die für beide Vorgänger-Unternehmen der Regionetz ein höheres Ausgangsniveau als in der zweiten Regulierungsperiode enthält. Dieser Effekt wird hierbei durch eine weitere Steigerung aus dem neu eingeführten Kapitalkostenaufschlag ergänzt und von einer preisbedingten Senkung der vorgelagerten Netzkosten teilweise kompensiert.

Gegen die Festlegung zur Erlösobergrenze für die zweite Regulierungsperiode, die Genehmigung einer Investitionsmaßnahme und den Bescheid zur Festlegung des Qualitätselements hatte die ehemalige INFRAWEST Beschwerde beim OLG Düsseldorf eingereicht. Zwischenzeitlich hatte die Regionetz nach erfolgreichem Verlauf der Beschwerdeverfahren öffentlich-rechtliche Verträge zur Beendigung der Beschwerdeverfahren zum Qualitätselement und zur Erlösobergrenzenfestlegung für die zweite Regulierungsperiode geschlossen, woraus ent-

sprechende Anpassungsbeträge für die Erlös-obergrenzen in den Jahren 2017 bis 2019 resultieren. Das Beschwerdeverfahren zur vorgenannten Investitionsmaßnahme wurde durch die zwischenzeitlich erfolgte Anpassung des entsprechenden Genehmigungsbescheids mittlerweile ebenfalls zugunsten der ehemaligen INFRAWEST erledigt. Ebenso konnte das Beschwerdeverfahren der ehemaligen regionetz gegen den Erlösobergrenzenbescheid zur zweiten Regulierungsperiode im Jahr 2019 durch den Abschluss eines Vertrags im Vergleichswege beendet werden. Hieraus resultieren für die Regionetz Erlösobergrenzenaufschläge in den Jahren 2020 bis 2024.

Bereits im Jahr 2016 hat die BNetzA die Festlegung von Eigenkapitalzinssätzen für die dritte Regulierungsperiode der Anreizregulierung im Strom- und im Gasbereich abgeschlossen. Hiernach sinken die festgelegten Eigenkapitalzinssätze gegenüber den Zinssätzen für die zweite Regulierungsperiode erheblich ab. Mit Beschluss vom 21. Februar 2018 für Gas bzw. vom 28. November 2018 für Strom hat die BNetzA schließlich auch die Festlegung des allgemeinen sektoralen Produktivitätsfaktors für die dritte Regulierungsperiode mit einer Höhe von 0,49 Prozent im Gasbereich bzw. mit einer Höhe von 0,9 Prozent p.a. im Strombereich abgeschlossen.

Die Regionetz hat – wie zahlreiche weitere Netzbetreiber auch – Beschwerde gegen die oben genannten Festlegungsverfahren beim OLG Düsseldorf eingereicht. Nach einem gerichtlichen Verfahren liegt nunmehr eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH) (Urteil aus Juli 2019) zum Thema Eigenkapitalzinsen vor, die die Vorgehensweise der BNetzA bei der Ermittlung der Eigenkapitalzinssätze für die dritte Regulierungsperiode bestätigt und somit das vorherige Urteil des OLG Düsseldorf zu diesem Sachverhalt gegenstandslos macht. Formell bestehen die Beschwerdeverfahren der Regionetz

zu diesem Sachverhalt aktuell weiterhin fort, da zu einzelnen Verfahren noch Befassungsbeschwerden anhängig sind. Die Gerichtsverfahren zum generellen sektoralen Produktivitätsfortschritt Strom und Gas sind nach aktuellem Stand ebenfalls noch nicht rechtskräftig abgeschlossen, sodass hierzu die weitere Entwicklung der entsprechenden Beschwerdeverfahren abzuwarten bleibt.

Das Jahr 2019 bildet im Gasbereich das zweite Jahr der dritten Regulierungsperiode der Anreizregulierung. Ein verbindlicher Bescheid zur Erlösobergrenzenfestlegung für die Jahre 2018 bis 2022 liegt bis zum heutigen Zeitpunkt nur für die ehemalige INFRAWEST vor. Für die Erlösobergrenzenfestlegung der ehemaligen regionetz stehen die Anhörung sowie die Erteilung eines verbindlichen Bescheids aktuell noch aus. Zwischenzeitlich sind allerdings auch für die ehemalige regionetz das sogenannte Ausgangsniveau als Ergebnis der durchgeführten Kostenprüfungen sowie der zuletzt im Dezember 2018 von der Landesregulierungskammer NRW mitgeteilte finale Effizienzwert bekannt. Die im Bescheid der INFRAWEST bzw. in der letzten Mitteilung der Regulierungsbehörde enthaltenen Effizienzwerte für die dritte Regulierungsperiode Gas liegen für die ehemalige INFRAWEST bei 98,98 Prozent und für die ehemalige regionetz bei 77,58 Prozent.

Im Gasbereich haben die ehemalige INFRAWEST und die ehemalige regionetz zum 30. Juni 2017, erstmals entsprechend den Vorgaben aus § 10a ARegV, einen Antrag auf Kapitalkostenaufschlag bei der zuständigen Regulierungsbehörde eingereicht. Der hierzu durch die Regulierungsbehörde ausgestellte Genehmigungsbescheid vom 18. Juli 2018 bzw. vom 24. Juli 2018 sieht – konträr zur Auffassung der Regionetz und der Branche – analog zum Strombereich keinen Ausgleich für die entgangenen Kapitalkosten aus den Jahren 2016 und 2017 vor. Aus diesem Grund hat die

Regionetz auch gegen diese Bescheide jeweils Rechtsbeschwerde beim zuständigen OLG Düsseldorf eingereicht. Ein Antrag zum Kapitalkostenaufschlag auf die Erlösobergrenze des Jahres 2019 wurde zum 30. Juni 2018 durch die Regionetz gestellt, worüber aktuell noch kein Genehmigungsbescheid vorliegt.

Im Gasbereich liegt die zulässige Erlösobergrenze der Regionetz unter Berücksichtigung der mitgeteilten Effizienzwerte und des Kapitalkostenausgleichs für das Jahr 2019 mit rund 65,6 Mio. Euro etwa 0,2 Mio. Euro über dem Niveau der für das Jahr 2018 genehmigten Erlösobergrenze.

Am 16. Dezember 2019 hat die Regionetz ihre Tochtergesellschaft Alsdorf Netz GmbH, Alsdorf, (Alsdorf Netz) gegründet. Geschäftszweck der Gesellschaft ist das Halten des Eigentums, die Instandhaltung, die Erhaltung und der Ausbau von Versorgungsnetzen für Elektrizität und Gas auf dem Gebiet der Stadt Alsdorf. Mit Wirkung zum 31. Dezember hat die Regionetz sodann ihre Strom- und Gasnetze im Stadtgebiet Alsdorf in die Alsdorf Netz eingebracht und zum gleichen Zeitpunkt Pachtverträge mit der Alsdorf Netz über die Strom- und die Gasnetze geschlossen, sodass die Regionetz diese Netze insofern unverändert weiterbetreibt. Die Einbringung erfolgte handelsrechtlich unter Aufdeckung der stillen Reserven in den Strom- und Gasnetzen in Alsdorf in Höhe von 14,7 Mio. Euro. Daneben wurden auch die im Zusammenhang mit den Netzen erhobenen und teilweise bereits aufgelösten Baukostenzuschüsse und Anschlusskostenbeiträge in Höhe von 2,8 Mio. Euro übertragen.

Infolge einer Beschädigung eines 110-kV-Kabels durch die Flocke & Rey Elektroanlagen GmbH, Leverkusen, (Flocke & Rey) im Jahr 2013 ist der heutigen Regionetz ein Schaden von 4,5 Mio. Euro zzgl. Zinsen entstanden. Ein entsprechender Schadenersatz wurde gericht-

lich in zwei Instanzen bestätigt. Mit einem Vergleichsvertrag vom 15. November 2019 hat man sich auf eine Beendigung des Rechtsstreits vor dem BGH und auf eine Entschädigung in Höhe von insgesamt 3,6 Mio. Euro geeinigt.

Die Regionetz hat im Geschäftsjahr 2019 insgesamt 50,4 Mio. Euro investiert, wobei auf das Stromnetz 16,7 Mio. Euro und auf das Gasnetz 19,2 Mio. Euro entfielen. Ins Wassernetz hat die Regionetz 6,1 Mio. Euro, in die Straßenbeleuchtung 0,2 Mio. Euro und in das Netzleitsystem 2,2 Mio. Euro investiert. Auf das Telekommunikationsnetz entfallen weitere 2,3 Mio. Euro und die übergreifenden sonstigen Investitionen belaufen sich auf rund 3,5 Mio. Euro.

Das Ergebnis vor Steuern (EBT) der Regionetz beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr 2019 etwa 59,5 Mio. Euro und liegt damit rund 15,5 Mio. Euro oberhalb des in der Wirtschaftsplanung prognostizierten Niveaus. Das Ergebnis wird über den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag (EAV) nach Abzug der Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, Stolberg, (EWV) in Höhe von 14,9 Mio. Euro und der darauf entfallenden Steuern in Höhe von 2,8 Mio. Euro mit einem verbleibenden Betrag von 41,8 Mio. Euro an die STAWAG abgeführt.

Die STAWAG Energie hat ihr Anlagenportfolio im Windbereich auch im Geschäftsjahr 2019 weiter ausgebaut. So wurde beim Windpark Münsterwald GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Münsterwald) Ende des Jahres 2019 damit begonnen, die bereits im Jahr 2018 in Betrieb genommenen fünf Windkraftanlagen um zwei weitere Anlagen mit einer Leistung von je 3,3 Megawatt zu erweitern. Zu den bereits bestehenden 40 Millionen Kilowattstunden werden damit weitere 16 Millionen Kilowattstunden grüner Strom produziert. Mit der Erweiterung hat die STAWAG ihren Kunden gleichzeitig eine Bürgerbeteiligung angeboten, um engagierten

Bürgerinnen und Bürgern eine unmittelbare Investition in den Klimaschutz zu ermöglichen. Des Weiteren haben die Stadtwerke Bergheim GmbH, Bergheim, (SW Bergheim) von der STAWAG Energie eine 50-Prozent-Beteiligung an der Windparkgesellschaft Bergheim-Fischbachhöhe im Geschäftsjahr 2019 erworben. Der bereits 2018 in Betrieb genommene Windpark besteht aus insgesamt drei Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von neun Megawatt. Die installierte Leistung reicht aus, um jährlich etwa 28 Millionen Kilowattstunden Strom zu erzeugen.

Im Geschäftsjahr 2019 hat die STAWAG Energie ein EBT von 10,1 Mio. Euro erzielt und das Vorjahresergebnis um 1,6 Mio. Euro bzw. rund 20 Prozent übertroffen. Neben den erzielten Erträgen aus der Projektentwicklung haben die nachhaltigen Beteiligungsergebnisse aus den bestehenden Solar- und Windparks wesentlich zum positiven Ergebnis der STAWAG Energie, das über den bestehenden EAV an die STAWAG abgeführt wird, beigetragen.

Das Geschäft der FACTUR wird im Geschäftsjahr 2019 weiterhin von der Entwicklung sinkender Margen bei Energieprodukten, von steigenden Großhandelspreisen sowie von einer erhöhten Wechselbereitschaft der Endkunden beeinflusst. Der vertraglich vereinbarte Zählerpunktpreis ist maßgeblich für den Umsatz der FACTUR, wobei sowohl Kundenverlust- als auch Kundenzuwachsraten einen direkten Einfluss auf das Ergebnisniveau der FACTUR haben. Mit dem Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) werden die Messstellenbetreiber nunmehr verpflichtet, beim Einbau von modernen Messeinrichtungen (mME) und von intelligenten Messsystemen (iMS) eine Trennung zwischen Netznutzungs- und Messstellenbetriebsabrechnung vorzunehmen. Die FACTUR hat als Prozess- und Abrechnungsdienstleister die neue Abrechnungsform der Messentgelte (MOS Billing) in den Netz- und Lieferantensystemen entsprechend implemen-

tiert. Zum Ende des Jahres 2019 ist zudem die Anpassung der elektronischen Marktkommunikation im Stromsektor an die Erfordernisse des Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende („Marktkommunikation 2020“) erfolgt. Das MsbG sieht dabei vor, dass künftig alle beim Kunden mithilfe eines sogenannten iMS erhobenen Messwerte im Idealfall ausschließlich dort dezentral gespeichert, aufbereitet und im Anschluss sternförmig an alle berechtigten Empfänger verteilt werden. Die hieraus entstandenen Beratungsprojekte mit den sich daraus ergebenden prozessualen Änderungen in den Dienstleistungsprozessen konnte die FACTUR sowohl auf der Netz- als auch auf der Vertriebsseite 2019 erfolgreich umsetzen.

Seit 2017 erbringt die FACTUR auch die Kundenservice- und Abrechnungsdienstleistung für die MONTANA Energie GmbH & Co. KG, Grunwald, (MONTANA). Mit zunächst rund 206.000 Strom- und Gaszählpunkten sind aufgrund der signifikanten Neukundengewinnung zum 31. Dezember 2019 etwa 324.000 Zählpunkte in der Belieferung, was sich bei der FACTUR in einer entsprechenden Umsatzsteigerung für die Full-Service-Dienstleistung niederschlägt. Der Gesamtumsatz der FACTUR liegt zum 31. Dezember 2019 bei insgesamt rund 25 Mio. Euro, wobei ein EBT in Höhe von 3,6 Mio. Euro erwirtschaftet wurde, das über den bestehenden EAV vollständig an die STAWAG abgeführt wird.

Bei der Neuordnung des Wassergewinnungsbereichs im Geschäftsjahr 2018 hat die STAWAG im Wege der Ausgliederung ihre Grundwassergewinnungs- und -aufbereitungsanlagen sowie die dazugehörigen Grundstücke und Gebäude auf die WAG Wassergewinnungs- und aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH, Roetgen, (WAG) übertragen. Die WAG, an der die STAWAG, neben der enwor energie & wasser vor ort GmbH, Herzogenrath, (enwor), zu 50 Prozent beteiligt ist, wird für 2019 ein Er-

gebnis nach Steuern (EAT) von voraussichtlich rund 0,7 Mio. Euro erzielen. Im Geschäftsjahr 2019 hat die WAG ein Beteiligungsergebnis von jeweils rund 0,7 Mio. Euro an ihre beiden Gesellschafter ausgeschüttet. Von dem im Geschäftsjahr 2018 erzielten Jahresergebnis der WAG in Höhe von insgesamt 1,8 Mio. Euro wurden rund 0,4 Mio. Euro auf neuen Gewinn vorgetragen.

Die STAWAG ist mit einem Anteil von 25,1 Prozent an den Stadtwerken Lübeck GmbH, Lübeck, (SW Lübeck) beteiligt. Für das Geschäftsjahr 2019 erwarten die SW Lübeck ein EBT vor Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin STAWAG in Höhe von 21,2 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2019 hat die STAWAG die Ausgleichszahlung aus dem Geschäftsjahr 2018 in Höhe von rund 3,3 Mio. Euro phasenverschieben vereinnahmt. Insgesamt hat die STAWAG aus der Beteiligung an den SW Lübeck bislang etwa 23,2 Mio. Euro an Ausgleichszahlungen erhalten.

Die STAWAG hält seit 2013 als strategischer Partner der StadtWerke Rösrath – Energie GmbH, Rösrath, (SW Rösrath) einen Gesellschafteranteil von 49 Prozent. Geprägt ist das Jahresergebnis der Gesellschaft durch die Geschäftsfelder Energieversorgung und Bäderbetrieb. Zum 1. Januar 2017 hat die SW Rösrath das Stromnetz in Rösrath übernommen und gleichzeitig einen Pacht- und Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. In der für die STAWAG im Rahmen eines bestehenden Tracking-Stock-Modells relevanten Versorgungssparte wird für das Geschäftsjahr 2019 ein positives Ergebnis von rund 0,7 Mio. Euro erwartet. Insgesamt wird der erwirtschaftete Gewinn der SW Rösrath voraussichtlich rund 0,2 Mio. Euro betragen.

Darüber hinaus ist die STAWAG seit 2013 an der enewa GmbH, Wachtberg, (enewa) mit einem Gesellschafteranteil von 49 Prozent beteiligt. Die Gesellschaft ist in den Geschäfts-

feldern Wasserversorgung, Energieversorgung und im Bäderbetrieb aktiv. Darüber hinaus hat die enewa zum 1. Januar 2018 das Eigentum des Stromnetzes in Wachtberg erworben und gleichzeitig einen Pacht- und einen Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2019 ein Ergebnis von insgesamt rund 0,2 Mio. Euro. Das für die STAWAG im Rahmen des Tracking-Stock-Modells relevante Ergebnis des Versorgungsbereichs beläuft sich dabei auf rund 0,5 Mio. Euro.

Ebenso hat sich die STAWAG bereits im Geschäftsjahr 2015 mit 49 Prozent an den Gemeindewerken Ruppichterorth GmbH, Ruppichterorth, (GWR) beteiligt. Die GWR ist in den Geschäftsfeldern Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und im Energievertrieb Strom und Gas tätig. Zum 1. Januar 2017 hat die GWR das Stromnetz eigentumsrechtlich übernommen, das aktuell an die Westnetz GmbH, Dortmund, (Westnetz) verpachtet ist. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2019 ein Ergebnis in Höhe von 0,1 Mio. Euro.

Eine weitere strategische Partnerschaft ist die STAWAG im Geschäftsjahr 2014 mit den Energiewerken Waldröhl GmbH, Waldröhl, (Eww) eingegangen. Im Geschäftsjahr 2017 hat die STAWAG ihren Gesellschaftsanteil im Zuge einer Neuordnung der Eww in eine Vertriebsgesellschaft Strom und Gas von ursprünglich 49 Prozent auf 51 Prozent erhöht. Zwischen der Eww und der STAWAG wurde daher ein EAV abgeschlossen. Im Geschäftsjahr 2019 hat die Eww ein negatives Ergebnis in Höhe von rund 145 TEuro erzielt, das von der STAWAG ausgeglichen wird.

Der Anteil der STAWAG am Telekommunikationsanbieter NetAachen GmbH, Aachen, (NetAachen) liegt bei 16 Prozent. Für das Geschäftsjahr 2019 wird die NetAachen nach vorläufigen Angaben ein EAT von 2,4 Mio. Euro erwirtschaften.

ten. Die STAWAG vereinnahmt im Geschäftsjahr 2019 ein anteiliges Beteiligungsergebnis aus dem Jahr 2018 in Höhe von rund 0,4 Mio. Euro. Die Technischen Werke Naumburg GmbH, Naumburg, (TWN), an der die STAWAG einen Anteil von 2 Prozent hält, wird im Geschäftsjahr 2019 ein voraussichtliches Jahresergebnis von rund 2,6 Mio. Euro erzielen. Die STAWAG vereinnahmt im Geschäftsjahr 2019 ein anteiliges Beteiligungsergebnis aus dem Jahr 2018 in Höhe von rund 35 TEuro. Die smartlab Innovationsgesellschaft mbH, Aachen, (smartlab), an der die STAWAG Anteile von 35 Prozent hält, wird im abgelaufenen Geschäftsjahr 2019 einen voraussichtlichen Verlust von rund 221 TEuro erzielen. Der Verlust wird durch eine anteilige Einzahlung aller Gesellschafter in die Kapitalrücklage der smartlab entsprechend ausgeglichen.

Anfang 2018 hat sich die STAWAG zusammen mit der Mark-E Aktiengesellschaft, Hagen, (Mark-E) mit jeweils 50 Prozent an der neu gegründeten PSW Rönkhausen GmbH & Co. KG, Hagen, (PSW Rönkhausen) beteiligt. Die Gesellschaft ist Eigentümerin des Pumpspeicherkraftwerks (PSW) mit einer installierten Leistung von 140 Megawatt, das für rund 25 Mio. Euro umfangreich saniert wurde. Das PSW ist an die Mark-E verpachtet, die auch den kommerziellen Betrieb der Anlage verantwortet. Aus der Pachtgesellschaft vereinnahmte die STAWAG 2019 eine vertraglich fixierte Garantiedividende von jährlich 375 TEuro.

Unter Berücksichtigung der vereinnahmten Beteiligungserträge erzielte die STAWAG im Geschäftsjahr 2019 einen Gewinn (EBT) von rund 32 Mio. Euro, was neben einer hohen Ertragskraft im operativen Geschäftsverlauf der STAWAG hauptsächlich durch ein außerordentlich hohes Beteiligungsergebnis der Regionetz aufgrund der handelsrechtlichen Aufdeckung der stillen Reserve im Zuge der Ausgliederung des Strom- und Gasnetzes im Alsdorfer Stadtgebiet auf die Alsdorf Netz begründet ist.

Gegenläufig wirken sich vor allem die außerordentliche Abschreibung auf den Beteiligungsbuchwert der TKL von rund 6,6 Mio. Euro sowie zinsbedingt hohe Aufwendungen für die Altersversorgung (Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen) in Höhe von rund 16,2 Mio. Euro auf das Jahresergebnis 2019 der STAWAG aus. Die hohen Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen sind dabei maßgeblich durch den signifikant rückläufigen Rechnungszinssatz begründet. Die STAWAG plant, den Jahresüberschuss in Höhe von 32 Mio. Euro in voller Höhe an die E.V.A abzuführen.

regio iT:

Die regio iT erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr ein überplanmäßiges Ergebnis vor Steuern in Höhe von 3,2 Mio. Euro (Plan 2,9 Mio. Euro). Nach Abzug der Ertragsteuern in Höhe von -1,1 Mio. Euro ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 2,2 Mio. Euro, der den Plan (2 Mio. Euro) um 0,2 Mio. Euro übertrifft. Die regio iT beabsichtigt eine Thesaurierung in Höhe von 0,2 Mio. Euro vorzunehmen und den verbleibenden Jahresüberschuss in Höhe von 2 Mio. Euro auszuschütten. Bei einer Anteilsquote von 48,5 Prozent stünden der E.V.A. somit 0,9 Mio. Euro zu, die in das Beteiligungsergebnis der E.V.A. in 2020 einfließen.

Die regio iT hat im Jahr 2019 Umsatzerlöse in Höhe von 76,3 Mio. Euro erzielt (Planansatz 68,4 Mio. Euro). Besonders hervorzuheben sind die Umsatzerlöse aus der Beratung sowie aus der laufenden Produktnutzung.

Die Umsatzerlöse aus der Beratung haben einen Rekordwert von 9,6 Mio. Euro (Plan 8,5 Mio. Euro) erreicht. Die Kundennachfrage nach Digitalisierungsprojekten ist weiterhin steigend und aufgrund der verfügbaren Personalressourcen herausfordernd. Sowohl bei den Kommunen als auch bei den kommunalen Unternehmen

wurden entsprechende Projekte beauftragt. Die Umsätze aus Produktnutzung (51,2 Mio. Euro) übertreffen den Planansatz (50,2 Mio. Euro) um 1 Mio. Euro. Abrechenbare Mengenzuwächse bei bestehenden Produkten sowie neue Produkte, die nach den entsprechenden Projekten in den Betrieb überführt wurden, führen zu dieser positiven Entwicklung.

Im Umsatzsegment Handels-/Leasinggeschäft wird mit 9,9 Mio. Euro ein Umsatzzuwachs erwirtschaftet, der den Planansatz von 6 Mio. Euro um 3,9 Mio. Euro deutlich überschreitet. Die größten Umsatztreiber sind der Schulbereich sowie Hardwarebeschaffungen der Kommunen im Kontext der Umstellungen auf Windows 10.

Der Materialaufwand hat sich entsprechend den höheren Umsatzerlösen auf 29,1 Mio. Euro erhöht und liegt somit um 7,7 Mio. Euro über dem Planansatz (21,4 Mio. Euro). Korrespondierend zu den Umsatzerlösen aus dem Handels- und Leasinggeschäft haben sich entsprechend die Fremdlieferung und die Leasingraten auch überplanmäßig entwickelt (-3,9 Mio. Euro). Zusätzlich sind die Weiterberechnungen aus der Wartung und den sonstigen Fremdleistungen entsprechend der Umsatzerlöse gestiegen (-2,1 Mio. Euro). Darüber hinaus liegen die Wartungskosten mit -0,8 Mio. Euro und die sonstigen Fremdleistungen mit -0,7 Mio. Euro über dem Planniveau. Im Ergebnis liegt der Rohertrag mit 47,7 Mio. Euro um 0,1 Mio. Euro leicht über Planniveau.

Die Personalkosten bleiben mit -31,4 Mio. Euro um 0,5 Mio. Euro unter dem Planansatz. Ursächlich hierfür ist der derzeit immer noch im Vergleich zum Plan (405 MAÄ = Mitarbeiter-äquivalente) niedrigere Mitarbeiterbestand (394 MAÄ).

Die Abschreibungen liegen aufgrund eines geringeren Investitionsvolumens in 2019 bei -4,4 Mio. Euro und somit um 0,3 Mio. Euro geringer als der Planansatz (-4,7 Mio. Euro).

Die sonstigen Aufwendungen liegen mit -8,6 Mio. Euro um 0,5 Mio. Euro über dem geplanten Ansatz von -8,1 Mio. Euro. Dem Grunde nach handelt es sich hierbei um die überplanmäßigen externen Beratungskosten im Rahmen der Fusionsüberlegungen mit Civitec.

Auch die **vote iT**, an der die regio iT die Mehrheitsbeteiligung hält, hat sich im Berichtsjahr wirtschaftlich sehr positiv entwickelt.

E.V.A.:

Die E.V.A. erzielte für das Geschäftsjahr 2019 ein positives Betriebsergebnis (0,2 Mio. Euro). Das operative Dienstleistungsgeschäft der E.V.A. liegt damit deutlich über dem Planwert von -0,3 Mio. Euro. Die Gesamtleistung übertrifft mit 15,5 Mio. Euro den Planansatz von 15 Mio. Euro um 0,4 Mio. Euro. Dies resultiert aus höheren Umsatzerlösen aus Dienstleistungen und aus ungeplanten sonstigen betrieblichen Erträgen. Der Gesamtaufwand fällt in 2019 mit -15,2 Mio. Euro um 0,1 Mio. Euro geringer aus als geplant. Insofern führen geringere Aufwendungen und höhere Umsatzerlöse zu dem leicht positiven Betriebsergebnis.

Das Betriebsergebnis überschreitet das Vorjahresergebnis um 0,2 Mio. Euro.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Konzerngesellschaften werden grundsätzlich dezentral gesteuert. Nachfolgend werden daher die wesentlichen Leistungsindikatoren der einzelnen Gesellschaften (Geschäftsbereiche) dargestellt.

ASEAG:

Zur internen Steuerung der ASEAG werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Betriebsleistung in Nutzkilometer
- Beförderte Personen
- Anzahl Mitarbeiter
- Jahresergebnis

Nachfolgende Tabelle zeigt die Leistungsindikatoren – teilweise mit ergänzenden Informationen:

		Wirtschaftsplan	Jahresabschluss	+/-
Nutz-km eigene Leistung inkl. ESBUS	in tausend	9.276	9.219	-57
Nutz-km angemietete Leistung ohne ESBUS	in tausend	9.773	9.754	-19
	in tausend	19.049	18.973	-76
beförderte Personen	in tausend	71.118	71.437	319
Beförderungserlöse	TEuro	55.598	55.930	332
Zuschüsse	TEuro	8.365	8.790	425
Kosten Treibstoff	TEuro	-5.831	-5.535	296
Kosten Busanmietungen inkl. ESBUS	TEuro	-30.300	-30.750	-450
Mitarbeiteräquivalente (ESBUS)	Anzahl	133	126	-7
Kosten Fahreranmietungen (ESBUS)	TEuro	-5.945	-5.990	-45
Mitarbeiteräquivalente eigene	Anzahl	545	544	-1
Kosten Personal	TEuro	-32.630	-32.349	281
darin enthalten:				
Kosten Altersversorgung	TEuro	-1.647	-2.267	-620
Zinsaufwendungen i.W. Altersversorgung	TEuro	-9.773	-11.387	-1.614
Ergebnis ASEAG	TEuro	-30.546	-30.344	202
darin enthalten:				
Ergebnis APAG	TEuro	1.190	1.702	512
Ergebnis ASEAG-Reisen	TEuro	-46	-135	-89
Ergebnis ESBUS	TEuro	1	58	57

STAWAG:

Für die Steuerung des Konzerns sind die durchgeleiteten und abgesetzten Mengen, die Umsatzerlöse sowie die finanziellen Kennzahlen EBITDA, EBIT und EBT relevant. Deren Entwicklungen sind im Folgenden dargestellt:

Kennzahl	Plan 2019	Ist 2019	Abweichung	Abweichung %
Umsatzerlöse (TEuro)	310.682	319.889	+9.207	+3
EBITDA (TEuro)	-475	-56	+419	+88
EBIT (TEuro)	-6.486	-5.543	+943	+15
EBT (TEuro)	23.089	31.989	+8.900	+39

Sparte (Menge) Vertriebsgeschäft	Plan 2019	Ist 2019	Abweichung	Abweichung %
Strom (Mio. kWh)	826	826	+/-0	+/-0
Gas (Mio. kWh)	1.185	1.204	+19	+2
Wasser (Mio. cbm)*	15	16	+1	+7
Wärmecontracting (Mio. kWh)	8	8	+/-0	+/-0

* Wasser ohne Verlustmengen

Sparte (Menge) Netzdurchleitung	Plan 2019	Ist 2019	Abweichung	Abweichung %
Strom (Mio. kWh)	2.330	2.233	-97	-4
Gas (Mio. kWh)	5.574	5.472	-102	-2

Die Umsatzerlöse der STAWAG liegen im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 319,9 Mio. Euro rund 3 Prozent über dem geplanten Niveau. Der EBIT liegt mit rund -5,5 Mio. Euro um 0,9 Mio. Euro oberhalb des Planwertes, was neben negativen Planabweichungen in den Geschäftsfeldern Kraftwerke/Speicher und im Wärmebereich durch ein höheres Vertriebsergebnis begründet ist. Insgesamt erzielt die STAWAG ein EBT von 32 Mio. Euro und übertrifft damit die Erwartungen um etwa 8,9 Mio. Euro.

Das Vertriebsgeschäft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr die Planwerte erreicht bzw. übertroffen.

Die beschäftigten Mitarbeiter- bzw. die Mitarbeiteräquivalente (MAÄ) der STAWAG beliefen sich – ohne Berücksichtigung des Vorstands, der Auszubildenden und der Aushilfen – zum Jahresende 2019 auf 99,0 MAÄ. Zusätzlich waren zum 31. Dezember 2019 746,7 MAÄ bei den Tochtergesellschaften Regionetz (522 MAÄ), STAWAG Energie (34 MAÄ), FACTUR (189,9 MAÄ) und Eww (1,8 MAÄ) beschäftigt.

Das Durchschnittsalter der Belegschaft der STAWAG beträgt 44,62 Jahre im Geschäftsjahr 2019. Die STAWAG zeichnet sich als Arbeitgeber durch eine geringe Fluktuationsquote aus, die sich in einer durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von rund 13 Jahren niederschlägt.

regio iT:

Eine wesentliche Strategie der regio iT ist die Steigerung der eigenen Wertschöpfung bei gleichzeitig hohem Bestand dauerhafter, mehrjähriger Kundenverträge. Wichtige Indikatoren für die eigene Wertschöpfung sind die Entwicklung des Rohergebnisses und der einzelnen Umsatzsegmente. Nach Abzug des Materialaufwandes von der Gesamtleistung verbleibt im Berichtsjahr ein Rohergebnis von 47,7 Mio. Euro (Vorjahr: 42,5 Mio. Euro). Das geplante Rohergebnis (45,0 Mio. Euro) wurde deutlich übertroffen (+2,7 Mio. Euro).

Die Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb liegen mit 51,2 Mio. Euro ebenfalls über Planniveau (50,2 Mio. Euro). Überplanmäßig haben sich auch die Umsätze aus Handels- und Leasinggeschäft entwickelt. Die geplanten Umsatzerlöse (6,0 Mio. Euro) konnten deutlich um 3,9 Mio. Euro übertroffen werden.

Ein weiterer wichtiger Indikator der eigenen Wertschöpfung ist der Anteil der Umsätze aus Projektleistungen und Beratung. Einem geplanten Umsatz von 8,5 Mio. Euro (12,5 Prozent der Gesamtumsätze) stand ein erzielter Umsatz von 9,6 Mio. Euro gegenüber. Trotz überplanmäßiger Gesamtumsätze entspricht dies einem Anteil von 12,5 Prozent der geplanten Relation.

Demzufolge lag das Ergebnis vor Steuern mit 3,2 Mio. Euro um 0,3 Mio. Euro über dem Planwert (2,9 Mio. Euro). Die Gesamtleistungsrendite (vor Steuern) lag im Berichtsjahr in der Folge bei 4,2 Prozent. Dies liegt somit trotz gegenläufiger Kostensteigerungen aufgrund der Kooperationsgespräche mit dem Civitec nahezu auf Planniveau.

E.V.A.:

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Umsatzerlöse
- Betriebsergebnis
- Beteiligungsergebnis
- Anzahl Mitarbeiter

E.V.A. Leistungsindikatoren		Wirtschaftsplan	Jahresabschluss
Umsatzerlöse	TEuro	15.023	15.303
EBIT	TEuro	-310	233
Beteiligungsergebnis:	TEuro	-7.552	2.953
davon ASEAG	TEuro	-30.546	-30.344
davon STAWAG	TEuro	21.685	31.989
davon regio iT	TEuro	1.143	1.142
davon gewoge	TEuro	166	166
Anzahl Mitarbeiter	MAÄ ¹⁾	115,0	110,8

1) MAÄ = Mitarbeiteräquivalent, entspricht einem Vollzeitmitarbeiter/-in

Die **Umsatzerlöse** aus dem operativen Geschäft der E.V.A. überstiegen mit 15,3 Mio. Euro den Planwert um rund 0,3 Mio. Euro. Sie bestanden aus Erlösen für kaufmännische Dienstleistungen und für Gebäudedienstleistungen in Höhe von 12,4 Mio. Euro (Plan: 12,1 Mio. Euro) und aus Weiterberechnungen an Konzerngesellschaften in Höhe von 2,9 Mio. Euro (Plan: 2,9 Mio. Euro), insbesondere aus weiterberechneten EDV-Kosten in Höhe von 1,9 Mio. Euro sowie aus Beratungsaufwendungen in Höhe von 1 Mio. Euro.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** betrugen 164 TEuro (Plan: 0 Mio. Euro). Diese beinhalten Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (116 TEuro), Erträge aus Erstattungen von Lohnfortzahlungen durch die Krankenkassen (32,9 TEuro) sowie sonstige Erträge.

Die **Gesamtaufwendungen** unterschritten mit 15,2 Mio. Euro den Ansatz aus der Wirtschaftsplanung (15,3 Mio. Euro) um 0,1 Mio. Euro.

- Der Materialaufwand lag um 0,2 Mio. Euro niedriger als geplant (Plan 3,4 Mio. Euro). Begründet war das durch geplante, aber nicht in Anspruch genommene Fremdleistungen im Center Recht und Versicherungen sowie ge-

ringere Fremdleistungen der regio iT im Verwaltungsbereich der E.V.A.

- Der Personalaufwand lag mit 9,3 Mio. Euro um 0,2 Mio. Euro unter dem Plan. Ursächlich hierfür war insbesondere ein um 4,2 Mitarbeiteräquivalent (MAÄ) niedrigerer Personalbestand gegenüber dem Plan (115 MAÄ).
- Die Abschreibungen lagen mit 0,2 Mio. Euro auf Planniveau.
- Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen fielen mit 2,5 Mio. Euro um 0,3 Mio. Euro höher aus als angenommen. Höhere Aufwendungen ergeben sich insbesondere bei den Beratungs- und den Rechtskosten (0,2 Mio. Euro für die Projekte „Optimierung kfm. Organisation“ und „Analyse Digitalisierung Prozesse E.V.A.“) und den Gerichtskosten. Bei den Gerichtskosten handelt es sich insbesondere um eine gebildete Rückstellung für ein steuerliches Prozessrisiko mit dem Finanzamt aus einem Vorgang des Jahres 2000.
- Nach wie vor bestanden in den Dienstleistungszentren Konzernfinanz-/Rechnungswesen und Controlling und im Personalwesen durch die Netzkooperation bewertete freie

Mitarbeiterkapazitäten, denen keine entsprechenden Dienstleistungsumsätze gegenüberstanden. Gegenüber der Planung reduzierten sich die nicht verrechenbaren Kapazitäten im Geschäftsjahr 2019 um rund 1.800 Stunden, da ein rückläufiger Mitarbeiterbestand im Bereich Personalwesen von 0,7 MAÄ sowie im Bereich Konzernfinanz-/Rechnungswesen und Controlling von 1 MAÄ zu verzeichnen ist. Insgesamt liegt das Betriebsergebnis infolgedessen um rund 0,2 Mio. Euro höher als angenommen.

Insgesamt erzielte die E.V.A. für das Geschäftsjahr 2019 ein positives Betriebsergebnis in Höhe von 0,2 Mio. Euro. Das operative Dienstleistungsgeschäft der E.V.A. lag damit deutlich über dem Planwert von -0,3 Mio. Euro.

Das Gesamtergebnis der E.V.A. wird wesentlich geprägt durch die Gewinnabführung bzw. die Verlustübernahme von STAWAG und ASEAG sowie durch die Beteiligungsergebnisse von regio iT und gewoge.

Die E.V.A. weist für 2019 ein **Beteiligungsergebnis** von 3 Mio. Euro (Plan: -7,6 Mio. Euro) aus. Ursächlich für die positive Planabweichung war der Ergebnisbeitrag der STAWAG, der mit 32 Mio. Euro den Plan um 10,3 Mio. Euro überschreitet. Der Verlust der ASEAG für das Geschäftsjahr 2019 fällt mit -30,3 Mio. Euro um 0,2 Mio. Euro niedriger als geplant (-30,5 Mio. Euro) aus. Die regio iT hat aus dem Jahresüberschuss 2018 ein Beteiligungsergebnis in Höhe von 1,1 Mio. Euro an die E.V.A. ausgeschüttet und lag somit auf Planniveau. Der Ergebnisbeitrag der gewoge lag mit 0,2 Mio. Euro ebenso auf Plan.

Der E.V.A.-Konzern beschäftigte zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2019 insgesamt 1.711 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter inklusive Auszubildende und Aushilfen.

Ertragslage

Im Berichtsjahr 2019 wurden neben der E.V.A. insgesamt 18 (Vorjahr: 17) Tochterunternehmen gemäß Aufstellung des Anteilsbesitzes in den Konsolidierungskreis einbezogen. Die Alsdorf Netz GmbH, Alsdorf, (Alsdorf Netz) wird erstmalig in den Konzernabschluss einbezogen.

Die Ertragslage des E.V.A.-Konzerns wurde auch im Berichtsjahr 2019 von den positiven Ergebnisbeiträgen aus der Energieversorgung und den negativen Ergebnisbeiträgen aus dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) bestimmt. Im laufenden Geschäftsjahr ergab sich insgesamt eine negative Ergebnisentwicklung.

Bei der STAWAG lag die Gewinnabführung mit 32 Mio. Euro um 8,2 Mio. Euro über dem Vorjahresergebnis von 23,8 Mio. Euro. Die Steigerung wurde wesentlich durch bessere Ergebnisabführungen der Tochterunternehmen erzielt.

Bei der Regionetz beträgt das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT) nach sonstigen Steuern im abgelaufenen Geschäftsjahr 59,5 Mio. Euro (Vorjahr: 30,4 Mio. Euro). Nach Abzug der Ausgleichszahlung an den außenstehenden Gesellschafter EWV (14,9 Mio. Euro) und den darauf entfallenden Steuern (2,8 Mio. Euro) fließt noch ein Betrag in Höhe von 41,8 Mio. Euro (Vorjahr: 19,8 Mio. Euro) über den geschlossenen Ergebnisabführungsvertrag (EAV) an die STAWAG.

Die ASEAG hat das Geschäftsjahr 2019 mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme von 30,3 Mio. Euro abgeschlossen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverbesserung von 0,9 Mio. Euro. Davon resultieren insgesamt 2,2 Mio. Euro aus einem besseren Betriebsergebnis und mit -1,3 Mio. Euro aus einem gegenläufigen Finanz- und Beteiligungsergebnis, wovon 1 Mio. Euro auf einen höheren Zinsaufwand aus den Pensionsverpflichtungen zurückzuführen ist.

Der Konzern-Umsatz erhöhte sich im Geschäftsjahr um 35,1 Mio. Euro bzw. 5,3 Prozent auf 694,4 Mio. Euro (Vorjahr: 659,3 Mio. Euro).

Ausschlaggebend für die Umsatzerhöhung ist hierbei im Wesentlichen die Umsatzentwicklung bei der Regionetz, bei der STAWAG, bei der ASEAG und bei der FACTUR. Die Umsatzentwicklung bei der STAWAG Energie und bei der APAG waren hingegen rückläufig.

Bei der STAWAG wurden im Stromgeschäft die Verkaufspreise im Tarifikundensegment zum 1. Februar 2019 aufgrund der Weitergabe von Kostensteigerungen erhöht. Die erzielten Umsatzerlöse aus diesem Segment konnten die rückläufigen Umsätze bei den Sondervertragskunden im Geschäftsjahr überkompensieren. Trotz der guten Konjunkturentwicklung, der erfolgreichen Kundenbindung und der Kundenrückgewinnung waren die Absatzmengen im Tarifikundengeschäft leicht rückläufig. Im Sonderkundengeschäft waren die Absatzmengen – vor allem bei Fahrplanlieferungen – gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Insgesamt fällt das Stromvertriebsergebnis mit einer Steigerung von rund 2,6 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr leicht besser aus. Bei der Stromvermarktung aus dem konventionellen Kraftwerksbereich nahmen die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr um 1,8 Mio. Euro zu.

Aufgrund gestiegener Bezugskosten wurden im Gasgeschäft die Verkaufspreise zum 1. Oktober 2019 erhöht. Im Tarifikundensegment konnten die durch die kühlere Witterung bedingten größeren Absatzmengen weitere Kundenabgänge kompensieren. Die Umsatzerlöse konnten trotz rückläufiger Absatzmengen im Sondervertragskundensegment gegenüber dem Vorjahr – insbesondere durch die Preisanpassung – um rund 2,2 Mio. Euro gesteigert werden.

In der Sparte Fernwärme gab es eine Preiserhöhung zum 1. Juli 2019. Die gestiegenen Verkaufspreise konnten die rückläufigen Ab-

satzmengen kompensieren, sodass die Umsatzerlöse auf Vorjahresniveau lagen.

Seit der letzten Erhöhung der allgemeinen Wasserpreise zum 1. März 2017 blieben die Preise im Berichtsjahr konstant. Der Umsatz stieg aufgrund der trockenen Witterung im Berichtsjahr um 0,5 Mio. Euro.

Der Umsatz in der Sparte Stadtentwässerung erhöhte sich um rund 3,9 Mio. Euro und betrug 20,8 Mio. Euro.

Bei der Regionetz wurden im Geschäftsjahr insgesamt 2.233 GWh, und damit etwa 2,63 Prozent weniger als noch im Geschäftsjahr 2018, aus dem von der Regionetz betriebenen Stromnetz ausgespeist. Im Gasbereich betrug die von der Regionetz abgewinkelte Netzdurchleitung für insgesamt 250 Lieferanten (Vorjahr: 251) und zwei Netzkunden (Vorjahr: ebenfalls 2) mit direktem Netznutzungsvertrag insgesamt 5.472 GWh und damit etwa 1 Prozent mehr als noch im Jahr 2018. Die Umsatzerlöse der Regionetz betrugen im abgelaufenen Geschäftsjahr für alle Medien gemeinsam 375,6 Mio. Euro.

Die Umsatzerlöse der ASEAG aus Verkehrseinnahmen stiegen aufgrund der Tarifierhöhung von nominal 2,7 Prozent zuzüglich Zuschüsse im Vergleich zum Vorjahr um 2 Mio. Euro auf 65,8 Mio. Euro. Die sonstigen Umsatzerlöse, wie zum Beispiel für Fahrzeugvermietungen, für Sonderverkehre und für Leistungen für andere Verkehrsunternehmen lagen mit rund 5,6 Mio. Euro unverändert auf dem Vorjahresniveau.

Bei der APAG lagen die Umsatzerlöse des Jahres 2019 mit 14,5 Mio. Euro um 1,3 Mio. Euro (10,1 Prozent) über dem Vorjahreswert. Bei den Kurzparkern stiegen die Erlöse insgesamt um 0,5 Mio. Euro (4,8 Prozent), bei den Dauerparkern erhöhten sich die Erlöse hingegen um 0,2 Mio. Euro (6,6 Prozent).

Bei der FACTUR belaufen sich im Geschäftsjahr 2019 die konzernfremden Umsätze auf

8,8 Mio. Euro. Im Vergleich zum Vorjahreswert von 5,3 Mio. Euro beträgt die Differenz 3,5 Mio. Euro. Ursächlich für diese Steigerung ist unser Kunde MONTANA, der seit Juli 2018 Prozessdienstleistungen von uns bezieht. Die Umsätze mit verbundenen Unternehmen erreichen im Jahr 2019 ein Volumen von 16,1 Mio. Euro (Vorjahr: 15,2 Mio. Euro). Diese Veränderung von 0,9 Mio. Euro resultiert aus gestiegenen Beratungsprojekten. Insgesamt bewegt sich der Gesamtumsatz im Jahr 2019 mit 25 Mio. Euro (Vorjahr: 20,5 Mio. Euro) um 4,5 Mio. Euro über dem Niveau des Jahres 2018.

Die sonstigen betrieblichen Erträge im Konzern verringerten sich um 6,8 Mio. Euro auf 22,2 Mio. Euro. Sie beinhalten unter anderem die Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 7,5 Mio. Euro, die Anlagenabgänge in Höhe von 1,6 Mio. Euro, die Zuschüsse in Höhe von 1,5 Mio. Euro sowie die sonstigen periodenfremden Erträge in Höhe von 2,8 Mio. Euro.

Die Materialaufwendungen des Konzerns erhöhten sich um 11,7 Mio. Euro auf 436,4 Mio. Euro. Hierbei entfielen auf bezogene Waren 229,5 Mio. Euro (Vorjahr: 215,5 Mio. Euro) und auf bezogene Leistungen 206,9 Mio. Euro (Vorjahr: 209,2 Mio. Euro).

Im Geschäftsjahr 2019 beschäftigte der E.V.A.-Konzern im Konsolidierungskreis im Jahresdurchschnitt 1.622 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 1.585), 46 Auszubildende und 39 Aushilfen. Die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse (ohne Auszubildende und Aushilfen) stiegen insgesamt um 37 gegenüber dem Vorjahr. Bei der Bewertung der Pensionsrückstellung wurden im Berichtsjahr die neuen Heubeck-Richttafeln RT 2018 angewandt. Der Personalaufwand verringerte sich geringfügig im Berichtsjahr um insgesamt 0,2 Mio. Euro auf 122,9 Mio. Euro.

Die planmäßigen Abschreibungen des Anlagevermögens erhöhten sich um 0,9 Mio. Euro auf 42 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich leicht um 0,9 Mio. Euro auf 86,4 Mio. Euro. Sie beinhalten im Wesentlichen die Konzessionsabgaben in Höhe von 24,8 Mio. Euro (Vorjahr: 24,6 Mio. Euro), die Aufwendungen für Beratungs- und für Prüfungskosten in Höhe von 7,9 Mio. Euro (Vorjahr: 6,1 Mio. Euro) und für Marketingmaßnahmen in Höhe von 3,9 Mio. Euro (Vorjahr: 3,4 Mio. Euro) sowie für Versicherungsprämien in Höhe von 3,1 Mio. Euro (Vorjahr: 2,9 Mio. Euro). Die periodenfremden Aufwendungen betragen 0,4 Mio. Euro (Vorjahr: 1,1 Mio. Euro).

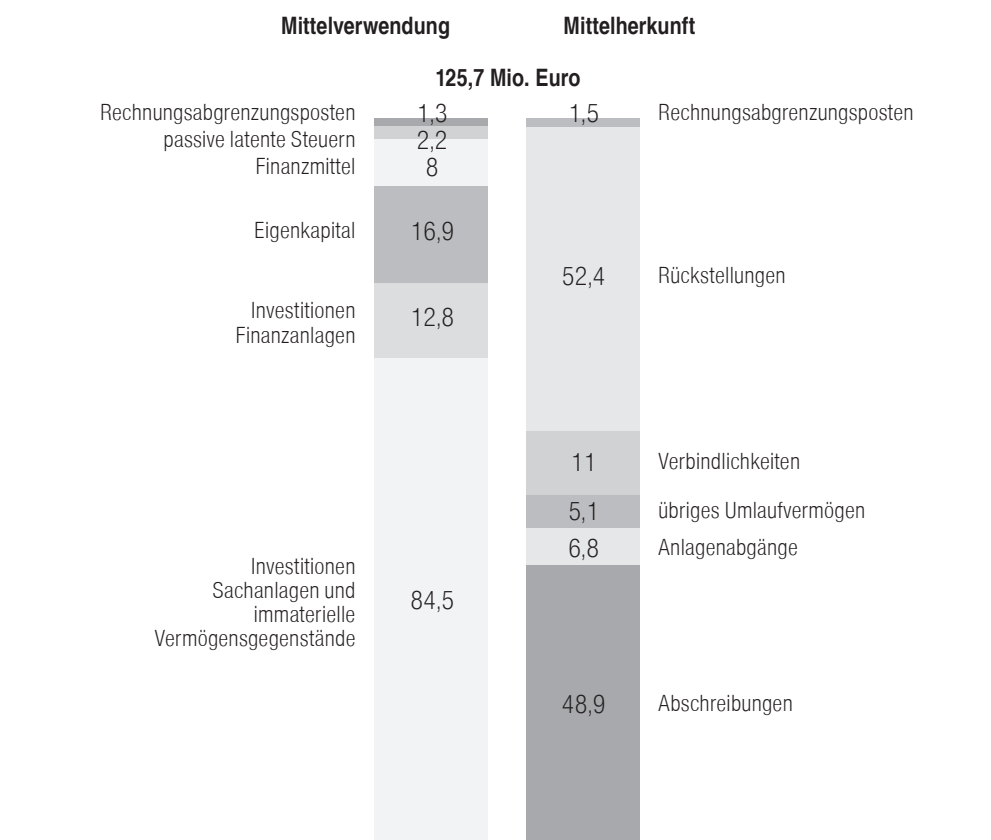
Das Betriebsergebnis erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 22,2 Mio. Euro auf nunmehr 44,5 Mio. Euro.

Das Finanzergebnis hat sich um 11 Mio. Euro auf -40 Mio. Euro verschlechtert. Das schlechtere Finanzergebnis resultiert im Wesentlichen aus dem negativen Zinsergebnis in Höhe von -45,7 Mio. Euro (Vorjahr: -41,4 Mio. Euro) sowie aus dem rückläufigen Beteiligungsergebnis von 10,7 Mio. Euro (Vorjahr: 13,8 Mio. Euro). Die gesamten Zinsaufwendungen zu Pensionsrückstellungen betragen im Berichtsjahr 38,5 Mio. Euro (Vorjahr: 34,8 Mio. Euro).

Das Konzernergebnis vor Steuern beträgt 4,6 Mio. Euro und liegt damit um 11,3 Mio. Euro unter dem Vorjahresergebnis.

Die Ertragsteuern betragen insgesamt 15,2 Mio. Euro und beinhalten Erstattungsansprüche für Vorjahre in Höhe von -0,1 Mio. Euro (Vorjahr: -1,3 Mio. Euro).

Finanzlage



Im Jahr 2019 belief sich das Finanzierungsvolumen des E.V.A.-Konzerns auf 125,7 Mio. Euro. Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und in Sachanlagen betrugen insgesamt 84,5 Mio. Euro und betrafen Erneuerungen und Ertüchtigungen in die Strom-, die Gas-, die Wasser- und die Wärmenetze sowie in das Straßenbeleuchtungsnetz bei der Regionetz und bei der STAWAG in Höhe von rund 52,9 Mio. Euro. Weitere Investitionen erfolgten bei der ASEAG für Fahrzeuge des Personennahverkehrs mit Elektroantrieb und konventionellem Antrieb in Höhe von 15,1 Mio. Euro. Darüber hinaus erfolgten weitere Investitionen in das Finanzanlagevermögen aus Beteiligungen, vornehmlich an Windparkgesellschaften bei der STAWAG Energie. Die diesbezüglichen Geschäftsanteile an

Windparkgesellschaften, die zur Veräußerung anstehen, werden im Umlaufvermögen ausgewiesen.

Zur weiteren Optimierung der kurz- und mittelfristigen Finanzierungsstrategie besteht ein konzernweites zweistufiges Cash-Pooling-System bei der E.V.A., in das alle Konzerngesellschaften außer die Regionetz sowie die Solar- und Windparkgesellschaften, eingebunden sind. Das Cash-Pooling-System verwaltet alle liquiden Mittel und stellt den notwendigen Betriebsmittelbedarf den Konzerngesellschaften zur Verfügung.

Bei der Mittelherkunft standen insgesamt 55,7 Mio. Euro aus Abschreibungen und aus Anlagenabgängen sowie weitere 52,4 Mio. Euro aus höheren Rückstellungen zur Verfügung. Bei

den Rückstellungen entfallen auf die Zunahme bei den Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen 29,3 Mio. Euro, bei den Steuern 9,1 Mio. Euro und bei den sonstigen Rückstellungen 14 Mio. Euro. In den sonstigen Rückstellungen sind Drohverlustrückstellungen der STAWAG aufgrund der Beteiligung an der Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG, Lünen, (TKL) aus dem konventionellen Stromerzeugungsbereich, aus Stromlieferverträgen und aus Betriebsführungsverträgen sowie aus der Beteiligung an der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG, Aachen, (TGE) für die Bewirtschaftung des Gasspeicherbetriebs enthalten.

Ferner standen Finanzierungsmittel aus Verbindlichkeiten in Höhe von 11 Mio. Euro und aus dem Umlaufvermögen in Höhe von 5,1 Mio. Euro zur Verfügung.

Die gestiegenen Verbindlichkeiten resultieren mit 23 Mio. Euro aus höheren Darlehensschulden und mit 0,3 Mio. Euro aus Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen. Gegenläufig hierzu waren die übrigen Bilanzposten aus dem Verbindlichkeitspiegel in Höhe von 12,3 Mio. Euro. Bei den bestehenden kurzfristigen Betriebsmittelkreditlinien gegenüber Kreditinstituten profitierte der Konzern weiterhin von dem geringen Zinsniveau auf dem Geld- und Kapitalmarkt. Neben den Finanzmitteln aus dem laufenden Cash-Pool-System standen bereits in 2017 prolongierte langfristige Kreditlinien zur Verfügung. Im E.V.A.-Konzern werden derivative Finanzinstrumente in Form von Commodity-Swap-Geschäften zur Absicherung von Zinsrisiken aus Darlehen eingesetzt.

Vermögenslage

	Vermögen	Kapital	
Rechnungsabgrenzungsposten	8,1	4,1	Rechnungsabgrenzungsposten
übriges Umlaufvermögen	195,7	212,9	kurzfristige Rückstellungen/ Verbindlichkeiten
Guthaben bei Kreditinstituten	49,6	40,6	latente Steuern
immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	760,1	642,1	langfristige Rückstellungen/ Verbindlichkeiten
Finanzanlagen	163,8	41,7	Zuschüsse
		235,9	Eigenkapital

Die Bilanzsumme des Konzerns erhöhte sich zum Bilanzstichtag um 45,7 Mio. Euro (4 Prozent) auf 1.177,3 Mio. Euro.

Das Sachanlagevermögen in Höhe von insgesamt 750,2 Mio. Euro wird von den technischen Netzanlagen der Regionetz in Höhe von 319 Mio. Euro dominiert. Zusammen mit den immateriellen Vermögensgegenständen in Höhe von 9,9 Mio. Euro ergeben sich insgesamt 64,6 Prozent des Gesamtvermögens. Die Finanzanlagen betreffen im Wesentlichen die nichtkonsolidierten Beteiligungen der STAWAG und der STAWAG Energie an Energieerzeugungsgesellschaften und an Stadtwerken und betragen 13,9 Prozent der Bilanzsumme. Die restlichen Vermögensanteile resultieren mit 4,2 Prozent aus liquiden Mitteln, mit 16,6 Prozent aus dem sonstigen Umlaufvermögen und mit 0,7 Prozent aus dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Die Kapitalseite besteht zu 54,6 Prozent aus langfristigen Mitteln, die im Wesentlichen mit 370 Mio. Euro aus Pensionsrückstellungen, mit 224,8 Mio. Euro aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, mit 12,5 Mio. Euro aus Darlehensschulden gegenüber Gesellschaftern sowie mit 24 Mio. Euro aus Darlehen aus Stiftungsmitteln, die durch die Stadt Aachen verwaltet werden, resultieren. Die Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung des passiven Unterschiedsbetrages aus der Kapitalkonsolidierung beträgt 20 Prozent. Damit ist das Anlagevermögen zu 95 Prozent durch langfristige Mittel gedeckt.

Die restlichen Mittel bestehen mit 18,2 Prozent aus kurzfristigen Rückstellungen und aus Verbindlichkeiten, mit 3,5 Prozent aus Zuschüssen, mit 3,4 Prozent aus latenten Steuern sowie mit 0,3 Prozent aus dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten.

III. Prognosebericht

Im Frühjahr 2020 ist die Weltwirtschaft von der bestehenden Corona-Pandemie geprägt. Die zuvor erkennbaren Anzeichen für eine Belebung der Konjunktur haben sich im Februar mit der Umsetzung von weitreichenden Maßnahmen zur Eindämmung der Viruserkrankungen in China abrupt umgekehrt. Zwischenzeitlich werden nahezu überall Maßnahmen ergriffen, um die Ausbreitung zu verlangsamen. In Deutschland ist die Atemwegserkrankung COVID-19 seit dem 28. Januar 2020 präsent, nachdem ein Infektionsfall bei einem Mitarbeiter des Automobilzulieferers Webasto bekannt wurde. Nachdem das Robert-Koch-Institut das Gesundheitsrisiko in Deutschland zunächst als gering bis mäßig bewertete, wird das Risiko für die Bevölkerung in Deutschland seit dem 17. März 2020 als hoch und für Risikogruppen als sehr hoch bezeichnet. Mit Beginn der Fallhäufung und zum Abbremsen der Infektionswelle hat der Staat die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten in Deutschland stark eingeschränkt. Das Wirtschaftsinstitut ifo rechnet in seinem Frühjahrsgutachten mit einem Rückgang des deutschen BIPs von 4,2 Prozent. Die Rezession hinterlässt dabei ebenso deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt und im Staatshaushalt. Es wird derzeit davon ausgegangen, dass die Arbeitslosenquote auf 5,9 Prozent und die Zahl der Kurzarbeiter auf 2,4 Millionen ansteigen wird. Die finanzpolitischen Stabilisierungsmaßnahmen führen in diesem Jahr zu einem Rekorddefizit im gesamtstaatlichen Haushalt von 159 Milliarden Euro.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung analysiert in seinem Sondergutachten vom 22. März 2020 die aktuellen gesundheitspolitischen Maßnahmen aufgrund der Corona-Pandemie und deren ökonomische Auswirkungen. Geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen werden

diskutiert. Vor dem Hintergrund der schwierigen Datenlage und der damit einhergehenden Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung stellt der Sachverständigenrat drei Szenarien für die wirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 2020 und 2021 in Deutschland vor, die auf unterschiedlichen Annahmen über Ausmaß und Dauer der Beeinträchtigung durch das Corona-Virus sowie über die darauffolgende Erholung basieren.

Das Basisszenario ist, ausgehend von der aktuellen Informationslage, das wahrscheinlichste Szenario. Im Basisszenario wird davon ausgegangen, dass sich die wirtschaftliche Lage im Laufe des Sommers normalisiert, sodass es für das Jahr 2020 zu einem Wachstum des BIPs in Höhe von -2,8 Prozent kommt. Für das Folgejahr wäre aufgrund von Aufholeffekten und eines hohen statistischen Überhangs das Erreichen eines BIPs von 3,7 Prozent möglich.

Im Risikoszenario „ausgeprägtes V“ wird ein stärkerer Einbruch des Wirtschaftswachstums im ersten Halbjahr unterstellt. In diesem Szenario wird davon ausgegangen, dass es zu großflächigen Produktionsstillegungen kommt oder die einschränkenden Maßnahmen länger als derzeit geplant aufrechterhalten werden. Die Folge wäre eine Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal, die bis zu 10 Prozent unterhalb des derzeitigen Niveaus liegt. Unter Berücksichtigung von Aufholeffekten würde sich ein jahresdurchschnittlicher Rückgang des BIPs um -5,4 Prozent ergeben. Im Jahr 2021 würden weitere Aufholeffekte und ein statistischer Überhang von 1,1 Prozentpunkten das BIP dann um 4,9 Prozent wachsen lassen.

Im Risikoszenario „langes U“ wird angenommen, dass die Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus über den Sommer hinaus andauern. Bei diesem Szenario sieht der Sachverständigenrat die Gefahr, dass es trotz der bishe-

rigen politischen Maßnahmen zu tiefgreifenden Beeinträchtigungen der Wirtschaftsstruktur durch Insolvenzen und Entlassungen kommt. Darüber hinaus könnten aufgrund verschlechterter Finanzierungsbedingungen Investitionen erschwert werden und zur Kaufzurückhaltung bei Haushalten führen. Reaktionen der Finanzmärkte und des Bankensystems könnten diese Effekte noch verstärken. Das BIP würde bei diesem Szenario in 2020 -4,5 Prozent betragen. Eine wirtschaftliche Erholung würde erst in 2021 folgen, wobei das BIP nur ein Wachstum von 1 Prozent aufweisen würde.

(Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Sondergutachten 2020: Die gesamtwirtschaftliche Lage angesichts der Corona-Pandemie, vom 22. März 2020)

Die Lage der Unternehmen im Jahr 2020 in der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen ist zunehmend durch die Corona-Pandemie geprägt, wenn auch die wirtschaftliche Situation und die möglichen Folgen der Corona-Pandemie nicht ganz so negativ beurteilt werden wie im Bundesdurchschnitt.

In der Presseinformation vom 1. April 2020 stellte die IHK Aachen das Ergebnis der jüngsten regionalen Blitzumfrage zur wirtschaftlichen Lage aufgrund der Corona-Pandemie vor:

87 Prozent der befragten Unternehmer aus der Region geben an, dass die aktuelle Situation Auswirkungen auf ihren Betrieb hat. 76 Prozent der Unternehmer gehen jetzt von konkreten Umsatzrückgängen in diesem Jahr aus: Über 50 Prozent der Unternehmer erwarten einen Umsatzrückgang von bis zu 25 Prozent, rund 14 Prozent der Unternehmer gehen sogar von einem Einbruch um mehr als 50 Prozent aus und rund 12 Prozent der Unternehmer ist in Sorge vor einer drohenden Insolvenz.

Erste Hilfe bieten die Maßnahmen des Bundes und der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Allein die NRW-Soforthilfe ist bereits von 342.852 Unternehmern beantragt worden, davon wurden bislang rund 282.000 Anträge genehmigt. Im Regierungsbezirk Aachen, Bonn und Köln sind es aktuell 97.286 Anträge, von denen mehr als die Hälfte schon genehmigt worden sind. Für Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten gilt die Soforthilfe nicht und Kredite im banküblichen Verfahren werden bei Umsätzen nahe Null und unsicherer Perspektive nicht gewährt, wodurch die Liquidität zunehmend gefährdet ist.

Weitere Ergebnisse der Umfrage der IHK Aachen: Nahezu 60 Prozent der hiesigen Unternehmer befürchten einen Nachfragerückgang, knapp die Hälfte erwartet Ausfälle durch fehlende Mitarbeiter, Stornierungen von Aufträgen und ein Aufschieben notwendiger Investitionen. Rund ein Drittel der Befragten rechnet mit Liquiditätsengpässen und logistischen Herausforderungen, sei es bei Lieferungen oder aufgrund fehlender Waren und Dienstleistungen.

Von den angekündigten Hilfsmaßnahmen haben vor allem das Kurzarbeitergeld (77 Prozent), die Stundung beziehungsweise Herabsetzung von Vorauszahlungen (60 Prozent) sowie Soforthilfen in Form von Zuschüssen (49 Prozent) die höchste Relevanz für die Betroffenen in der Region.

Eine weitergehende Prognose über die derzeitige Lage der Unternehmen in der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen zu treffen, ist aufgrund der Corona-Pandemie nicht möglich. Ein Ende der einschränkenden Maßnahmen ist im Moment nicht absehbar.

In der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2020 wird für die E.V.A. von einem positiven Betriebsergebnis in Höhe von 0,8 Mio. Euro ausgegangen. Ursache hierfür sind im Wesentlichen höhere sonstige betriebliche Erträge, die sich mit rund 1 Mio. Euro aus dem Verkauf von 3 Prozent der regio iT-Anteile am Zweckverband Civitec ergeben. Des Weiteren bestehen nach wie vor durch die Netzkooperation nicht verrechenbare Kapazitäten im kaufmännischen Bereich an andere Konzerngesellschaften, die einen Minderumsatz von -0,1 Mio. Euro ergeben.

Ferner wurden ein negatives Beteiligungsergebnis in Höhe von -12,1 Mio. Euro und ein negatives Zinsergebnis von -1,3 Mio. Euro in der Planung berücksichtigt. Für das laufende Geschäftsjahr 2020 ergibt sich gemäß Wirtschaftsplanung somit ein Jahresfehlbetrag vor Steuern in Höhe von -12,6 Mio. Euro und unter Berücksichtigung der geplanten Steueraufwendungen in Höhe von -5,9 Mio. Euro ein Jahresfehlbetrag nach Steuern von -18,5 Mio. Euro. Um die Hälfte des Stammkapitals zu sichern, wurde eine Ausgleichszahlung durch die Stadt Aachen in Höhe von 18,1 Mio. Euro angenommen, sodass der geplante Jahresfehlbetrag nach Ausgleichszahlung 0,3 Mio. Euro beträgt.

Ohne Berücksichtigung von Geschäftsführern, Auszubildenden und Aushilfskräften wird die geplante Personalstärke zum Ende des Geschäftsjahres 2020 118,7 Mitarbeiteräquivalente betragen.

Die **ASEAG** weist im Wirtschaftsplan für den Zeitraum von 2020 bis 2024 jährliche negative Ergebnisse zwischen 33 Mio. Euro und 35,4 Mio. Euro aus. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen geht die ASEAG jedoch nicht davon aus, dass sie den geplanten Verlust in Höhe von -33 Mio. Euro im Geschäftsjahr 2020 halten kann. Abweichend von der bisherigen Planung für das Geschäftsjahr 2020 ist es im ersten Quartal 2020 zum Ausbruch der Corona-Krise in Europa und auch in Deutschland gekommen. Weiterhin hat es einen Preiseinbruch an den Ölmärkten gegeben. Hierdurch wird die Beschaffung von Diesel vermutlich deutlich günstiger ausfallen, als in der Planung berücksichtigt. Dieser positive Effekt wird aber durch die zu erwartenden negativen Effekte auf der Umsatzseite voraussichtlich deutlich überkompensiert. Mit den Schulschließungen Mitte März 2020 und den darüber hinaus beschlossenen Maßnahmen der Regierungen zur Eindämmung der Pandemie ist davon auszugehen, dass das öffentliche Leben weitestgehend zum Erliegen kommt. In Abhängigkeit von der Zeitdauer bis zur Aufhebung dieser Maßnahmen könnte sich ein Schaden von vermutlich mehreren Millionen Euro einstellen. Die monatlichen kassentechnischen Einnahmen im Barsegment liegen bei 1,2 Mio. Euro. Im Barsegment werden die typischen Gelegenheitskunden betreut. Hinzu kommen Wochen- und Monatskarten, die nicht über ein Abonnement (ABO) bezogen werden und insofern von einer zügigen Reaktion der Kunden auf die Pandemie-Situation auszugehen ist. Die kassentechnischen Einnahmen liegen hier bei 0,9 Mio. Euro pro Monat, sodass insgesamt ein monatlicher Umsatz von 2,1 Mio. Euro im Risiko steht. Das Segment der Dauerkunden (Schüler, Studenten, Job-Ticket, ABO) mit einem monatlichen Umsatz von ca. 3,3 Mio. Euro wird dagegen vorerst als einigermaßen konstant angesehen.

Mit zunehmender Dauer der Einschränkungen sind aber auch hier Umsatzrückgänge zu erwarten. Durch den Sachverhalt der Einnahmenteilung im AVV kann es überdies zu weiteren Verwerfungen in Abhängigkeit von Verkaufszahlen Dritter kommen.

Auch das Beteiligungsergebnis der APAG wird durch die Pandemie-Maßnahmen wahrscheinlich nachhaltig belastet werden. Eine konkrete Aussage kann hier jedoch noch nicht gemacht werden. Fehlender Umsatz schlägt sich aufgrund der hohen Fixkosten des Parkhausbetriebs jedoch nahezu vollständig auf das Ergebnis nieder. Ob und inwieweit zum Beispiel Kosten von Subunternehmern reduziert werden können oder durch Kurzarbeitergeld die Möglichkeit besteht, öffentliche Unterstützung zu erhalten, ist derzeit vollkommen ungeklärt.

Die Energieversorgung im Aachener Stadtgebiet und im städteregionalen Umfeld ist durch die Corona-Krise weder gefährdet noch beeinträchtigt. Die STAWAG hat hierfür, wie viele andere Stadtwerke und Verteilnetzbetreiber auch, entsprechende Maßnahmen ergriffen, um eine möglichst geringe Gefährdung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicherzustellen.

Mögliche mit der Corona-Krise verbundenen Ertragseinbußen der STAWAG können derzeit noch nicht quantifiziert werden. Neben erwarteten rückläufigen Absatz- und Durchleitungsmengen, insbesondere im Gewerbe- und Industriekundenbereich, bestehen auch höhere Risiken durch Forderungsausfälle. Gegenläufig können sich dagegen erhöhte Absatzmengen im Privatkundensegment, maßgeblich im Strombereich, auswirken. Da eine belastbare Einschätzung über den Geschäftsverlauf aktuell nicht möglich ist, beschränken sich nachfolgend aufgezeigte Mengenentwicklungen und finanziellen Kennzahlen auf die in der Wirtschaftsplanung 2020 zugrunde gelegten Planwerte.

Aus vertrieblicher Sicht ist aufgrund von erwarteten Kundenverlusten im Privat- und Gewerbekundenbereich und einer Fokussierung auf kleine bis mittelgroße Abnehmer mit entsprechenden Renditeanforderungen im Strombereich ein Mengenrückgang gegenüber dem Vorjahr zu erwarten. Auch in der Gassparte ist von einem leichten Kundenrückgang auszugehen. Im Wasserbereich wird gegenüber dem Vorjahr mit einem nahezu eingeschwungenen Verbrauch bei gleichbleibendem Kundenbestand gerechnet. Lediglich im Bereich Wärmecontracting ist aufgrund von Akquiseerfolgen im Geschäftsjahr 2019 ein Mengenzuwachs zu erwarten.

Mengenentwicklung Vertriebsgeschäft

Sparte	Ist 2019	Plan 2020	Abweichung	Abweichung %
Strom (Mio. kWh)	826	690	-136	-17
Gas (Mio. kWh)	1.204	1.148	-56	-5
Wasser (Mio. cbm)*	16	15	-1	-6
Wärmecontracting (Mio. kWh)	8	11	3	+38

* Wasser ohne Verlustmengen

Bei den Netzausspeisungen wird, bereinigt um entsprechende Witterungseffekte, im Strombereich eine weitgehend konstante Entwicklung erwartet. Für den Gasbereich ergibt sich infolge erwarteter zusätzlicher Erschließungsgebiete und einer zunehmenden Verdichtung des bestehenden Gasnetzes eine leicht ansteigende Netzausspeisung.

Netzausspeisung Regionetz

Sparte	Ist 2019	Plan 2020	Abweichung	Abweichung %
Strom (Mio. kWh)	2.233	2.265	32	+2
Gas (Mio. kWh)	5.472	5.514	42	+1

Insgesamt wird die operative Ertragskraft der STAWAG auch im Geschäftsjahr 2020 durch hohe Aufwendungen für die Altersversorgung infolge der anhaltenden Niedrigzinsphase, sowie durch Verluste im konventionellen Erzeugungsbereich belastet. Die STAWAG wird sich im Bereich der erneuerbaren Energien weiterhin engagieren, ihr hohes Know-how in der Projektentwicklung wirtschaftlich attraktiver Projekte im Bereich der Onshore-Windkraft und der Photovoltaik zu nutzen. Aufgrund der erwarteten wirtschaftlich negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie ist für das Geschäftsjahr 2020 davon auszugehen, dass der geplante Ergebnisbeitrag von rund 24,3 Mio. Euro voraussichtlich nicht in voller Höhe erreicht werden kann.

Finanzielle Kennzahlen

Kennzahl	Ist 2019	Plan 2020	Abweichung	Abweichung %
Umsatzerlöse (TEuro)	319.889	296.629	-23.260	-7
EBITDA (TEuro)	-56	-3.263	-3.207	-5.727
EBIT (TEuro)	-5.543	-9.187	-3.644	-65
EBT (TEuro)	31.989	24.333	-7.656	-24

Die STAWAG wird im Geschäftsjahr 2020 weiterhin das stetige Ziel verfolgen, die einzelnen Geschäftsfelder vor dem Hintergrund der sich zunehmend ändernden Marktbedingungen weiterzuentwickeln und zu optimieren. Neben der Fortsetzung des Ausbaus der erneuerbaren Energien und der Projektentwicklung sowie der Stabilisierung des vertrieblichen Stammgeschäftes liegt ein Schwerpunkt der STAWAG auf der Steuerung und Weiterentwicklung der Regionetz und auf der Nutzung weiterer Synergiepotenziale. Eine weiterhin positive Ergebnisentwicklung erwartet die STAWAG auch aus ihren wachsenden Geschäftsaktivitäten im Bereich der Rekommunalisierung und im energiewirtschaftlichen Kundenservice sowie im Prozess- und Dienstleistungsbereich.

Die **regio iT** setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden sowie den Ausbau der Wertschöpfungstiefe bei Bestandskunden auch weiterhin organisch zu wachsen. Auch Fusionen, Kooperationen und Partnerschaften mit Partnern in kommunaler Trägerschaft steht die regio iT weiterhin offen gegenüber. Zum 1. Januar 2020 hat die regio iT den IT-Geschäftsbetrieb des Civitec Zweckverbandes für kommunale Informationstechnik im Wege eines Asset-Deals erworben. Civitec war als strategischer Partner und Kunde bereits bisher mit 1 Prozent der Geschäftsanteile an der regio iT beteiligt, stockt im Gegenzug seine Anteile an der regio iT auf 18 Prozent der Ge-

schaftsanteile auf. Die regio iT firmiert weiterhin unter dem im Markt etablierten Namen. Der Vertrag wurde am Freitag, dem 20. Dezember 2019 in Aachen notariell beurkundet. Als nun größter kommunaler IT-Dienstleister in Nordrhein-Westfalen betreut die regio iT künftig mehr als 14 Mio. Einwohner in NRW direkt und indirekt mit Services. Die neue regio iT beschäftigt rund 630 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Unternehmenssitz in Aachen, in den Niederlassungen in Siegburg und Gütersloh sowie in vier weiteren Geschäftsstellen.

Auch für den Markt der Informationstechnik wird von einem weiteren Wachstum ausgegangen. Mit einem voraussichtlichen Umsatz von 95,4 Milliarden Euro und einem Wachstum von 2,7 Prozent im Jahr 2020 ist dieser nach wie vor Wachstumstreiber der ITK- Branche. Mit einem Volumen von 27,6 Milliarden Euro legt das Software-Segment voraussichtlich auch in 2020 kräftig zu und wird mit Abstand am meisten nachgefragt (+6,4 Prozent). Auch die IT-Services verzeichnen mit einem voraussichtlichen Plus von 2,4 Prozent ein ordentliches Wachstum auf ein Marktvolumen von 41,9 Milliarden Euro. Stärkstes Wachstumsthema wird die digitale Transformation sein. In diesem Themenfeld investieren insbesondere auch die deutschen Behörden, denn es besteht immer noch Nachholbedarf. Experten gehen davon aus, dass sich mittels Digitalisierung die Aufwände für öffentliche Dienstleistungen bei Behörden und Bürgern um die Hälfte reduzieren ließen.

Ein Engpassfaktor für das Wachstum ist jedoch nach wie vor der Fachkräftemangel. Grundlage der Markteinschätzung für 2019/2020 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM. Darüber hinaus ist die regio iT auch in 2020 bei innovativen und geförderten Forschungsprojekten in Konsortien vertreten.

Die folgenden finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und für die Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für das Jahr 2020 prognostiziert (monetäre Werte in Mio. Euro).

Finanzielle Leistungsindikatoren (Mio. Euro)

	Ist 2019	Plan 2020*	Abw. I/P abs.	Abw. I/P %
Gesamtumsatz	76,3	100,1	23,8	31,2
davon				
Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb	51,2	79,5	28,3	55,3
Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	9,6	9,5	-0,1	-1,0
Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft	9,9	7,5	-2,4	-24,3
Anteil Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	12,5 %	9,5 %	-	-
Rohergebnis/-ertrag ¹⁾	47,7	67,3	19,6	41,1
Personalkostenquote ²⁾	41,2 %	46,0 %	-	-
Ergebnis vor Steuern	3,2	1,7	-1,5	-46,9
Gesamtleistungsrendite (vor Steuern)	4,2 %	1,7 %	-	-

1) Rohergebnis = (Umsatz + sonstige Erträge + aktivierte Eigenleistungen/Bestandsveränderungen) ./ Materialaufwand

2) Personalkostenquote = Personalkosten (inkl. fremdl. Beamte) / Umsatz

* inkl. Geschäftsbetrieb civitec

Für das Geschäftsjahr 2020 plant die regio iT bei den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb mit 79,5 Mio. Euro eine Steigerung von 28,3 Mio. Euro aufgrund von Wachstumsschancen bei verschiedenen neuen Produkten. Zudem sind die Umsätze aus der Übernahme des operativen Geschäftsbetriebes bzw. der Kundenverträge des Civitec Zweckverbandes enthalten.

Bei den Umsatzerlösen aus Projektleistung/Beratung gehen die regio iT bei einem geplanten Wert von 9,5 Mio. Euro Erlösen in etwa auf Vorjahresniveau aus. Auch weiterhin ist es das Ziel der regio iT, Umsätze aus Projektleistung und aus Beratung von mindestens ca. 10 Prozent des Gesamtumsatzes zu erwirtschaften. Aufgrund des Zukunftspotenzials dieses Geschäftsfeldes und zur Unterstützung von Kommunen und Energieversorgern bei Smart-City-Projekten hat die regio iT Energie- & Mobilitätslösungen in einem eigenen Center gebündelt. Den vielfältigen Chancen im Kontext dieser Zukunftsthemen stehen aber auch Budgetrisiken entgegen, insbesondere bei der Fragestellung der Bewilligung der Fördermittel für die Kunden und damit auch mittelbar für die regio iT.

Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft werden entsprechend den Marktprognosen mit 7,5 Mio. Euro etwas rückläufige Umsätze erwartet. IT-Hardware wird mehrjährig genutzt. Daher gehen die regio iT, nach einem von hohen Einzelaufträgen geprägten Geschäftsjahr 2019, in etwa von Umsatzerlösen auf Basis kontinuierlicher Ersatzbeschaffungen auf Niveau der Vorjahre aus.

Wesentlichste gegenläufige Kostenposition sind die Personalkosten. Hier wird eine Steigerung von 31,4 Mio. Euro auf 46 Mio. Euro erwartet. Diese Steigerung basiert im Wesentlichen aus der Übernahme der Beamten und der Angestellten des Civitec Zweckverbandes (Personalübergang).

In der Folge erwartet die regio iT für 2020 eine Steigerung des Rohergebnisses von 47,7 Mio. Euro auf 67,3 Mio. Euro.

Da die Leistungen des Civitec Zweckverbandes bisher überwiegend umsatzsteuerfrei waren, wurde mit dem Übergang der Kundenverträge auf die regio iT mit den Kunden eine schrittweise Überwälzung des Umsatzsteuersaldos in den kommenden Jahren vereinbart. In der Folge plant die regio iT für 2020 zunächst ein rückläufiges Ergebnis vor Steuern in Höhe von 1,7 Mio. Euro, welches somit um 1,5 Mio. Euro unter dem sehr guten Niveau des Berichtsjahres (3,2 Mio. Euro) liegt.

Zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Lageberichtes wurden einschneidende Maßnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus von der Bundesregierung aufgesetzt, die wahrscheinlich auch Einfluss auf das wirtschaftliche Ergebnis 2020 der regio iT haben werden. Derzeit konzentrieren sich die Aktivitäten der regio iT sehr stark auf die Stabilisierung des Betriebes. Weiterhin unterstützt regio iT die Kunden mit hoher Priorität dabei, ihren Mitarbeitern Homeoffice-Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Das für die regio iT wichtige Beratungs- und Projektgeschäft kann in dem geplanten Umfang derzeit und wahrscheinlich auch mittelfristig nicht durchgeführt werden. Sowohl eigene Ressourcen als auch kundenseitig stehen die Ressourcen wegen der veränderten Priorisierung nicht zur Verfügung. Auch von Dienstreisen und Projektsitzungen mit mehreren Personen wird Abstand genommen. Die wirtschaftlichen Folgen, die hiermit einhergehen, können derzeit nur schwerlich abgeschätzt werden, da das Ausmaß und die Dauer der Corona-Krise nicht absehbar sind. Im Gegenzug werden auch interne Projekte im Zusammenhang mit der erfolgten Fusion zeitlich geschoben, wodurch externe Dienstleistungskosten eingespart werden.

Zusammenfassend stehen erkannten Risiken entsprechende Chancen gegenüber. Aktuelle Teilnahmen an Ausschreibungen sowie konkrete Anfragen von Bestandskunden und nicht zuletzt die neu gewonnenen Kunden des Civitec Zweckverbandes mit wesentlichen wirtschaftlichen Potenzialen belegen diese Einschätzung. Demzufolge wird davon ausgegangen, dass die geplanten wirtschaftlichen Ziele 2020 erreicht werden.

Als Ergebnis der jährlichen Risikoinventur liegen keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken vor.

Das Beteiligungsergebnis der regio iT ist phasenverschoben. Für das Wirtschaftsjahr 2020 wird das anteilige Ergebnis in Höhe von 0,9 Mio. Euro des Jahresüberschusses des Geschäftsjahres 2019 erwartet.

Für das Beteiligungsergebnis gewoge wurden in der Wirtschaftsplanung rund 0,2 Mio. Euro angenommen. Für die Vorscheurechnung wird davon ausgegangen, dass die Ausschüttung der Dividende 2019 auf Planniveau im Sommer 2020 erfolgt.

IV. Chancen- und Risikobericht

Entsprechend § 91 Abs. 2 Aktiengesetz hat die Geschäftsführung ein Überwachungssystem eingerichtet, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Analog zu unserem Controlling- und Planungsprozess führen regelmäßige Risiko-Inventuren nach einem konzerneinheitlichen Verfahren zu einer vollständigen Dokumentation aller Einzelrisiken. Für die verschiedenen Unternehmensbereiche und für die Gesellschaften sind Risikoverantwortliche benannt, die die erkannten Gefahren und Chancen in ihren Bereichen durch Abschätzung der Schadenshöhe und der Eintrittswahrscheinlichkeit bewerten und sie nach einer wiederkehrenden Systematik dokumentieren. Die Risiken werden nach den Kategorien allgemeine externe, allgemeine interne, leistungswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Risiken unterschieden. Der Risikomanager führt die Ergebnisse in einem halbjährlichen standardisierten Bericht an die Leitungsorgane der Gesellschaft sowie deren Aufsichtsgremien zusammen. Aus den Ergebnissen der Risiko-Inventuren werden Maßnahmen zur Steuerung, Begrenzung und Minderung der Risiken abgeleitet. Darüber hinaus fungiert die interne Revision als unabhängige Kontrollinstanz. Zum 1. Januar 2010 ist eine konzernweite Unternehmensverfassung in Kraft getreten. Diese sieht unter anderem Regelungen zum Wettbewerbsrecht, zur Antikorruption, zur Vermeidung von Interessenkonflikten, zum Datenschutz und zur Umsetzung der Verfassung vor. Die Risiken des E.V.A.-Konzerns sind aufgrund des Geschäftsmodells wenig operativ induziert. Diese liegen eher bei den großen Beteiligungsgesellschaften ASEAG und STAWAG sowie deren Tochtergesellschaften.

Im Risikoportfolio der STAWAG zum 31. Dezember 2019 belasten die niedrigen Strombörsenpreise weiterhin die operative Ergebnissituation im konventionellen Kraftwerksbereich. Die Erzeugungskostenspreads verzeichneten unterjährig zwar eine Erholung, was auch zu einer Reduzierung der Drohverlustrückstellung zum Bilanzstichtag um rund 1,9 Mio. Euro beitrug, doch mittelfristig sind noch keine Preisindikatoren zu erkennen, die eine signifikante wirtschaftliche Verbesserung erwarten ließen. Beim Ausbauregenerativer Erzeugungsanlagen leistet die STAWAG mit ihrer 100-prozentigen Tochter STAWAG Energie seit Jahren einen positiven Beitrag und genießt für alle bereits erbauten Anlagen einen Bestandsschutz hinsichtlich Einspeisevergütung. Auch unter den neuen Ausschreibungsbedingungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) möchte die STAWAG Energie neue Windparks entwickeln. Damit verbunden sind weiterhin die allgemeinen Risiken einer Projektentwicklung, wie beispielsweise die Verzögerung eines Genehmigungsprozesses oder behördliche Auflagen, und bauherrentypische Risiken, wodurch die Projekte nicht in dem geplanten Zeitrahmen umgesetzt werden können. Die Vielzahl unterschiedlichster Projekte, in denen die STAWAG Energie erfolgreich tätig war, unterstreicht jedoch ihre Kompetenz, sodass die zukünftig hieraus zu erwartenden wirtschaftlichen Erfolge die Risiken übersteigen werden.

Die immer noch niedrigen Kapitalmarktzinsen begünstigen nach wie vor die langfristige Fremdkapitalaufnahme der STAWAG. Sie führen in den nächsten Jahren jedoch weiterhin zu einer zinsbedingt erhöhten Zuführung zu den Pensionsrückstellungen bei der STAWAG, der Regionetz und der FACTUR. Diese wirtschaftliche Zusatzbelastung durch das Absinken des Rechnungszinssatzes ist in der aktuellen Wirtschaftsplanung bis 2023 berücksichtigt.

Ansonsten gehören die unbeeinflussbaren Wetterrisiken mit ihren positiven und negativen Effekten auf die Absatz- und die Einspeisemengen unverändert zum Geschäftsmodell der STAWAG-Gesellschaften. Auf der Kunden- und der Energieabsatzseite ist die STAWAG weiterhin der Gefahr von Kundenfluktuation und der Schwierigkeit der Neukundengewinnung ausgesetzt. Die STAWAG nutzt jedoch weiter die Chance, an Ausschreibungen von Konzessionen und Rekommunalisierungen teilzunehmen, um ihr Netz- und Vertriebsgeschäft auszuweiten.

In ihrem Risikoportfolio zum 31. Dezember 2019 rechnet die ASEAG auch in den kommenden Jahren weiter mit sich verändernden Rahmenparametern (Zinssätzen/Zinssatzprognosen, Versicherungstafeln und ähnliches) bei der Berechnung ihrer Pensionsrückstellungen und den hieraus resultierenden Ergebnisbelastungen. Begünstigend wirkt hierbei, dass die aus dem Jahr 2010 stammenden Zusatzbelastungen aus dem BilMoG im Jahr 2017 abgeschlossen werden konnten. Weiterhin trägt seit dem Jahr 2016 ein geänderter Durchführungsweg für neu zu schaffende Altersvorsorge dazu bei, dass die jährlichen Rückstellungszuführungen bilanziell anders dargestellt werden und die jährlichen Ergebnisausschläge dämpfen. Mittels Direktvergabe erhielt die ASEAG im Jahr 2017 von der Stadt Aachen den Auftrag, ihre Verkehrsleistungen für weitere zehn Jahre fortzuführen. Aufgrund fehlender Klagen besteht inzwischen Rechtssicherheit und somit Bestandsschutz bis Ende 2027. Das Risiko der künftigen Werthaltigkeit der APAG-Beteiligung wird aufgrund der positiven Ergebnisentwicklung der letzten Jahre als eher gering angesehen. Das Kostenrisiko bei der Beauftragung der Subunternehmer, das aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz im Jahr 2012 entstanden war, ist entfallen, jedoch verbleibt das Risiko eines schleichenden, überproportionalen Kostenan-

stiegs, da die ASEAG in Zukunft mit einem deutlich stärkeren Tarifpartner zu verhandeln hat. Weitere wesentliche Risiken ergeben sich aus Umweltbelangen. Sie machen es erforderlich, dass die ASEAG schneller als geplant kostenintensive, schadstoffreduzierende oder umweltpolitische Maßnahmen einzuleiten hat. Neben der Einführung von Umweltzonen resultieren weitere Verschärfungen aus den Anforderungen des Luftreinhalteplans der Stadt Aachen, der im Jahr 2018 zu einem veränderten Nahverkehrsplan mit höheren abgasseitigen Anforderungen an die Fahrzeugflotte führte. Ob die inzwischen gemeinsam mit der Gesellschafterin Stadt Aachen eingeleiteten Maßnahmen ausreichen (SCRT-Filter, vorgezogene Neubeschaffung und ähnliches), um Dieselfahrverbote zu vermeiden, die aus einem laufenden Gerichtsverfahren der Stadt Aachen resultieren, ist derzeit offen. Maßnahmen zur Reduzierung von Stickoxiden werden aktuell stark gefördert und die ASEAG nutzt diese Förderprogramme, um Kostenbelastungen für die Stadt Aachen und die ASEAG zu minimieren. Ein weiteres wesentliches Risiko der ASEAG bleibt die Abhängigkeit von Zuschüssen und Fördermitteln, die in der Regel keiner Dynamisierung unterliegen und die die Notwendigkeit mit sich bringen, wegfallende oder stagnierende Zuschüsse durch andere geeignete Maßnahmen zu kompensieren. Weiterhin besteht ein wesentliches Risiko bei der ASEAG in der zunehmenden Anzahl leistungsgeminderter Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die insbesondere nicht mehr im Fahrdienst eingesetzt werden können. Darüber hinaus bestehen für die ASEAG unverändert deutlich geringer bewertete Risiken, wie beispielsweise das Risiko des geänderten Kundenverhaltens bei der ÖPNV-Nutzung.

Die E.V.A. nimmt im Konzern Querschnittsfunktionen in Form von Dienstleistungen wahr und ist darüber hinaus eine geschäftsführende Holding sowie eine steuerliche Organträgerin. Damit trägt sie sämtliche steuerliche Risiken aus den angeschlossenen Organgesellschaften, die sich aus den Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz ergeben.

Für erkennbare Risiken aus Betriebsprüfungen wird durch Rückstellungsbildung rechtzeitig vorgesorgt. Dennoch zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, dass steuerliche Vorgänge zunehmend komplexer geworden sind, schwieriger zu deklarieren sind und sich zuweilen stark von der wirtschaftlichen Beurteilung in der Handelsbilanz entfernen können. Steuerliche Risiken im Zusammenhang mit Steuergesetzänderungen sind allerdings aktuell nicht erkennbar.

Das Geschäftsergebnis der E.V.A. wird in hohem Maße von der Entwicklung der Ergebnisse im Energiebereich der STAWAG und von den Verlusten im ÖPNV-Bereich der ASEAG bestimmt. Tendenziell besteht hieraus aufgrund der steigenden Verluste im ÖPNV-Bereich sowie der schwer zu haltenden Gewinne im Energiebereich die Gefahr einer Ergebnis- und Liquiditätsunterdeckung. Die Gesellschafterin der E.V.A. – die Stadt Aachen – hat daher schon im Jahr 2015 finanzielle Unterstützungsmaßnahmen ergriffen und diese im Jahr 2016 im Zuge eines langfristigen Finanzierungskonzeptes für die E.V.A. nochmals erweitert. Im Jahr 2016 flossen der E.V.A. aufgrund dessen zusätzliche finanzielle Mittel zur Eigenkapitalstärkung in Höhe von 14 Mio. Euro sowie Darlehensmittel aus einem Upstream-Darlehen der ASEAG in Höhe von 4,3 Mio. Euro zu. Außerdem leistet die Stadt Aachen seitdem regelmäßig die im Gesellschaftsvertrag verankerten Ausgleichszahlungen und dies für 2017 und 2018 sogar durch vorgezogene Zahlungen. Da die E.V.A. neben den Aus-

gleichszahlungen der Gesellschafterin auch noch neue Darlehen der ASEAG in Anspruch nehmen kann, sieht die E.V.A.-Geschäftsführung aktuell keine finanzwirtschaftlichen Risiken oder Risiken einer eigenkapitalmäßigen Unterdeckung. Kurzfristig wird sich die E.V.A. weiterhin aus der vorhandenen Liquidität sowie über den konzerninternen E.V.A.-Cash-Pool finanzieren.

Im E.V.A.-Konzern werden derivative Finanzinstrumente in Form von Commodity-Swap-Geschäften zur Dieselpreisabsicherung bei der ASEAG, für Kohlebezugsrechte bei der STAWAG sowie zur Absicherung von Finanzgeschäften (Darlehen) durch Zinsswaps eingesetzt.

Ebenso überwachen vorhandene Forderungsmanagementsysteme die Zahlungseingänge und regeln das Mahn- und Inkassogeschäft.

Die aktuelle Überprüfung der Risikosituation zeigt, dass die Gesellschafterin – die Stadt Aachen – mit dem verabschiedeten Finanzierungskonzept den langfristigen Fortbestand der E.V.A. sichert und am Konzept des steuerlichen Querverbundes festhalten möchte. Sie stellt der E.V.A. hierzu eine angemessene und erforderliche Kapital- und Liquiditätsausstattung bereit. Insofern ist die Risikolage der E.V.A. entschärft, wird jedoch weiterhin einer regelmäßigen Prüfung unterzogen. In Zukunft wird es verstärkt auf die Einhaltung der Planergebnisse der operativen Tochtergesellschaften ASEAG und STAWAG, die dem Finanzierungskonzept zugrunde gelegt sind oder einer angemessenen Bereitstellung zusätzlicher Mittel ankommen.

Konkretisierte Risiken wurden in den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften, soweit zulässig, durch adäquate Rückstellungsbildung berücksichtigt. Darüber hinaus sind wesentliche Risiken außerdem in den Wirtschaftsplänen der Gesellschaften eingearbeitet.

Aachen, den 3. Juni 2020

Energieversorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mbH Aachen

Die Geschäftsführung



Dr. Christian Becker



Michael Carmincke

Konzern

Konzernabschluss >>

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2019

Aktiva	Anhang	31.12.2019 Euro	31.12.2018 TEuro
A. Anlagevermögen	_ 1		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		633.443,57	1.225
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		7.454.833,97	9.157
3. Geschäfts- oder Firmenwert		870.204,00	943
4. Geleistete Anzahlungen		951.013,68	395
		<u>9.909.495,22</u>	<u>11.720</u>
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		51.555.843,08	50.651
2. Fahrzeuge für Personenverkehr		24.605.912,00	13.340
3. Technische Anlagen und Maschinen einschließlich Verteilungsanlagen		615.858.837,74	605.403
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		10.326.813,80	11.302
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		47.858.044,73	25.725
		<u>750.205.451,35</u>	<u>706.421</u>
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		13.430.988,85	8.785
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		0,00	17
3. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen		48.671.447,62	48.480
4. Beteiligungen		80.406.660,59	83.984
5. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		20.672.641,83	22.320
6. Sonstige Ausleihungen		626.029,23	653
		<u>163.807.768,12</u>	<u>164.239</u>
		923.922.714,69	882.380
B. Umlaufvermögen	_ 2		
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		3.661.274,16	3.243
2. Unfertige Leistungen		15.605.299,39	11.759
3. Waren		5.179.960,05	5.427
		<u>24.446.533,60</u>	<u>20.429</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		91.527.441,45	88.154
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		276.536,65	9.686
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		24.480.305,03	31.030
4. Forderungen gegen Gesellschafter		16.298.172,35	15.498
5. Sonstige Vermögensgegenstände		24.935.988,82	14.264
		<u>157.518.444,30</u>	<u>158.632</u>
III. Anteile an verbundenen Unternehmen		13.706.866,57	21.707
IV. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		49.597.561,58	41.581
		<u>245.269.406,05</u>	<u>242.349</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	_ 3	8.153.051,34	6.907
		1.177.345.172,08	1.131.636

Passiva

	Anhang	31.12.2019 Euro	31.12.2018 TEuro
A. Eigenkapital	– 4		
I. Gezeichnetes Kapital		14.049.880,00	14.050
II. Kapitalrücklage		43.753.000,00	43.753
III. Gewinnrücklagen		80.517.432,03	80.517
IV. Nicht beherrschende Anteile		177.570.295,86	180.730
V. Konzernbilanzverlust		-104.175.266,28	-91.763
		211.715.341,61	227.287
B. Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile		25.000,00	25
C. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	– 5	24.224.220,00	25.570
D. Zuschüsse	– 6		
1. Baukostenzuschüsse		41.611.517,59	41.769
2. Sonstige Zuschüsse		62.970,76	36
		41.674.488,35	41.805
E. Rückstellungen	– 7		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		369.965.307,00	340.682
2. Steuerrückstellungen		9.817.628,14	766
3. Sonstige Rückstellungen		99.996.946,15	85.964
		479.779.881,29	427.412
F. Verbindlichkeiten	– 8		
1. Genussscheinkapital		140.500,00	141
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		261.676.984,44	238.616
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		35.642.706,54	45.163
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		1.860.186,57	1.609
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		13.771.285,98	15.558
6. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		12.677.672,93	12.717
7. Sonstige Verbindlichkeiten		49.381.347,12	50.366
		375.150.683,58	364.170
G. Rechnungsabgrenzungsposten	– 9	4.133.285,78	2.587
H. Passive latente Steuern	– 10	40.642.271,48	42.780
		1.177.345.172,08	1.131.636

Konzern – Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019

	Anhang	2019 Euro	2018 TEuro
1. Umsatzerlöse	_ 11		
a) Brutto-Umsatzerlöse		710.484.724,30	681.671
b) Strom- und Energiesteuer		-16.126.538,09	-22.414
		694.358.186,21	659.257
2. Erhöhung/Verminderung (-) des Bestands an unfertigen Leistungen		3.846.499,44	-293
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		11.843.333,71	8.720
4. Sonstige betriebliche Erträge	_ 12	22.191.455,86	29.052
5. Materialaufwand	_ 13		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		-229.546.212,80	-215.567
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		-206.882.781,73	-209.173
		-436.428.994,53	-424.740
6. Personalaufwand	_ 14		
a) Löhne und Gehälter		-96.937.570,85	-94.165
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-25.939.972,78	-28.970
		-122.877.543,63	-123.135
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-42.034.859,03	-41.098
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	_ 15	-86.378.836,78	-85.479
Betriebsergebnis		44.519.241,25	22.284
9. Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	_ 16	5.439.538,52	9.091
10. Erträge aus Beteiligungen	_ 17	5.348.544,92	4.872
11. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	_ 18	57.470,68	13
12. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	_ 19	1.936.230,66	2.096
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	_ 20	142.512,22	701
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen	_ 21	-6.855.962,00	-3.416
15. Aufwendungen aus der Verlustübernahme		-135.288,59	-203
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	_ 22	-45.869.799,44	-42.110
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	_ 23	-15.164.536,24	-662
18. Ergebnis nach Steuern		-10.582.048,02	-7.334
19. Sonstige Steuern	_ 24	-1.682.891,48	-1.526
20. Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter		-14.920.431,49	-8.897
21. Erträge aus der Ausgleichsverpflichtung		12.095.000,00	7.793
22. Konzernjahresfehlbetrag		-15.090.370,99	-9.964
23. Verlustvortrag		-91.763.157,22	-84.526
24. Nicht beherrschenden Anteilen zustehender Gewinn		-510.178,34	-461
25. Nicht beherrschenden Anteilen zustehender Verlust		3.188.440,27	3.188
26. Konzernbilanzverlust		-104.175.266,28	-91.763

Konzernanhang

Konsolidierungskreis und Konsolidierungsgrundsätze

In den Konsolidierungskreis sind neben der E.V.A. achtzehn Tochtergesellschaften gemäß Aufstellung des Anteilsbesitzes zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2019 einbezogen. Die Alsdorf Netz GmbH, Alsdorf, wird erstmalig in den Konzernabschluss einbezogen.

Ein Wahlrecht nach § 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB wurde in Bezug auf die Regionetz GmbH, Aachen, nicht ausgeübt.

Das dem Konzernergebnis zuzurechnende Jahresergebnis der folgenden Tochterunternehmen macht weniger als 3,5 Prozent aus und ist somit von untergeordneter Bedeutung. Ferner würde sich die Einbeziehung dieser Unternehmen nicht wesentlich auf die Konzern-Vermögens- und Finanzlage auswirken. Demgemäß wurden folgende Tochterunternehmen gemäß § 296 Abs. 2 HGB wegen untergeordneter Bedeutung für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht in den Konzernabschluss einbezogen:

- Unterstützungseinrichtung „Akreka“ GmbH (Akreka), Aachen
- ASEAG-Reisen GmbH (ARG), Aachen
- ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH (ESBUS), Eschweiler
- STAWAG Energie Komplementär GmbH (STAWAG Energie Komplementär), Aachen
- Solaranlage Giebelstadt II Verwaltungs GmbH (SA Giebelstadt Verwaltung), Aachen
- STAWAG Infrastruktur Simmerath Verwaltungs GmbH (Simmerath Verwaltung), Simmerath
- STAWAG Infrastruktur Monschau Verwaltungs GmbH (Monschau Verwaltung), Monschau
- Infrastruktur Turnow West GmbH & Co. KG (Infrastruktur Turnow), Aachen

Die im Folgenden aufgeführten Tochterunternehmen werden gemäß § 296 Abs. 1 Nr. 3 HGB nicht in den Konsolidierungskreis einbezogen, da die Anteile mehrheitlich zum Zwecke ihrer Weiterveräußerung gehalten werden:

- Windpark Aachen-Nord GmbH & Co. KG (WP Aachen Nord), Aachen
- Windpark Monschau GmbH & Co. KG (WP Monschau), Aachen
- Windpark Münsterwald GmbH & Co. KG (WP Münsterwald), Aachen
- Windpark Simmerath GmbH & Co. KG (WP Simmerath), Aachen

Die Beteiligung an den Stadtwerken Lübeck wird als Beteiligung an assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode mit dem fortgeführten Buchwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem fortgeführten Buchwert und dem anteiligen Eigenkapital des assoziierten Unternehmens wurde mit einer Laufzeit von fünf Jahren planmäßig linear abgeschrieben.

Die Beteiligung an der regio iT wird ebenfalls als Beteiligung an assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode mit dem fortgeführten Buchwert angesetzt.

Die Beteiligung an der WAG Wassergewinnungs- und aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (WAG), Roetgen, wird als Beteiligung an assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode mit dem fortgeführten Buchwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert und dem anteiligen Eigenkapital des assoziierten Unternehmens entspricht dem enthaltenen Geschäfts- oder Firmenwert und beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 1.468 TEuro. Der Geschäfts- oder Firmenwert wird mit einer Laufzeit von 10 Jahren planmäßig linear abgeschrieben. Die Abschreibung wird unter Abschreibungen auf Finanzanlagen und die Änderung des Buchwertes unter Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen ausgewiesen.

Die übrigen wesentlichen Beteiligungen sind ebenfalls in der gesonderten Aufstellung des Anteilsbesitzes aufgeführt. Die dort genannten Gesellschaften sind für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns aufgrund ihres geringen Ergebnisbeitrags von untergeordneter Bedeutung und werden deshalb nicht als assoziierte Unternehmen behandelt, sondern als Beteiligungen bilanziert.

Die Kapitalkonsolidierungen erfolgten – bezogen auf die Unternehmen, die vor dem 1. Januar 2010 erworben wurden – entsprechend § 301 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 HGB a. F. (Buchwertmethode) zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung bzw. zum Zeitpunkt des Anteilserwerbs. Die aktiven und passiven Unterschiedsbeträge aus den Erstkonsolidierungen wurden den anderen Gewinnrücklagen zugeordnet. Die Kapitalkonsolidierungen erfolgten – bezogen auf die Unternehmen, die nach dem 31. Dezember 2009 erworben bzw. einbezogen wurden – entsprechend § 301 Abs. 1 HGB (Neubewertungsmethode) zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung bzw. zum Zeitpunkt des Anteilserwerbs. Forderungen und Verbindlichkeiten, Umsätze, Erträge und Aufwendungen zwischen den konsolidierten Unternehmen wurden eliminiert.

Zwischengewinne innerhalb der Konzernunternehmen wurden – soweit von Bedeutung – eliminiert.

Form und Darstellung des Jahresabschlusses

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die selbst geschaffenen gewerblichen Schutzrechte und ähnlichen Rechte und Werte werden zu Herstellungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen, bewertet.

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen wurden planmäßig vorgenommen.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um lineare Abschreibungen bewertet. Die Herstellungskosten für selbst erstellte Anlagen enthalten neben den direkt zurechenbaren Kosten auch in angemessenem Umfang Gemeinkosten. Erhaltene Investitionszuschüsse werden von den Anschaffungswerten abgesetzt.

Erhaltene Baukostenzuschüsse für Hausanschlusskostenbeiträge wurden von 2003 bis 2008 bei dem Sachanlagevermögen in Abzug gebracht. Ab dem Jahr 2009 werden die Baukostenzuschüsse für Hausanschlusskostenbeiträge passiviert und entsprechend der Nutzungsdauer der zugrunde liegenden Wirtschaftsgüter erfolgswirksam aufgelöst. Die Baukostenzuschüsse für das vorgelagerte Netz werden mit einer Laufzeit von 20 Jahren aufgelöst.

Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, wurde die Gliederung des Sachanlagevermögens um die Position Fahrzeuge für Personenverkehr ergänzt. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen grundsätzlich entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Anlagegüter. Im Rahmen des Jahresabschlusses wurde eine Harmonisierung der Nutzungsdauern vorgenommen. Dabei wurden Bestandsanlagen, deren Nutzungsdauer durch amtliche AfA-Tabellen geprägt waren, den Nutzungsdauern nach StromNEV und GasNEV angeglichen. Die betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern betragen bei:

Immateriellen Vermögensgegenständen	3 – 10 Jahre
Gebäuden und Bauten	2 – 90 Jahre
Fahrzeugen für Personenverkehr	5 – 12 Jahre
Technischen Anlagen und Maschinen	1 – 45 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 – 25 Jahre

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 250 Euro werden sofort als Aufwendungen behandelt. Zugänge zu den geringwertigen Anlagegütern im Wert zwischen 250 Euro und 800 Euro werden aktiviert und im laufenden Wirtschaftsjahr vollständig abgeschrieben.

Die Anteile an den nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Die enthaltenen Wertminderungen aus Vorjahren sind voraussichtlich von Dauer. Zinslose und niedrig verzinsliche Ausleihungen aus Arbeitgeberdarlehen werden mit 5,5 Prozent auf den Barwert abgezinst.

In den Vorräten sind die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe unter Beachtung des Niederstwertprinzips zu den durchschnittlichen Einstandspreisen oder zu niedrigeren Tageswerten bewertet. Die als Waren ausgewiesenen eingespeicherten Gasmengen sind zu Anschaffungskosten in gleitendem Durchschnitt oder zu niedrigeren realisierbaren Tageswerten bewertet. Unfertige Leistungen werden mit Herstellungskosten bewertet, die auch angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten und des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst ist, enthalten.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennwert oder – soweit erforderlich – zum Barwert bilanziert; erkennbare Ausfallrisiken werden durch angemessene Bewertungsabschläge berücksichtigt. In den Bereichen Energie- und Wasserversorgung sowie der Netzentgeltabrechnung kommt das rollierende Verfahren für die Abrechnung der Tarifikunden zum Einsatz. Damit bestehen aus der Hochrechnung Forderungen aus noch nicht abgerechneten Lieferungen, die mit erhaltenen Anzahlungen saldiert werden.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen im Umlaufvermögen werden zu ihren Anschaffungskosten ausgewiesen.

Liquide Mittel werden zum Nennwert angesetzt.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach der Projected-Unit-Credit-Methode unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze mit einem Zinsfuß von 2,71 Prozent p.a., einer erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerung von 2 bis 2,5 Prozent p.a., einer jährlichen Steigerung der Beitragsbemessungsgrundlage von 1,75 Prozent, einer jährlichen Rentenanpassung von 1 Prozent p.a. bis 1,8 Prozent p. a. auf Basis der „Richttafeln 2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck bewertet. Es wurde eine altersabhängige Fluktuation nach einer konzernweiten spezifischen Fluktuationstabelle zugrunde gelegt. Der in den Rückstellungszuführungen enthaltene Zinsanteil ist im Zinsaufwand ausgewiesen.

Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB beträgt 48.047 TEuro und ergibt sich aus dem Unterschied des Verpflichtungswerts zum 31. Dezember 2019 mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben bzw. zehn Geschäftsjahre.

Die langfristigen Rückstellungen werden nach § 253 Abs. 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst.

Bei den übrigen Rückstellungen wurde nach vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen angemessen und ausreichend Rechnung getragen. Die Rückstellungen sind grundsätzlich mit den Erfüllungsbeträgen passiviert.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Die latenten Steuern werden für zeitliche, sich in der Zukunft voraussichtlich umkehrende Differenzen zwischen handels- und steuerrechtlichen Bilanzansätzen gebildet, soweit dies nach § 274 und § 306 HGB zulässig ist. Die Berechnung der latenten Steuern erfolgte im Geschäftsjahr unter Verwendung eines Steuersatzes von 15,825 Prozent für Körperschaftsteuer und 16,625 Prozent für Gewerbesteuer. Aktive und passive latente Steuern werden miteinander saldiert.

Im Rahmen eines Umwandlungsvorgangs wurden das Vermögen und die Schulden der Regio-Temp GmbH (vormals Regionetz GmbH) rückwirkend zum 1. Januar 2018 verschmolzen. Die erlangten Vermögensgegenstände wurden im Konzernabschluss zu einem beizulegenden Wert nach der Neubewertungsmethode bilanziert. Dieser beizulegende Wert lag 134,2 Mio. Euro oberhalb der handelsrechtlichen Buchwerte. Der sich ergebende passivische Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung betrug 26,9 Mio. Euro. Weiterhin resultierten aus der Hebung der stillen Reserven passive latente Steuern in Höhe von 43,6 Mio. Euro. Die Auflösung der gebildeten Passivposten erfolgt über eine Nutzungsdauer von 20 Jahren und korrespondiert mit den Abschreibungen, die sich aus der Hebung der stillen Reserve ergibt.

Konzern

Konzern-Anlagevermögen >>

Entwicklung des Konzern-Anlagevermögens

	Stand 1.1.2019	Anschaffungs-/Herstellungskosten			Stand 31.12.2019
	Euro	Zugänge Euro	Abgänge Euro	Umbuchungen Euro	Euro
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	11.074.195,27	0,00	0,00	5.999,45	11.080.194,72
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	32.467.892,35	1.198.686,20	1.780.574,12	132.590,87	32.018.595,30
3. Geschäfts- oder Firmenwert	1.015.242,86	0,00	0,00	0,00	1.015.242,86
4. Geleistete Anzahlungen	395.121,54	694.482,46	0,00	-138.590,32	951.013,68
	<u>44.952.452,02</u>	<u>1.893.168,66</u>	<u>1.780.574,12</u>	<u>0,00</u>	<u>45.065.046,56</u>
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	136.619.356,94	1.048.004,21	345.649,90	2.054.073,08	139.375.784,33
2. Fahrzeuge für Personenverkehr	44.435.409,83	10.545.520,60 ¹⁾	5.722.887,48	3.406.764,84	52.664.807,79
3. Technische Anlagen und Maschinen	1.523.931.750,47	34.968.423,86	1.788.591,45	6.009.980,73	1.563.121.563,61
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	56.430.350,84	2.148.869,17 ²⁾	1.376.982,44	141.955,17	57.344.192,74
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	25.724.717,34	33.910.734,83	164.633,62	-11.612.773,82	47.858.044,73
	<u>1.787.141.585,42</u>	<u>82.621.552,67</u>	<u>9.398.744,89</u>	<u>0,00</u>	<u>1.860.364.393,20</u>
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	8.853.301,46	0,00	0,00	4.645.547,40	13.498.848,86
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	16.666,64	0,00	16.666,64	0,00	0,00
3. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	62.718.445,83	4.862.681,62	4.487.673,39	0,00	63.093.454,06
4. Beteiligungen	103.115.667,75	1.392.500,00	301.499,60	1.831.221,33	106.037.889,48
5. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	22.319.508,54	0,00	1.646.866,71	0,00	20.672.641,83
		5.414,78 A			
6. Sonstige Ausleihungen	5.918.817,52	46.428,50	96.513,50	0,00	5.874.147,30
		5.414,78 A			
	<u>202.942.407,74</u>	<u>6.301.610,12</u>	<u>6.549.219,84</u>	<u>6.476.768,73</u>	<u>209.176.981,53</u>
		5.414,78 A			
	<u>2.035.036.445,18</u>	<u>90.816.331,45</u>	<u>17.728.538,85</u>	<u>6.476.768,73 ³⁾</u>	<u>2.114.606.421,29</u>

A = Aufzinsung

1) nach Abzug von 1.965.036,90 Euro Investitionszuschüssen

2) nach Abzug von 370.562,00 Euro Investitionszuschüssen

3) Umbuchung aus dem Umlaufvermögen

Abschreibungen				Buchwerte		
Stand 1.1.2019	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand 31.12.2019	Stand 1.1.2019	Stand 31.12.2019
Euro	Euro	Euro		Euro	Euro	Euro
9.849.244,15	597.507,00	0,00	0,00	10.446.751,15	1.224.951,12	633.443,57
23.310.523,13	2.938.975,32	1.685.737,12	0,00	24.563.761,33	9.157.369,22	7.454.833,97
72.521,86	72.517,00	0,00	0,00	145.038,86	942.721,00	870.204,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	395.121,54	951.013,68
33.232.289,14	3.608.999,32	1.685.737,12	0,00	35.155.551,34	11.720.162,88	9.909.495,22
85.968.173,65	2.126.602,33	275.312,14	477,41	87.819.941,25	50.651.183,29	51.555.843,08
31.094.893,83	2.686.889,44	5.722.887,48	0,00	28.058.895,79	13.340.516,00	24.605.912,00
918.529.182,46	30.439.406,45	1.705.385,63	-477,41	947.262.725,87	605.402.568,01	615.858.837,74
45.128.738,83	3.245.478,49	1.356.838,38	0,00	47.017.378,94	11.301.612,01	10.326.813,80
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25.724.717,34	47.858.044,73
1.080.720.988,77	38.498.376,71	9.060.423,63	0,00	1.110.158.941,85	706.420.596,65	750.205.451,35
67.860,01	0,00	0,00	0,00	67.860,01	8.785.441,45	13.430.988,85
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	16.666,64	0,00
14.238.561,44	183.445,00	0,00	0,00	14.422.006,44	48.479.884,39	48.671.447,62
19.131.228,89	6.600.000,00	100.000,00	0,00	25.631.228,89	83.984.438,86	80.406.660,59
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	22.319.508,54	20.672.641,83
5.265.497,03	0,00	17.378,96	0,00	5.248.118,07	653.320,49	626.029,23
38.703.147,37	6.783.445,00	117.378,96	0,00	45.369.213,41	164.239.260,37	163.807.768,12
1.152.656.425,28	48.890.821,03	10.863.539,71	0,00	1.190.683.706,60	882.380.019,90	923.922.714,69

Erläuterungen zur Konzernbilanz

_1 Anlagevermögen

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens und der Abschreibungen ergeben sich aus dem Anlagenspiegel.

_2 Umlaufvermögen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stammen im Wesentlichen aus Energie- und Wasserlieferungen und setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2019 TEuro	31.12.2018 TEuro
Forderungen aus noch nicht abgelesenen Verbrauch	151.661	133.906
Erhaltene Abschlagszahlungen	-118.387	-103.011
	33.274	30.895
Übrige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	58.253	57.259
Summe	91.527	88.154

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultieren mit 277 TEuro (Vorjahr: 9.011 TEuro) aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Im Vorjahr waren noch 675 TEuro aus Gewinnansprüchen enthalten.

Bei den Forderungen gegen Beteiligungsunternehmen handelt es sich um 10.424 TEuro (Vorjahr: 17.621 TEuro) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, 7.869 TEuro (Vorjahr: 6.663 TEuro) Zinsforderungen, Darlehensforderungen 4.119 TEuro (Vorjahr: 4.769 TEuro) und Gewinnansprüche in Höhe von 2.068 TEuro (Vorjahr: 1.977 TEuro).

Die Forderungen gegen Gesellschafter richten sich gegen:

Gesellschafter	31.12.2019 TEuro	31.12.2018 TEuro
Stadt Aachen	16.289	15.498
StädteRegion Aachen	9	0
Summe	16.289	15.498

Die Forderungen gegen Gesellschafter resultierten im Wesentlichen aus einem Ertragszuschuss, der Betriebsführung im Bereich der Stadtentwässerung mit der Stadt Aachen, Lieferung von Energie und Wasser, Erstattung von Gewerbesteuern sowie sonstigen Dienstleistungen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen geleistete Anzahlungen (10.000 TEuro), Steuererstattungsansprüche aus Umsatzsteuer (8.196 TEuro) die erst im Folgejahr fällig wird und Kapitaldienstreservekonten aus der Projektfinanzierung der Wind- und Solaranlagen (2.890 TEuro) die über die Laufzeiten der dazugehörigen Darlehen verpfändet sind.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben mit 10.283 TEuro (Vorjahr: 10.620 TEuro) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr und betreffen im Wesentlichen die Forderungen gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und die sonstigen Vermögensgegenstände.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen im Umlaufvermögen beinhalten die folgenden Gesellschaften bzw. Geschäftsanteile:

Gesellschaft	Geschäftsanteil %
WP Monschau	51
WP Münsterwald	51
WP Aachen Nord	51
WP Simmerath	51

Es ist geplant, die oben genannten Geschäftsanteile in den folgenden Geschäftsjahren zu veräußern.

Die Guthaben bei Kreditinstituten waren überwiegend als Tages- oder Termingeld angelegt.

_3 Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungsposten enthalten Disagioträge in Höhe von 1 TEuro (Vorjahr: 1 TEuro).

_4 Eigenkapital

An dem gezeichneten Kapital sind unverändert die Stadt Aachen mit Stammeinlagen von insgesamt 14.049 TEuro und die Städte-Region Aachen mit einer Stammeinlage von 1 TEuro beteiligt. Die Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB beträgt, wie im Vorjahr, 43.753 TEuro.

Die Gewinnrücklagen ergeben sich als Saldo aus dem über die Beteiligungsbuchwerte hinausgehenden Mehrvermögen der Konzernunternehmen und einem eliminierten Zwischengewinn aus der Erstkonsolidierung der FACTUR. Aktive (971 TEuro) und passive (37.750 TEuro) Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung wurden miteinander verrechnet.

Die Anteile von Minderheitsgesellschaftern betreffen die Kapitalanteile der außenstehenden Gesellschafter.

Der Eigenkapitalspiegel nach § 297 Abs. 1 HGB unter Anwendung des DRS 22 liegt diesem Abschluss als gesonderte Anlage bei.

_5 Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung

Der Unterschiedsbetrag ergab sich durch die Übernahme von Vermögensgegenständen nach der Erwerbsmethode und wird, beginnend mit dem 1. Januar 2018, über 20 Jahre aufgelöst.

_6 Zuschüsse

Bei den erhaltenen Baukostenzuschüssen für das vorgelagerte Netz und den Hausanschlusskostenbeiträgen betrugen die planmäßigen Auflösungen zugunsten der Umsatzerlöse 4.765 TEuro (Vorjahr: 4.986 TEuro).

_7 Rückstellungen

Die Steuerrückstellungen betreffen Steuern vom Einkommen und vom Ertrag.

Die sonstigen Rückstellungen umfassen im Wesentlichen:

	TEuro
Drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	40.641
Ausstehende Rechnungen	29.675
Ungewisse Verpflichtungen aus dem Personalbereich	16.746
Unterlassene Instandhaltung	4.490
Abrechnungsverpflichtungen aus der Verbrauchsabrechnung	1.360
Aufbewahrung und Archivierung	778
Prozesskostenrisiken	158

8 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten dienen im Wesentlichen der Finanzierung von Investitionen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen resultieren vornehmlich aus Energiebezug, Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren mit 1.192 TEuro (Vorjahr: 1.062 TEuro) hauptsächlich aus dem Cash-Pooling sowie aus Lieferungen und Leistungen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen mit 13.741 TEuro Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und mit 30 TEuro anrechenbare Steuern.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern betreffen mit 10.094 TEuro (Vorjahr: 10.133 TEuro) die Stadt Aachen und mit 2.584 TEuro (Vorjahr: 2.584 TEuro) die Städte-Region Aachen. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um verzinsliche Darlehensverpflichtungen in Höhe von 12.546 TEuro (Vorjahr: 12.546 TEuro).

Wesentliche sonstige Verbindlichkeiten betreffen mit 24.000 TEuro (Vorjahr: 24.000 TEuro) mehrere Darlehen der Stadt Aachen aus verschiedenen Stiftungen und Verbindlichkeiten aus Erdgas-, Lohn-, und Umsatzsteuern, Erstattungsverpflichtungen, Abgaben an die Aachener Verkehrsverbund GmbH, Aachen, (AVV) sowie Sozialversicherungsbeiträge.

Die Restlaufzeiten sämtlicher Verbindlichkeiten zeigt die nachfolgende Übersicht:

Konzernverbindlichkeiten	31.12.2019 gesamt TEuro	Restlaufzeiten			31.12.2018 gesamt TEuro	Restlaufzeiten		
		bis zu 1 Jahr TEuro	mehr als 1 Jahr TEuro	davon mehr als 5 Jahre TEuro		bis zu 1 Jahr TEuro	mehr als 1 Jahr TEuro	davon mehr als 5 Jahre TEuro
1. Genussscheinkapital	141	0	141	141	140	0	140	140
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	261.677 ¹⁾	36.924	224.753	147.605	238.616 ²⁾	33.213	205.403	135.102
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	35.643	35.643	0	0	45.164	45.164	0	0
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.860	1.860	0	0	1.609	1.609	0	0
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	13.771	13.771	0	0	15.558	15.558	0	0
6. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	12.678	132	12.546	12.546	12.717	171	12.546	12.546
7. Sonstige Verbindlichkeiten	49.381	25.306	24.075	24.000	50.366	26.218	24.148	24.000
davon aus Steuern	3.281	3.281	0	0	10.973	10.973	0	0
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	193	118	75	0	422	274	148	0
	375.151	113.636	261.515	184.292	364.170	121.933	242.237	171.788

1) Sicherungsübereignung mehrerer Windkraft- und Photovoltaikanlagen in Höhe von 62.462 TEuro

2) Ausfallbürgschaften sowie Verlustübernahmeerklärung der Stadt Aachen in Höhe von 352 TEuro und Sicherungsübereignung mehrerer Windkraft- und Photovoltaikanlagen in Höhe von 65.712 TEuro

_9 Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungsposten resultieren aus im Jahr 2019 für das Jahr 2020 vereinnahmten Umsätzen.

_10 Passive latente Steuern

Die passiven latenten Steuern in Höhe von 40.642 TEuro wurden mit aktiven latenten Steuern aus unterschiedlichen Vermögensbewertungen aufgrund von Zwischengewinneliminierungen in Höhe von 22 TEuro verrechnet.

Das Wahlrecht zur Bilanzierung von latenten Steuern nach § 274 HGB wird nicht ausgeübt. Die latenten Steuern nach § 274 HGB kann man der folgenden Tabelle entnehmen:

Bilanz-Posten	Buchwerte				Latente Steuern	
	laut	laut	Differenz	Steuersatz	aktiv	passiv
	Handelsbilanz TEuro	Steuerbilanz TEuro	TEuro		TEuro	TEuro
Aktiva						
Immaterielle Vermögensgegenstände	290	290	0	32,64 %	0	0
Sachanlagen	498.577	499.488	911	32,64 %	823	-526
Finanzanlagen (Beteiligungen Kapitalgesellschaften, sonst.)	120.063	118.385	-1.678	32,64 %	725	-1.273
Finanzanlagen (Beteiligungen Personengesellschaften)	85.555	82.370	-3.185	15,83 %	2.238	-2.742
Forderungen	75.161	75.191	30	32,64 %	10	0
Vorräte	1.353	1.853	500	32,64 %	163	0
Wertpapiere UV (Beteiligungen Personengesellschaften)	18.116	22.804	4.688	15,83 %	749	-7
Rechnungsabgrenzungsposten	1.756	1.822	66	32,64 %	22	0
Summe Aktiva	800.871	802.203	1.332		4.730	-4.548
Passiva						
Rückstellungen	478.128	218.559	259.569	32,64 %	84.723	0
Verbindlichkeiten	230.785	230.778	7	32,64 %	2	0
Summe Passiva	708.913	449.337	259.576		84.725	0
Aktivüberhang aus Differenz			260.908		84.907	

Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

_11 Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse werden ausschließlich in Deutschland erzielt und verteilen sich wie folgt auf die Geschäftsbereiche:

	2019 TEuro	2018 TEuro
Stromversorgung	328.835	308.364
Gasversorgung	138.233	134.199
Wasserversorgung	34.448	34.228
Fernwärmeversorgung	19.986	20.351
Stadtentwässerung	22.114	18.037
	543.616	515.179
Energieerzeugung	51.855	41.887
Verkehr	70.395	68.142
Parkhausbewirtschaftung, Grundbesitzwirtschaft und sonstige Dienstleistungen	28.492	34.049
	694.358	659.257

_12 Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 7.458 TEuro (Vorjahr: 10.676 TEuro) und mit 1.557 TEuro (Vorjahr: 710 TEuro) Erträge aus Anlagenabgängen. Darüber hinaus sind Erträge aus sonstigen Zuschüssen in Höhe von 1.476 TEuro (Vorjahr: 648 TEuro) enthalten. Die sonstigen periodenfremden und neutralen Erträge belaufen sich auf 2.793 TEuro (Vorjahr: 8.953 TEuro).

_13 Materialaufwand

Im Materialaufwand sind vornehmlich die Kosten für Energie- und Wasserbezug sowie für Netznutzungsentgelte, für Busanmietung, für Treibstoffe, für Personalgestellung und für Systemaufwendungen enthalten.

_14 Personalaufwand

Die Personalaufwendungen beinhalten 7.782 TEuro für Altersversorgung (Vorjahr: 11.742 TEuro).

Die Anzahl der Beschäftigten bei den Konzernunternehmen betrug im Jahresdurchschnitt:

	2019	2018
Mitarbeiter in Vollzeit	1.381	1.379
Mitarbeiter in Teilzeit	241	206
Aushilfen	39	25
	1.661	1.610
Auszubildende	46	50
Gesamt	1.707	1.660

_15 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen vor allem Konzessionsabgaben in Höhe von 24.780 TEuro (Vorjahr: 24.622 TEuro), Aufwendungen für Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten in Höhe von 7.896 TEuro (Vorjahr: 6.059 TEuro), Marketingmaßnahmen von 3.860 TEuro (Vorjahr: 3.368 TEuro) und Versicherungsprämien von 3.083 TEuro (Vorjahr: 2.954 TEuro). Die periodenfremden Aufwendungen betrugen 384 TEuro (Vorjahr: 1.136 TEuro).

_16 Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen

Die Erträge stammen von den SW Lübeck, der regio iT und der WAG.

_17 Erträge aus Beteiligungen

Die Erträge aus Beteiligungen resultieren mit 1.499 TEuro (Vorjahr: 1.025 TEuro) aus verbundenen Unternehmen.

_18 Erträge aus Gewinnabführungsverträgen

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen resultieren wie im Vorjahr ausschließlich aus verbundenen Unternehmen.

_19 Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens

Erträge in Höhe von 1 TEuro (Vorjahr: 1 TEuro) stammen von verbundenen Unternehmen.

_20 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Es wurden Zinserträge mit verbundenen Unternehmen in Höhe von 1 TEuro (Vorjahr: 17 TEuro) erzielt.

_21 Abschreibungen auf Finanzanlagen

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen betreffen mit 6.600 TEuro (Vorjahr: 348 TEuro) eine voraussichtlich dauernde Wertminderung. Ferner wurden Abschreibungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 256 TEuro (Vorjahr: 3.067 TEuro) vorgenommen.

_22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen

In den Zinsaufwendungen sind die Zinsanteile aus den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen in Höhe von 38.467 TEuro (Vorjahr: 34.776 TEuro) enthalten.

23 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen die Organträgerin E.V.A., die verbundenen, vollkonsolidierten Unternehmen außerhalb des Organkreises sowie die latenten Steuern aufgrund von Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz.

	E.V.A.	Regionetz	Projektgesellschaften	latente Steuern	Gesamt	Vorjahr
	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro
laufendes Jahr						
Körperschaftsteuer / SolZ	6.161	2.778	0	-1.059	7.880	1.333
Gewerbeertragsteuer	7.693	0	767	-1.113	7.347	618
	<u>13.854</u>	<u>2.778</u>	<u>767</u>	<u>-2.172</u>	15.227	<u>1.951</u>
für Vorjahre						
Körperschaftsteuer / SolZ	-40	0	0	0	-40	-627
Gewerbeertragsteuer	-22	0	0	0	-22	-662
	<u>-62</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	-62	<u>-1.289</u>
	13.792	2.778	767	-2.172	15.165	662

24 Sonstige Steuern

Die sonstigen Steuern betreffen mit 1.684 TEuro (Vorjahr: 1.546 TEuro) Aufwand des Berichtsjahres und mit 1 TEuro (Vorjahr: 20 TEuro) Erträge aus Vorjahren.

Anteilsbesitz der E.V.A.

zum 31. Dezember 2019

	Eigenkapital TEuro	Beteiligung %	Ergebnis 2019 TEuro
Anteile an verbundenen Unternehmen (konsolidiert)			
Stadtwerke Aachen AG (STAWAG), Aachen	173.108	100,0	0 ³⁾
STAWAG Energie GmbH (STAWAG Energie), Aachen	79.385	100,0 ²⁾	0 ³⁾
Regionetz GmbH (vormals INFRAWEST GmbH) (Regionetz), Aachen	269.214	50,8 ²⁾	0 ³⁾¹⁵⁾
Alsdorf Netz GmbH, (Alsdorf Netz), Alsdorf	19.597	100,0 ¹⁷⁾	0
FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR), Aachen	467	100,0 ²⁾	0 ³⁾
Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG (ASEAG), Aachen	9.332	94,9	0 ³⁾
Aachener Parkhaus GmbH (APAG), Aachen	1.911	100,0 ¹⁾	0 ³⁾
STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG, Simmerath	3.398	100,0 ¹⁷⁾	-8
STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG, Monschau	3.531	100,0 ¹⁷⁾	-14
Energiewerke Waldbröl GmbH (Eww), Waldbröl	1.160	51,0 ²⁾	0 ³⁾
STAWAG Abwasser GmbH, Aachen	25	100,0 ¹⁷⁾	0 ³⁾
Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG (Giebelstadt), Aachen	7.290	80,0 ⁴⁾	993
Solar Power Turnow West I GmbH & Co. KG (Turnow West I), Aachen	2.153	59,9 ⁴⁾	451
Solar Power Turnow West II GmbH & Co. KG (Turnow West II), Aachen	1.909	59,9 ⁴⁾	575
Solarpark Gödenroth GmbH & Co. KG (SP Gödenroth), Aachen	671	100,0 ⁴⁾	63
Solarpark Ilbesheim GmbH & Co. KG (SP Ilbesheim), Aachen	1.514	100,0 ⁴⁾	163
Windpark Laudert GmbH & Co. KG (WP Laudert), Aachen	2.763	100,0 ⁴⁾	330
Windpark Riegenroth GmbH & Co. KG (Riegenroth), Aachen	6.460	59,0 ⁴⁾	760
Anteile an verbundenen Unternehmen (nicht konsolidiert)			
Windpark Simmerath GmbH & Co. KG (WP Simmerath), Aachen	11.386	100,0 ⁴⁾	1.568
Windpark Aachen-Nord GmbH & Co. KG (WP Aachen-Nord), Aachen	5.788 ⁵⁾	100,0 ⁴⁾	505 ⁵⁾
Windpark Monschau GmbH & Co. KG (WP Monschau), Aachen	5.078 ⁵⁾	100,0 ⁴⁾	692 ⁵⁾
Windpark Münsterwald GmbH & Co. KG (WP Münsterwald), Aachen	6.140 ⁵⁾	100,0 ⁴⁾	-62 ⁵⁾
Infrastruktur Turnow West GmbH & Co. KG (Infrastruktur Turnow), Aachen	0 ¹⁰⁾	100,0 ⁶⁾	-28
STAWAG Infrastruktur Simmerath Verwaltungs GmbH, Simmerath	30 ⁵⁾	100,0 ¹⁷⁾	1 ⁵⁾
STAWAG Infrastruktur Monschau Verwaltungs GmbH, Monschau	30 ⁵⁾	100,0 ¹⁷⁾	1 ⁵⁾
Unterstützungseinrichtung „Akreka“ GmbH (Akreka), Aachen	1.108 ⁷⁾	100,0 ¹⁾	0
ASEAG-Reisen GmbH (ARG), Aachen	223	100,0 ¹⁾	0 ³⁾
ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH (ESBUS), Eschweiler	26	100,0 ¹⁾	0 ³⁾
STAWAG Energie Komplementär GmbH (STAWAG Energie Komplementär), Aachen	138	100,0 ⁴⁾	24
Solaranlage Giebelstadt II Verwaltungs GmbH (SA Giebelstadt Verwaltung), Aachen	40 ⁵⁾	80,0 ⁴⁾	2 ⁵⁾

	Eigenkapital TEuro	Beteiligung %	Ergebnis 2019 TEuro
Wesentliche Beteiligungen			
regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh (regio iT), Aachen	4.523	48,5	2.151
vote iT GmbH (vote iT), Aachen	661	85,0 ⁸⁾	465
cogniport Beratungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (cogniport), Monschau	40	100,0 ⁸⁾	0
Better Mobility GmbH (Better Mobility), Aachen	25	50,0 ¹⁾	0 ⁹⁾
Trianel GmbH (Trianel), Aachen	87.579 ⁵⁾	12,0 ²⁾	2.137 ⁵⁾
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG (TGH), Aachen	0 ⁵⁾¹⁶⁾	16,9 ²⁾	-307 ⁵⁾
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG (TGE), Aachen	25.399 ⁵⁾	13,7 ²⁾	3.691 ⁵⁾
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG (TKL), Lünen	0 ⁵⁾¹⁴⁾	8,5 ²⁾	-46.243 ⁵⁾
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG (TWB), Aachen	289.957 ⁵⁾	4,8 ⁴⁾	9.993 ⁵⁾
Stadtwerke Lübeck GmbH (Lübeck), Lübeck	127.764 ⁵⁾	25,1 ²⁾	0 ⁵⁾¹²⁾
STAWAG Solar GmbH (STAWAG Solar), Aachen	33.298 ⁵⁾	40,0 ⁴⁾	2.128 ⁵⁾
WAG Wassergewinnungs- und aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (WAG), Roetgen	24.417 ⁵⁾	50,0 ²⁾	1.760 ⁵⁾
StadtWerke Rösrath – Energie GmbH (Rösrath), Rösrath	4.391 ⁵⁾	49,0 ²⁾	37 ⁵⁾
enewa GmbH (enewa), Wachtberg	3.847 ⁵⁾	49,0 ²⁾	162 ⁵⁾
Gemeindewerke Ruppichteröth GmbH, Ruppichteröth	3.077 ⁵⁾	49,0 ²⁾	0 ⁵⁾
Wilken Pro GmbH, (Wilken Pro), Ulm	58 ⁵⁾	49,0 ¹¹⁾	-56 ⁵⁾
Solarpark Ronneburg GmbH & Co. KG (Ronneburg), Aachen	4.815	46,0 ⁴⁾	1.070
Windpark Beltheim II GmbH & Co. KG (Beltheim II), Aachen	4.960	49,9 ⁴⁾	775
Windpark Oberwesel II GmbH & Co. KG (Oberwesel II), Aachen	3.230	49,0 ⁴⁾	475
Windpark Oberwesel III GmbH & Co. KG (Oberwesel III), Aachen	3.203	49,0 ⁴⁾	516
Windpark Fischbachhöhe GmbH & Co. KG (WP Fischbachhöhe), Aachen	3.813	50,0 ⁴⁾	70
ELWEA GmbH (ELWEA), Bottrop	790 ⁹⁾	49,0 ⁴⁾	2 ⁹⁾
WEA Marl Betreibergesellschaft mbH & Co. KG, Marl	701 ⁹⁾	100,0 ¹⁸⁾	40 ⁹⁾
Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (Trave EE), Lübeck	3.482 ⁹⁾	50,0 ⁴⁾	-686 ⁹⁾
Windmüllerei Broderstorf IV GmbH & Co. KG, Lübeck	408 ⁹⁾	100,0 ¹³⁾	282 ⁹⁾
Trave Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (Trave EE Verwaltung), Lübeck	38 ⁹⁾	100,0 ¹³⁾	2 ⁹⁾
Trave Erneuerbare Energien Beteiligungs-Komplementär GmbH (Trave EE Beteiligung), Lübeck	36 ⁹⁾	100,0 ¹³⁾	2 ⁹⁾
NetAachen GmbH (NetAachen), Aachen	10.715 ⁵⁾	16,0 ²⁾	2.257 ⁵⁾
smartlab Innovationsgesellschaft mbH, Aachen	1.602 ⁵⁾	35,0 ²⁾	322 ⁵⁾
Institut für Wasser- und Abwasseranalytik GmbH (IWA), Aachen	69 ⁵⁾	46,0 ²⁾	5 ⁵⁾
Power Tower I Bruchteileigentümergeinschaft (Power Tower I BEG), Aachen	77 ⁵⁾	25,0 ²⁾	49 ⁵⁾
PSW Rönkhausen GmbH & Co. KG (PSW Rönkhausen), Hagen	10.163 ⁵⁾	50,0 ²⁾	213 ⁵⁾
Windpark Bokel GmbH & Co. KG (WP Bokel), Lübeck	0 ⁹⁾	100,0 ¹³⁾	0 ⁹⁾
Regio Nord Wind GmbH (Regio Nord), Hamburg	21 ⁵⁾	50,0 ¹³⁾	-5 ⁵⁾

- 1) Anteile werden gehalten über ASEAG
2) Anteile werden gehalten über STAWAG
3) nach Ergebnisabführung: ohne Bilanzgewinn
4) Anteile werden gehalten über STAWAG Energie GmbH
5) Wertansätze zum 31. Dezember 2018
6) Anteile werden durch Turnow West I GmbH & Co. KG und Turnow West II GmbH & Co. KG gehalten
7) Eigenkapital inklusive Deckungsrücklage
8) Anteile werden gehalten über regio iT
9) vorläufige Jahresabschlusszahlen

- 10) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 303 TEuro ausgewiesen
11) Anteile werden gehalten über FACTUR Billing Solutions GmbH
12) Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter 22.989 TEuro
13) Anteile werden gehalten über Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG
14) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 102.693 TEuro ausgewiesen.
15) Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter 56.728 TEuro

- 16) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 4.469 TEuro ausgewiesen.
17) Anteile werden über Regionetz GmbH gehalten
18) Anteile werden über ELWEA GmbH gehalten

Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr 2019 beliefen sich die Vergütungen der E.V.A.-Aufsichtsratsmitglieder auf 93 TEuro und die Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung einschließlich der Vergütung für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben in Tochterunternehmen auf 657 TEuro. Die Pensionsbezüge der früheren Mitglieder der Geschäftsführung für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben in Tochterunternehmen und deren Hinterbliebenen betrugen 587 TEuro im Berichtsjahr. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Geschäftsführern und deren Hinterbliebenen waren insgesamt 6.976 TEuro zurückzustellen.

Im Berichtsjahr beliefen sich die Honorare gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB im Konzern auf 625 TEuro. Das Gesamthonorar gliedert sich in 280 TEuro Abschlussprüfungsleistungen, 40 TEuro sonstige Bestätigungsleistungen und 305 TEuro sonstige Leistungen.

Am Bilanzstichtag bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen neben dem Bestellobligo (21,1 Mio. Euro) aus erteilten Aufträgen im Wesentlichen aus IT-Dienstleistungen 173,8 Mio. Euro, kurz-, mittel- und langfristigen Lieferverträgen für den Bezug von Energie und von Wasser von ca. 84,9 Mio. Euro, aus einem langfristigen Konzessionsvertrag sowie aus Parkhauspachtverträgen (4,1 Mio. Euro) und Verträgen über Fahrzeuganmietungen (30,9 Mio. Euro p.a.; davon 1,4 Mio. Euro gegenüber verbundenen Unternehmen). Verpflichtungen aus Miet-, Leasing-, Wartungs- und Dienstleistungsverträgen und sonstigen Dauerschuldverhältnissen sowie aus hinterlegten Sicherheiten bestehen in geschäftsüblichem Umfang und sind für die Beurteilung der Finanzlage insgesamt von untergeordneter Bedeutung.

Bürgschaften bestanden bei der STAWAG bis zur Höhe von 29 Mio. Euro (Vorjahr: 31,5 Mio. Euro) für Zahlungsverpflichtungen der Trianel aus Energiehandelsgeschäften. Auf Basis der geplanten Erträge der Trianel ist mit keiner Inanspruchnahme zu rechnen.

Die STAWAG hat sich im Rahmen einer Patronatserklärung verpflichtet, die smartlab so zu stellen, dass ein eingeforderter Eigenanteil in Höhe von 0,2 Mio. Euro geleistet werden kann. Auf Basis der Wirtschaftsplanung der smartlab ist mit keiner Inanspruchnahme zu rechnen.

Im Rahmen der Restrukturierung der TGH hat die STAWAG am 16. März 2015 einen Darlehensvertrag mit der TGH abgeschlossen. In diesem Darlehensvertrag verpflichtet sich die STAWAG der TGH ein Darlehen von bis zu 18,4 Mio. Euro zu gewähren. Die TGH hat bisher 11,5 Mio. Euro in Anspruch genommen. Somit kann die TGH noch bis zu 6,9 Mio. Euro aus diesem Darlehensvertrag abrufen. Die STAWAG geht in ihrer Planung davon aus, dass die TGH das volle Darlehen bis zum Jahr 2022 in Anspruch nimmt.

Zur Absicherung der Bankverbindlichkeiten der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG, Aachen, (TGE) hat die STAWAG laut Rahmenkreditlinie – wie im Vorjahr in Höhe von 135 Mio. Euro – ihre Geschäftsanteile einschließlich der Gewinnanteile an dieser Gesellschaft verpfändet.

Zur Absicherung der Bankverbindlichkeiten der TWB hat die STAWAG Energie ihre Kommanditanteile und alle gegenwärtigen und zukünftigen Forderungen gegenüber der TWB zu Gunsten der finanzierenden Bank verpfändet.

Zur Absicherung der Bankverbindlichkeiten der Turnow West I und Turnow West II hat die STAWAG Energie ihre Kommanditanteile zugunsten der finanzierenden Bank verpfändet.

Zur Absicherung der Bankverbindlichkeiten der SP Ronneburg hat die STAWAG Energie ihre Kommanditanteile, jetzige und zukünftige Gewinnbeteiligungen, Rückzahlungen von Nachschüssen und Entschädigungsforderungen zu Gunsten der finanzierenden Bank verpfändet.

Die TGE, die TWB, die Turnow West I, die Turnow West II und der SP Ronneburg haben bislang alle Raten fristgerecht an die Kreditinstitute zurückgezahlt, so dass davon auszugehen ist, dass die Gesellschaften die Verpflichtungen auch weiterhin vertragsgemäß erfüllen werden. Mit einer Inanspruchnahme ist folglich nicht zu rechnen.

Im Rahmen von Beteiligungserwerben wurden jährliche Ergebnisgarantien in der Versorgungssparte von bis zu 430 TEuro (Vorjahr: 430 TEuro) gegeben. Eine Inanspruchnahme wird abhängig vom Akquisitionserfolg der Gesellschaften sein. Wenn die Beteiligungsgesellschaften Ergebnisse in der garantierten Höhe nicht erreichen, erfolgt der Ausgleich durch eine Einlage ins Eigenkapital der Beteiligungsgesellschaft in Höhe der Differenz zwischen den tatsächlichen Ergebnissen und den garantierten Ergebnissen. Es ist davon auszugehen, dass die Beteiligungsgesellschaften Ergebnisse in der garantierten Höhe nicht in jedem Geschäftsjahr erreichen werden.

Derivative Finanzinstrumente

Bis zum 31. Dezember 2018 wurden von der ASEAG Commodity-Swap-Geschäfte zur Dieselpreisabsicherung der antizipierten Grundgeschäfte eingesetzt und entsprechende Bewertungseinheiten gebildet. Zum Bilanzstichtag des laufenden Geschäftsjahres wurden die Commodity-Swap-Geschäfte aufgelöst. Somit entfällt eine Angabe zu den derivativen Finanzinstrumenten zum 31. Dezember 2019.

Des Weiteren wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr die folgenden derivativen Finanzinstrumente eingesetzt:

Nr.	Produkt	Bezeichnung	Nominalwert TEuro	Zeitwert TEuro	Laufzeit
1	SWAP	Zinsswap	7.083	-1.671	Juni 2028
2	SWAP	Zinsswap	3.225	-183	März 2024
3	SWAP	Zinsswap	9.500	-947	Juni 2029
4	SWAP	Zinsswap	3.225	-183	März 2024
5	SWAP	Zinsswap	4.038	-416	März 2029
6	SWAP	Zinsswap	5.667	-269	März 2024
7	SWAP	Zinsswap	4.012	-497	Dezember 2030
8	SWAP	Kohleforward	3.204	-443	September 2020
9	Forward	Stromforward	9.333	1.599	September 2020
10	Forward	EUA-Forward	3.624	-37	Dezember 2020
11	Forward	Gas-Forward	4.837	1.340	März 2020

Im Rahmen der Aufnahme von variablen Darlehen wurden die unter den Nummern 1 bis 7 aufgeführten Sicherungsgeschäfte abgeschlossen. Die Darlehen (Grundgeschäfte) werden mit den Sicherungsgeschäften zusammengefasst. Die Angaben zu den Zeitwerten beruhen auf den Berechnungen des Kreditinstituts, das die Derivate ausgegeben hat. Die Ermittlung erfolgte anhand bankinterner Bewertungsmethoden. Die Derivate, die unter den Nummern 1 bis 6 aufgeführt werden, weisen neben Betragsidentität auch die gleiche Laufzeit auf und sind aufgrund der deckungsgleichen Beziehungen nicht bilanziert (Critical-Term-Match-Methode im Rahmen des Micro-Hedging). Es wurde die Einfrierungsmethode verwendet.

Mit den unter Nummer 8 aufgeführten Kohleswaps (Commodity-Swaps) hat die STAWAG das Recht erworben, eine Menge von 57.000 metrischen Tonnen (MT) Steinkohle im Geschäftsjahr 2020 zu einem im Voraus definierten Preis zu erwerben. Der Zeitwert zum Bilanzstichtag beruht auf einem internen Vergleich von Bezugs- und Marktpreisen. Der Zeitwert des Kohleswaps wurde in eine Drohverlustrückstellung einbezogen, die das Risiko aus den Kraftwerken abbildet.

Die STAWAG hat, aufgeführt unter Nummer 9, für das Jahr 2020 eine Menge von 198.440 MWh Strom zu einem im Voraus definierten Preis verkauft. Der Marktwert ergibt sich nach interner Gegenüberstellung von EEX-Forward-Kurs und Festpreis des Forwards am Bilanzstichtag.

Die STAWAG hat, aufgeführt unter Nummer 10, für das Jahr 2020 Emissionszertifikate für eine Menge von 143.000 Tonnen zu einem im Voraus definierten Preis gekauft. Der Marktwert ergibt sich nach interner Gegenüberstellung von Börsenkurs und Festpreis des Forwards am Bilanzstichtag.

Die STAWAG hat, aufgeführt unter Nummer 11, für das Jahr 2020 zu einem im Voraus definierten Preis 224.630 MWh Erdgas verkauft. Der Forward ist durch den Bestand im Gasspeicher besichert. Der Marktwert ergibt sich nach interner Gegenüberstellung von Festpreis des Forwards und der Bewertung des Gasbestands zum gleitenden Durchschnitt am Bilanzstichtag.

Die Energiebeschaffungs- und die Energieabsatzverträge (Strom und Gas) abweichend vom Grundsatz der Einzelbewertung zu Bewertungseinheiten zusammengefasst. Die Bilanzierung und die Bewertung erfolgen unter Beachtung der Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer vom 30. September 2015 (IDW RS ÖFA 3). Es besteht ein angemessenes energiewirtschaftliches Steuerungssystem, aus dem die gebildeten Vertragsportfolios nach der Homogenität der Risiken abgeleitet wurden. Daran orientiert sich der Aufbau der Mengen-, der Preis- und der Ergebnisplanung der Portfolios. Die konkreten Beschaffungs- und Vermarktungsprozesse sowie deren Überwachung setzen die Vorgaben des Steuerungssystems um. Die durch den Abschluss von Verträgen mit Kunden zu liefernden Mengen an Strom oder an Gas werden durch das Portfoliomanagement je Kundenvertrag einzeln (Back-to-back) oder zusammengefasst beschafft. Das Portfoliomanagement strukturiert die Beschaffung und den Absatz der Energiemengen Strom oder Gas jeweils getrennt in Bücher (u.a. Vertriebsbuch, Beschaffungsbuch).

Das implementierte Risikomanagementsystem erfasst die aggregierten Positionen auf Basis von vorgegebenen Risikolimiten, die ebenso wie die zur Angebotskalkulation und zur Bewertung verwendeten Preiskurven täglich durch das Risikocontrolling überwacht werden. Die implementierte Deckungsbeitragsrechnung erfasst jedes gebildete Vertragsportfolio. Dabei werden interne Geschäfte zwischen den Vertragsportfolios zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen und in die jeweilige Deckungsbeitragsrechnung einbezogen. Zurechenbare Gemeinkosten werden angemessen berücksichtigt. Die Bewertungszeiträume bestehen aufgrund der rollierenden Durchführung der Sicherungstransaktionen für einen unbegrenzten Zeitraum. Aktuell sind Zeiträume bis zum Lieferjahr 2023 betroffen. Zur bilanziellen Abbildung der wirklichen Teile der Bewertungseinheiten wird die Einfrierungsmethode angewandt. Aufgrund der negativen Korrelation von Grund- und Sicherungsgeschäften wird es künftig zu gegenläufigen, sich nahezu vollständig ausgleichenden Marktwertentwicklungen kommen. Sollte der Saldo aller beizulegenden Zeitwerte einer Bewertungseinheit zum Stichtag negativ sein, so wird imparitätisch eine Rückstellung für drohende Verluste aus Bewertungseinheiten gebildet. Darüber hinausgehende Verlustüberhänge können nicht entstehen.

Nachtragsbericht

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge oder Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die das im vorliegenden Abschluss vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft wesentlich beeinflussen. Inwieweit sich die aktuelle Pandemie aufgrund des Ausbruchs des Coronavirus (SARS COV2) im März 2020 auf die Vermögens-, die Finanz- und die Ertragslage des Konzerns auswirken wird, kann noch nicht abschließend eingeschätzt werden.

Aachen, den 3. Juni 2020

Energieversorgungs- und
Verkehrsgesellschaft
mit beschränkter Haftung Aachen

Die Geschäftsführung



Dr. Christian Becker



Michael Carmincke

Konzern-Kapitalflussrechnung

		2019 TEuro	2018 TEuro
1.	Konzernjahresfehlbetrag (Vorjahr: Konzernjahresüberschuss)	-15.090	-9.964
2.	+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	48.891	44.513
3.	+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	52.368	48.961
4.	+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-61.524	-68.066
5.	-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-3.942	-40.183
6.	+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.619	49.583
7.	-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-1.362	-646
8.	+/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	45.727	41.410
9.	- Sonstige Beteiligungserträge	-10.789	-13.977
10.	+/- Ertragssteueraufwand/-ertrag	15.165	662
11.	-/+ Ertragssteuerzahlungen	-4.442	-2.056
12.	= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	66.621	50.237
13.	- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-1.893	-7.341
14.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	1.795	2.721
15.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-82.622	-73.530
16.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	1.944	1.802
17.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.445	-7.248
18.	+ Erhaltene Zinsen	143	701
19.	+ Erhaltene Dividenden	10.414	11.970
20.	= Cashflow aus Investitionstätigkeit	-71.664	-70.925
21.	+ Einzahlungen von Gesellschaftern des Mutterunternehmens	7.793	7.000
22.	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	62.111	53.501
23.	- Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-39.051	-26.180
24.	+ Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	4.607	2.942
25.	- Gezahlte Zinsen	-6.970	-6.781
26.	- Gezahlte Gewinnausschüttung an andere Gesellschafter	-15.430	-9.358
27.	= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	13.060	21.124
28.	= Zahlungswirksame Veränderungen der Finanzmittelfonds	8.017	436
29.	+/- Konsolidierungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	4.173
30.	+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	41.581	36.972
31.	= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	49.598	41.581

Konzern-Eigenkapitalspiegel

Eigenkapital des Mutterunternehmens						
Rücklagen						
	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB	Gewinn- rücklagen andere Gewinn- rücklagen	Summe	Konzernjahres- fehlbetrag, der dem Mutter- unternehmen zuzurechnen ist	Summe
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
Stand am 31.12.2017	14.049.880,00	43.753.000,00	79.168.744,16	122.921.744,16	-84.525.845,18	52.445.778,98
Änderungen des Konsolidierungskreises	0,00	0,00	1.348.687,87	1.348.687,87	0,00	1.348.687,87
Konzernjahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00	0,00	-7.237.312,04	-7.237.312,04
Stand am 31.12.2018	14.049.880,00	43.753.000,00	80.517.432,03	124.270.432,03	-91.763.157,22	46.557.154,81
Entnahme aus Rücklagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Ausschüttung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Konzernjahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00	0,00	-12.412.109,06	-12.412.109,06
Stand am 31.12.2019	14.049.880,00	43.753.000,00	80.517.432,03	124.270.432,03	-104.175.266,28	34.145.045,75

Nicht beherrschende Anteile			Konzern-eigenkapital
Nicht beherrschende Anteile vor Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung und Jahresergebnis	Auf nicht beherrschende Anteile entfallende Gewinne/Verluste	Summe	Summe
Euro	Euro	Euro	Euro
1.141.923,78	0,00	1.141.923,78	53.587.702,76
182.315.074,28	0,00	182.315.074,28	183.663.762,15
0,00	-2.727.222,07	-2.727.222,07	-9.964.534,11
183.456.998,06	-2.727.222,07	180.729.775,99	227.286.930,80
-20.000,00	0,00	-20.000,00	-20.000,00
0,00	-461.218,20	-461.218,20	-461.218,20
0,00	-2.678.261,93	-2.678.261,93	-15.090.370,99
183.436.998,06	-5.866.702,20	177.570.295,85	211.715.341,61

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2019, der Konzern-Gewinn und Verlustrechnung, dem Konzerneigenkapitalspiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2019 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungs-

mäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fort-

führung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlage-

Bericht des Aufsichtsrats

bericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Duisburg, den 3. Juni 2020

PKF FASSELLT SCHLAGE
Partnerschaft mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Rechtsanwälte



Jahn
Wirtschaftsprüfer



Pentschev
Wirtschaftsprüfer

(Der vorstehende Bestätigungsvermerk bezieht sich auf den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2019 (Konzernbilanzsumme EUR 1.177.345.172,08; Konzernjahresfehlbetrag EUR 15.090.370,99) und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2019 der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen.)

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2019 sowie der Konzernlagebericht sind von der in der Gesellschafterversammlung am 28. Juni 2019 zum Abschlussprüfer bestellten PKF Fasselt Schlage Partnerschaft mbB, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Berlin, geprüft worden. Der Bestätigungsvermerk gemäß § 322 HGB zum Konzernabschluss und Konzernlagebericht wurde ohne Einschränkung erteilt.

Der Aufsichtsrat hat aufgrund regelmäßiger Berichte der Geschäftsführung sowie in seinen Sitzungen während des Geschäftsjahres durch Erörterungen über Lage und Entwicklung der Konzernunternehmen seiner gesetzlichen Prüfungs- und Überwachungspflicht entsprochen. Er hat von dem Ergebnis der Prüfung des Konzernabschlusses sowie des Konzernlageberichts durch den Abschlussprüfer zustimmend Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat hat den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2019 und den Konzernlagebericht geprüft und stellt ihn fest. Er empfiehlt der Gesellschafterversammlung den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht zu billigen.

Aachen, den 26. Juni 2020

Der Aufsichtsrat



Philipp
Vorsitzender

Impressum

E.V.A.

Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen
Neuköllner Straße 1
52068 Aachen

Gestaltung rachiq-design, Aachen

Foto Cover istock/ThomasVogel

Druck frank druck+medien GmbH & Co. KG, Aachen



Energieversorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mbH Aachen

Neuköllner Straße 1 • 52068 Aachen
eva-aachen.de